

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

4 2011

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder in Berlin und Brandenburg 2010 nach der Verkehrsbeteiligung

▣ Zensus 2011

Das System der Bevölkerungsstatistiken

Die Notwendigkeit einer Volkszählung zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen

Zur Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes in Berlin und Brandenburg

Der Mikrozensus im System der Bevölkerungsstatistiken

▣ Datenpool Berlin: kleinräumige Unternehmensregisterdaten

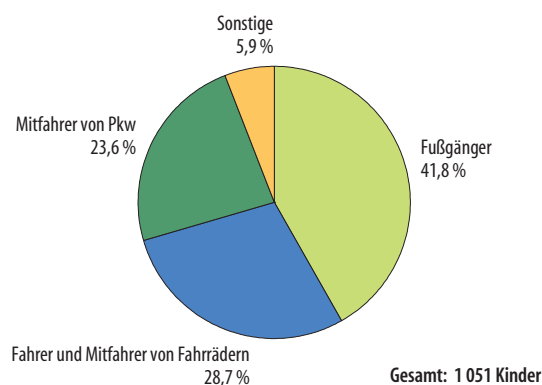
– Werkstattbericht, Teil 1

▣ Binnenschifffahrt 2010 in den Ländern Berlin und Brandenburg

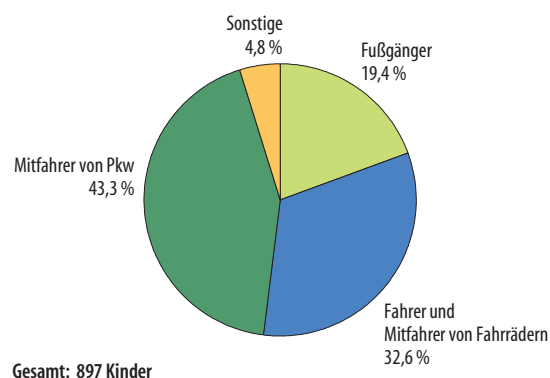
▣ Verkehrsunfallgeschehen 2010 in Berlin und im Land Brandenburg

▣ Kinderarmut in Berlin – Eine Analyse mit dem Mikrozensus

Berlin



Brandenburg



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Ausagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
5. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2011
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Verdienste

Verarbeitendes Gewerbe

Baugewerbe

Einzelhandel

Tourismus

Bildung

Verkehr

Bevölkerung

Verbraucherpreise

aus Deutschland ▢ 12

Bevölkerung

Verarbeitendes Gewerbe

Mikrozensus

aus Europa ▢ 14

Preise

Industrie

Außenhandel

Zensus

Das System der Bevölkerungs-
statistiken ▢ 26Die Notwendigkeit einer Volkszählung
zur Feststellung der amtlichen
Einwohnerzahlen– Eine Betrachtung aus Sicht
der Berliner Demografie-
berichterstattungen ▢ 28Zur Fortschreibung des Wohngebäude-
und Wohnungsbestandes
in Berlin und Brandenburg ▢ 31Der Mikrozensus im System
der Bevölkerungsstatistiken ▢ 37

Wirtschaft im Überblick

Berlin April 2011 ▢ 16

Brandenburg April 2011 ▢ 20

Historisches

um 1886

Autofahren ist seit 125 Jahren
ein Abenteuer ▢ 66

Beiträge

Datenpool Berlin: kleinräumige
Unternehmensregisterdaten

– Werkstattbericht, Teil 1 ▢ 40

Binnenschifffahrt 2010
in den Ländern
Berlin und Brandenburg ▢ 48Verkehrsunfallgeschehen 2010
in Berlin und im Land
Brandenburg ▢ 51Kinderarmut
in Berlin – Eine Analyse
mit dem Mikrozensus ▢ 60

Karten

Dominante Wirtschaftsabteilung
(WZ 2008, sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte 2007) am 30.9.2009
▢ 3. UmschlagseiteLokale Diversität der Wirtschaftsstruktur
(WZ 2008, sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte 2007) am 30.9.2009
(H2-Quantile)Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: Quotient von Arbeitsort
2007 zu Wohnort am 30.9.2009
▢ 4. Umschlagseite

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg****Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen** 1. Quartal 2011**Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg weiter gestiegen**

In der Region Berlin-Brandenburg nahm die Zahl der Erwerbstätigen im 1. Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 0,8 % oder 22 700 Personen zu.

Nach den neuesten Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ ging dieser Zuwachs größtenteils auf den Beschäftigungsaufbau in Berlin zurück. 19 200 Personen oder 1,2 % waren in Berlin im 1. Quartal 2011 mehr erwerbstätig als vor einem Jahr, insgesamt 1 679 900 Personen. Damit konnte der im Verlauf des Vorjahres erreichte Zuwachs an Beschäftigung von 1,0 % noch etwas überboten werden.

In Brandenburg lag die Erwerbstätigenzahl im 1. Quartal 2011 nur noch um 0,3 % bzw. 3 500 Personen über dem Niveau des Vorjahresquartals. Insgesamt hatten damit 1 047 800 Personen ihren Arbeitsplatz in Brandenburg. Mit dieser Entwicklung hat der bereits seit dem Schlussquartal des letzten Jahres deutlich langsamere Beschäftigungsaufbau noch weiter an Schwung verloren.

In Deutschland waren 40,4 Mill. Personen im 1. Quartal 2011 erwerbstätig. Das waren 552 000 Personen oder 1,4 % mehr als im Vorjahresquartal. Dieser starke Anstieg wurde vor allem durch die alten Bundesländer ohne Berlin getragen, wo die Beschäftigung um 501 900 Personen oder 1,5 % angewachsen ist. Die neuen Bundesländer ohne Berlin hatten demgegenüber nur eine Zunahme von 31 000 Personen oder 0,5 % zu verzeichnen.

Zum Beschäftigungsanstieg in Berlin im 1. Quartal 2011 um 1,2 % trug im Wesentlichen die weiterhin hohe Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtigen

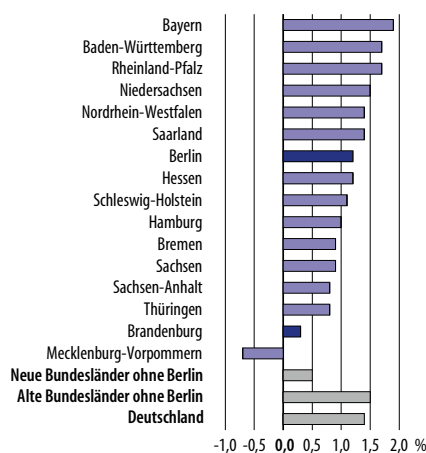
Arbeitnehmer (+2,6 %) bei. Gedämpft wurde die positive Entwicklung durch den weiterhin schrumpfenden Umfang der geringfügigen Beschäftigung, insbesondere der Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten. In Brandenburg ging der deutlich abgeschwächte Beschäftigungsaufbau im 1. Quartal hauptsächlich auf die Verluste bei der geringfügigen Beschäftigung zurück. Auch hier ist die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten drastisch abgebaut worden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer hat sich in Brandenburg mit 1,7 % deutlich langsamer als in Berlin und im Durchschnitt von Deutschland erhöht.

Die Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsbereichen beider Länder zeigte im 1. Quartal dieses Jahres ähnliche Ergebnisse. Den Zuwachs der Erwerbstätigkeit bestimmten hauptsächlich die Betriebe und Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Berlin +1,6 %; Brandenburg +1,7 %). Berlin verzeichnete hier den bisher relativ höchsten Zuwachs seit Beginn dieses Jahrzehnts. Das war auch deutschlandweit der Fall (+1,7 %). Allerdings war im Vergleichsquartal 2010 krisenbedingt die Beschäftigung besonders drastisch zurückgegangen (Berlin: -1,8 %; Deutschland -3,0 %).

In den Dienstleistungsbereichen Berlins setzte sich im 1. Quartal der Beschäftigungsaufbau mit 1,1 % etwas gebremster als im Verlauf des vergangenen Jahres fort. In Brandenburg kam der Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen sogar ganz und gar zum Erliegen, hauptsächlich resultierend aus der starken Reduzierung der Arbeitsplätze bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern (-1,8 %). (...)

Erwerbstätige im 1. Quartal 2011

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal

**Erwerbstätige im 1. Quartal 2011 in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
	Personen in 1 000		in %		
Insgesamt	1 679,9	1 047,8	1,2	0,3	1,4
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	5,0	33,6	11,8	-1,1	0,0
Produzierendes Gewerbe	213,6	237,6	1,6	1,7	1,7
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	129,6	133,8	2,0	2,6	1,7
Baugewerbe	73,4	90,4	2,5	1,8	2,3
Dienstleistungsbereiche	1 461,3	776,7	1,1	-0,0	1,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	391,1	259,0	2,5	1,0	1,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	398,1	155,3	1,8	2,7	3,4
Öffentliche und private Dienstleister	672,1	362,3	-0,2	-1,8	0,2

Rechenstand Mai 2011

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 30. September 2010

Hoher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Berlin

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin übertraf am 30. September 2010 um 20 900 Personen bzw. 1,9 % das Beschäftigungsniveau von vor einem Jahr. Damit verfügten am 30. September 2010 rund 1 145 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über einen Arbeitsplatz in Berlin. Die Beschäftigungsentwicklung 2010 fiel in der Hauptstadt im Vergleich zu Deutschland weiterhin wie auch schon in den Jahren seit 2006 überdurchschnittlich aus. Deutschlandweit lag die Beschäftigung Ende September 2010 um 1,7 % über dem Vorjahreswert.

(...) Zu dieser Personengruppe zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungs-pflichtig und / oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind. Einbezogen sind auch Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen.

(...) Die Zahl der Personen in einer Ausbildung am 30. September 2010 ging um 2 960 bzw. 5,1 % weiter zurück (Deutschland: -3,6 %). Somit gab es am Arbeitsort Berlin 55 160 Personen, die sich in einer Berufsausbildung befanden. Zum Ausbildungsbeginn ein Jahr zuvor war die Zahl der Auszubildenden um 2,0 % gesunken.

Der Abwärtstrend der Zahl Auszubildender bei steigender Beschäftigung ist bereits seit Ende Juni 2009 zu verzeichnen. Zuvor war in den Jahren 2000 bis 2005 sowohl bei den Beschäftigten insgesamt als auch bei den Auszubildenden die Entwicklung noch im gleichen Maße rückläufig. In der Zwischenzeit verlief die Entwicklung annähernd parallel aufwärts. Ende September 2010 gab es in Berlin 11,7 % mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als fünf Jahre zuvor und damit wieder ungefähr so viele wie zu Beginn des Jahrtausends. Dagegen sank die Zahl der Auszubildenden im gleichen Zeitraum um 5,5 %. Seit 2000 ging die Zahl der Auszubildenden um 9 340 Personen bzw. 14,5 % zurück. Deutschlandweit betrug der Rückgang seit dem 30. September 2000 nur 2,7 %.

Im Ergebnis der aufgezeigten Entwicklung sank der Anteil der Auszubildenden in Berlin in den letzten zehn Jahren von 5,6 % auf 4,8 %. (Deutschland 2000: 6,3 %; 2010: 6,1 %).

Hoher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Brandenburg

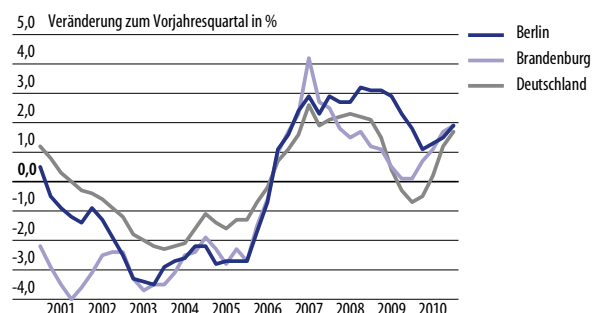
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Brandenburg übertraf am 30. September 2010 um 14 000 Personen bzw. 1,9 % das Beschäftigungsniveau von vor einem Jahr. Damit verfügten am 30. September 2010 rund 764 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über einen Arbeitsplatz im Land Brandenburg. Die Beschäftigungsentwicklung 2010 fiel im Vergleich zu Deutschland weiterhin wie auch schon seit Beginn des Jahres 2009 überdurchschnittlich aus. Deutschlandweit lag die Beschäftigung Ende September 2010 um 1,7 % über dem Vorjahreswert.

(...) Zu dieser Personengruppe zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungs-pflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind. Einbezogen sind auch Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen.

(...) Die Zahl der Personen in einer Ausbildung am 30. September 2010 ging um 4 600 bzw. 10,1 % weiter zurück (Deutschland: -3,6 %). Somit gab es am Arbeitsort Land Brandenburg 40 800 Personen, die sich in einer Berufsausbildung befanden. Zum Ausbildungsbeginn ein Jahr zuvor war die Zahl der Auszubildenden um 6,8 % gesunken. Der Abwärtstrend der Zahl Auszubildender bei steigender Beschäftigung ist bereits seit Ende 2007 zu verzeichnen. Zuvor war in den Jahren 2000 bis 2005 sowohl bei den Beschäftigten insgesamt als auch bei den Auszubildenden die Entwicklung noch im gleichen Maße rückläufig. In der Zwischenzeit verlief die Entwicklung annähernd parallel aufwärts. Ende September 2010 gab es im Land Brandenburg 7,5 % mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als fünf Jahre zuvor. Allerdings hätten noch 55 000 Arbeitsplätze mehr besetzt werden müssen, um wieder an die Beschäftigtenzahl zu Beginn des Jahrzehnts heranzureichen. Dagegen sank die Zahl der Auszubildenden im gleichen Zeitraum um 15,7 %. Seit 2000 ging die Zahl der Auszubildenden um 15 800 Personen bzw. 28,0 % zurück. Deutschlandweit betrug der Rückgang seit dem 30. September 2000 nur 2,7 %.

Im Ergebnis der aufgezeigten Entwicklung sank der Anteil der Auszubildenden im Land Brandenburg in den letzten zehn Jahren von 6,9 % auf 5,3 %. (Deutschland 2000: 6,3 %; 2010: 6,1 %).

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Quartalsende in Berlin, Brandenburg und Deutschland von 2000 bis 2010



Verdienste 1. Quartal 2011

Bruttomonatsverdienste in Berlin um 3,3 % gestiegen

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst in Berlin hat sich im 1. Quartal 2011 gegenüber dem 1. Quartal 2010 nominal um +3,3 % erhöht. Im Zeitraum von März 2010 bis März 2011 stiegen die Verbraucherpreise in Berlin um +2,2 %, was einen Reallohnanstieg von +1,1 % bedeutet.

Im Durchschnitt verdienten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) in Berlin einschließlich Sonderzahlungen im 1. Quartal 2011 monatlich 2 739 EUR. Im Produzierenden Gewerbe sind die Steigerungsraten höher als im Dienstleistungsbereich. Das ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Kurzarbeit zurückzuführen.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten im 1. Quartal 2011 monatlich 3 404 EUR. Das sind +3,6 % mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe lag bei 3 647 EUR und stieg mit +4,5 % deutlich höher als im Dienstleistungsbereich (3 350 EUR), wo der Zuwachs lediglich +3,4 % betrug. Die wöchentliche Arbeitszeit stieg dagegen im Produzierenden Gewerbe um +1,7 % und im Dienstleistungsbereich nur um +0,4 %. Bei den vollzeitbeschäftigten Frauen lag die Zuwachsrate mit +3,7 % zwar leicht höher als bei den Männern (+3,5 %), aber der durchschnittliche Monatsverdienst liegt mit 3 037 EUR deutlich unter dem der Männer, die durchschnittlich 3 665 EUR erhielten.

Teilzeitbeschäftigte verdienten im 1. Quartal 2011 durchschnittlich 1 740 EUR brutto monatlich. Das ist ein nominaler Anstieg um +2,5 %, der teilweise aus einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um +1,2 % resultiert.

Bruttomonatsverdienste im Land Brandenburg um 2,7 % gestiegen

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Land Brandenburg hat sich im 1. Quartal 2011 gegenüber dem 1. Quartal 2010 nominal um +2,7 % erhöht. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise um +2,0 % von März 2010 bis März 2011 bedeutet das einen Reallohnanstieg von +0,7 %.

Im Durchschnitt verdienten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) im Land Brandenburg einschließlich Sonderzahlungen im 1. Quartal 2011 monatlich 2 344 EUR.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten in diesem Zeitraum monatlich im Durchschnitt 2 789 EUR brutto. Das sind +2,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die wöchentliche Arbeitszeit (39,0 Stunden) stieg um +0,8 %. Im Produzierenden Gewerbe stieg der durchschnittliche monatliche Brutto (2 606 EUR) zwar um +4,1 %, wohingegen der Zuwachs im Dienstleistungsbereich (2 883 EUR) durchschnittlich nur bei +2,5 % lag. Dies hat seine Ursache aber zum großen Teil im ungleichen Anstieg der wöchentlichen Arbeitszeit durch den Rückgang der Kurzarbeit. Während sich die Arbeitszeit im Produzierenden Bereich um +2,0 % erhöhte, waren es im Dienstleistungsbereich nur +0,2 %. Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen schwanken die Verdienste jedoch erheblich. Die höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste wurden im 1. Quartal 2011 in der Energiewirtschaft mit 3 766 EUR gezahlt. Am wenigsten verdienten die Arbeitnehmer im Gastgewerbe. Hier lag der durchschnittliche Monatsverdienst lediglich bei 1 581 EUR.

Teilzeitbeschäftigte erhielten im 1. Quartal 2011 durchschnittlich 1 672 EUR brutto monatlich. Das sind -0,3 %. Die Tarifierhöhungen führten hier offensichtlich nicht zu höheren Monatseinkommen, sondern zu einer Verringerung der Arbeitszeit (-0,5 %).

Bruttomonatsverdienst und Arbeitszeit in Berlin und Brandenburg im 1. Quartal 2011

	Brutto- monats- verdienst 1. Quartal 2011 ¹	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- quartal	wöchent- liche Arbeitszeit	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- quartal	Brutto- monats- verdienst 1. Quartal 2011 ¹	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- quartal	wöchent- liche Arbeitszeit	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- quartal
	EUR	%	Stunden	%	EUR	%	Stunden	%
	Berlin				Brandenburg			
Vollzeit, Teilzeit, geringfügig- beschäftigte Arbeitnehmer								
insgesamt	2 739	3,3	x	x	2 344	2,7	x	x
Produzierendes Gewerbe	3 426	4,3	x	x	2 467	3,8	x	x
Dienstleistungsbereich	2 628	3,1	x	x	2 300	2,3	x	x
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer								
insgesamt	3 404	3,6	38,9	0,6	2 789	2,9	39,0	0,8
Produzierendes Gewerbe	3 647	4,5	38,1	1,7	2 606	4,1	38,0	2,0
Dienstleistungsbereich	3 350	3,4	39,1	0,4	2 883	2,5	39,5	0,2
Männer	3 665	3,5	39,0	0,9	2 822	2,9	38,9	1,2
Frauen	3 037	3,7	38,7	0,3	2 734	2,9	39,2	0,1
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer								
insgesamt	1 740	2,5	26,2	1,2	1 672	-0,3	28,5	-0,5
Produzierendes Gewerbe	2 283	2,5	27,5	-0,8	1 447	-5,7	28,5	-0,5
Dienstleistungsbereich	1 715	2,4	26,1	1,3	1 687	0	28,5	-0,5

¹ einschließlich Sonderzahlungen

Verarbeitendes Gewerbe Mai 2011

Umsatz steigt in Berlin um 16,3 %

Im Mai 2011 (...) wurden steigende Umsätze für die 334 Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten gemeldet. Im Vergleich zum Mai 2010 stiegen die Umsätze um 16,3 % auf 2,0 Mrd. EUR. Ausschlaggebend für diese Umsatzentwicklung war eine im Vergleich zum Vorjahresmonat um 24,5 % gestiegene Inlandsnachfrage in Höhe von insgesamt 1,1 Mrd. EUR, während die Auslandsnachfrage um 8,1 % innerhalb eines Jahres stieg.

Unter den umsatzstärksten Industriezweigen Berlins konnten im Mai 2011 insbesondere die Hersteller elektrischer Ausrüstungen profitieren. Diese steigerten ihren Umsatz um 27,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Getragen wurde dieses Ergebnis von einer Steigerung der Inlandsnachfrage um 72,6 %, bei einem Umsatzrückgang aus dem Ausland von 0,3 %. Weiterhin verbuchten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln 18,1 % mehr Umsätze als noch ein Jahr zuvor. Hier stiegen innerhalb eines Jahres der Inlandsumsatz um 12,6 % und der Auslandsumsatz um 37,5 %.

Verglichen mit dem Vorjahresmonat waren im Mai 2011 mit insgesamt 80 683 Beschäftigten, 5,4 % mehr Personen im Verarbeitenden Gewerbe tätig.

Zunahme der Auftragseingänge in der Berliner Industrie

Die Berliner Industriebetriebe erhielten auch im Mai dieses Jahres mehr Aufträge. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen lag im Mai 2011 um 14,5 % höher als im Mai 2010. Der Wachstumsimpuls kam dabei vor allem aus dem Inland (+30,6 %) und weniger aus dem Ausland (+5,0 %).

Mit einem Auftragsplus von 60,7 % (Ausland: +89,4 %) hatten in Berlin die Maschinenbauer den stärksten Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat zu verzeichnen. Einen Rückgang der Auftragseingänge von 25,5 % meldete dagegen der Fahrzeugbau. Die Auslandsbestellungen verringerten sich hier um 36,5 %.

Berliner Energietage: Gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung in Berliner und Brandenburger Versorgungskraftwerken gewinnt an Bedeutung

In den letzten Jahren nahm die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) sowohl in Berlin als auch in Brandenburg deutlich zu. (...) Die Bruttostromerzeugung in KWK stieg seit dem Jahr 2007 um 22,2 % auf 57 847 738 GJ. Im Land Brandenburg stieg dieser Wert um 21,6 % auf 25 875 076 GJ. Mit einem Anteil von 86,8 % an der Bruttostromerzeugung in Kraftwerken der allgemeinen Versorgung kommt der KWK in Berlin eine deutlich höhere Bedeutung zu als im Land Brandenburg, in dem 18,8 % des erzeugten Stromes in KWK erzeugt werden.

Aufgrund der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme kann in KWK ein deutlich höherer Nutzungsgrad erzielt werden. Im Jahr 2010 konnten in der ungekoppelten Stromerzeugung 34,9 % (Berlin) bzw. 36,0 % (Brandenburg) der eingesetzten Primärenergie in nutzbare Energie (Strom) umgewandelt werden. In KWK der allgemeinen Versorgung wurden 79,1 % (Berlin) und 74,2 % (Brandenburg) der Primärenergie in Strom und Wärme umgewandelt.

Industrie erzielt höchsten Monatsumsatz des Jahres

Die 439 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erreichten im Mai 2011, nach deutlichen Zuwächsen in den Vormonaten, mit insgesamt 2,0 Mrd. EUR Umsatz ein neues Jahreshoch. (...) Das Ergebnis lag um 19,6 % über dem des Vorjahresmonats.

Die Umsätze im Inland sowie mit dem Ausland stiegen dabei um 22,6 % und 12,8 % an. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 7,9 % auf 78 582.

Fast alle wichtigen Branchen erzielten zweistellige Zuwachsraten. Kräftige Umsatzsteigerungen meldeten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (72,2 %), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen teilen (44,3 %), die Produzenten von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (36,2 %) sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (36,2 %). Überdurchschnittlich stiegen auch die Umsätze im Maschinenbau (28,8 %), bei den Nahrungsmittelherstellern (27,4 %), bei den metallerzeugenden / -bearbeitenden Betrieben (24,8 %) und bei den Produzenten von Metallerzeugnissen (24,0 %). Im sonstigen Fahrzeugbau sorgten ausschließlich Geschäfte mit ausländischen Geschäftspartnern für ein deutliches Umsatzplus (22,4 %). Lediglich der Wirtschaftsbereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen verzeichnete wegen erheblich rückläufiger Auslandsgeschäfte insgesamt hohe Umsatzeinbußen (-33,6 %) bei zugleich beachtlichen Umsatzsteigerungen im Inland (49,7 %).

In den fünf Monaten des laufenden Jahres erwirtschaftete die Brandenburger Industrie insgesamt einen Umsatz von 9,1 Mrd. EUR, 17,3 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Auslandsumsätze summierten sich auf 2,6 Mrd. EUR, was einer Steigerung von 24,5 % entspricht.

Gute Auftragslage der Brandenburger Industrie

Die seit Jahresbeginn überwiegend positiv verlaufene Auftragsentwicklung in der Brandenburger Industrie setzte sich verstärkt im Monat Mai 2011 fort. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg nahm um 45,0 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Während die Nachfrage im Inland um 24,6 % anstieg, verdoppelte sich zugleich das Volumen ausländischer Bestellungen infolge größerer Aufträge (+107,6 %).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat führten Großaufträge aus dem Ausland im Fahrzeugbau zu einem erheblichen Auftragsplus (229,1 %). Deutliche Zuwächse meldeten auch die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (75,5 %) sowie von Metallerzeugnissen (52,5 %) und von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (47,5 %). Die Nachfrage von Papier, Pappe und Waren daraus nahm ebenfalls zu (29,4 %), wie auch das Auftragsvolumen in der Branche der metallerzeugenden / -bearbeitenden Betriebe (9,9 %). Während die Nachfrage von Produkten des Maschinenbaus leicht abnahm (-0,6 %), mussten die Hersteller chemischer Erzeugnisse stärkere Auftragsseinbußen (-22,1 %) hinnehmen.

Baugewerbe Mai 2011

┐ Mehr Umsatz und Aufträge für Berliner Baubetriebe

(...) In den Berliner Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im Mai 2011 der baugewerbliche Umsatz um 10,8 % auf 158,5 Mill. EUR. Im Hochbau wurde im betrachteten Monat im Mittel ein Umsatzplus von 10,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat erwirtschaftet; nur im öffentlichen Hochbau gab es einen Umsatzrückgang um 4,5 %. Die Umsätze im Tiefbau steigerten sich im Mai 2011 um durchschnittlich 10,7 %; im Straßenbau ging der baugewerbliche Umsatz um mehr als ein Fünftel zurück (–21,2 %).

In den auskunftspflichtigen Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes erhöhte sich das Volumen der Auftragseingänge im Mai 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,1 % auf 155,9 Mill. EUR. Im Hochbau stiegen die Auftragseingänge im betrachteten Monat um durchschnittlich 20,7 %; nur der Wohnungsbau verzeichnete um über ein Viertel niedrigere Auftrags-eingänge gegenüber dem Vorjahresmonat (–25,2 %). Im Tiefbau wurden im Mai 2011 insgesamt um 14,4 % mehr Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat gemeldet; in der Sparte „sonstiger Tiefbau“ gab es einen Rückgang um 4,2 %.

Die Zahl der im Mai 2011 im Berliner Bauhauptgewerbe Beschäftigten lag mit 10 771 tätigen Personen um 5,2 % über der des Vorjahresmonats. Die Entgeltsumme stieg um 5,9 % auf 29,6 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich um 5,3 % auf 14 718 EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,1 Mill.) erhöhte sich im betrachteten Zeitraum arbeits-täglich bereinigt um 2,9 %.

┐ Mehr Umsatz und Aufträge für Brandenburger Baubetriebe

(...) Im Land Brandenburg in den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im Mai 2011 der baugewerbliche Umsatz um gut ein Fünftel (+21,3 %) auf 207,2 Mill. EUR.

Im Hochbau wurde im betrachteten Monat insgesamt ein Umsatzplus von 31,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat erwirtschaftet. Die Umsätze im Tiefbau steigerten sich im Mai 2011 um insgesamt 14,0 %. Von allen Sparten erzielte der Straßenbau mit 4,3 % den geringsten Umsatzzuwachs.

Das Volumen der Auftragseingänge bei den befragten Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg konnte sich im Mai 2011 um 45,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat steigern. Dabei verdoppelten sich im Mittel die Auftragseingänge im Hochbau (+103,2 %); nur der öffentliche Hochbau verzeichnete im betrachteten Monat um 2,7 % niedrigere Werte als noch im Mai 2010. Im Tiefbau wurden insgesamt um 19,4 % mehr Auftrags-eingänge gegenüber dem Vorjahresmonat gemeldet; im Straßenbau gab es einen leichten Rückgang um 0,7 %.

Die Zahl der im Mai 2011 im Bauhauptgewerbe Beschäftigten lag mit 16 119 tätigen Personen um 2,2 % über der des Vorjahresmonats. Die Entgeltsumme stieg um 8,5 % auf 39,1 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich um 18,7 % auf 12 855 EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (2,1 Mill.) erhöhte sich im betrachteten Zeitraum arbeits-täglich bereinigt um 5,3 %.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2011

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftrags-eingang	tätige Personen	Umsatz	Auftrags-eingang
	Anzahl	in Mill. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin						
April.....	10 705	133,9	128,9	7,5	4,8	–7,8
Mai.....	10 771	158,5	155,9	5,2	10,8	18,1
Januar bis Mai	10 662	689,9	720,5	5,6	21,8	–6,6
Brandenburg						
April.....	15 894	155,6	146,8	1,3	–5,6	–0,4
Mai.....	16 119	207,2	196,3	2,2	21,3	45,2
Januar bis Mai	15 578	713,9	790,7	2,1	21,9	33,7

┐ Wohnungsbestand in Berlin auf Vorjahresniveau

(...) Zum Jahresende 2010 gab es in Berlin 1 898 807 Wohnungen; das waren 4 243 (0,2 %) mehr als Ende 2009.

Die Ergebnisse resultieren aus Wohnungszugängen durch Neubau (3 650) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (729) sowie aus Abgängen als Folge von Nutzungsänderung, Zusammenlegung und Abbruch. Über die Hälfte der 316 669 Wohngebäude (54,9 %) sind Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp 1 % aller Wohnungen befindet sich in Nichtwohngebäuden.

In der Reihe der zwölf Berliner Bezirke hat Pankow die meisten Wohnungen, gefolgt von Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. Am Ende der Skala rangieren Spandau und Treptow-Köpenick. In allen Berliner Bezirken hat sich der Wohnungsbestand geringfügig erhöht; die meisten Wohnungen kamen in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg hinzu.

┐ Wohnungsbestand im Land Brandenburg konstant

(...) Zum Jahresende 2010 gab es im Land Brandenburg 1 281 464 Wohnungen; das waren 3 534 (0,3 %) mehr als Ende 2009.

Die Ergebnisse resultieren aus Wohnungszugängen durch Neubau (5 589) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (1 093) sowie aus Abgängen als Folge von beispielsweise Nutzungsänderung oder Abbruch. Von den 620 926 Wohngebäuden sind 85,8 % Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp 2 % aller Wohnungen befinden sich in Nichtwohngebäuden.

Den höchsten Wohnungsbestand findet man in den Landkreisen Oberhavel und Märkisch-Oderland. Von den kreisfreien Städten hat Potsdam die meisten Wohnungen. Frankfurt (Oder) weist den geringsten Wohnungsbestand auf, bei den Landkreisen die Prignitz. In neun Landkreisen und Potsdam sowie Brandenburg an der Havel gab es Bestandszuwächse an Wohnungen, den höchsten in Potsdam (+1,5 %). Bei den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten überwogen die Wohnungsabgänge. Am höchsten fiel der Rückbau im Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit –461 Wohnungen (–0,7 %) aus.

Einzelhandel Mai 2011

Umsatzplus durch zusätzliche Verkaufstage in Berlin

Im Mai 2011 konnte der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) einen nominalen Umsatzzuwachs von 4,0 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat – nach ersten vorläufigen Berechnungen – bilanzieren. (...) Unter Ausschaltung der Preisveränderungen, d. h. real, bedeutete das einen Umsatzanstieg von 2,9 %.

Dabei standen dem Einzelhandel mit insgesamt 26 Verkaufstagen allerdings drei Verkaufstage mehr zur Verfügung als im Mai 2010. Je Verkaufstag blieb der Umsatz damit nominal um 9,0 % und real um 10,1 % unter dem des Vorjahres.

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel lag im Monat Mai 2011 um 0,3 % höher als im Jahr zuvor. Die Zahl der Vollbeschäftigten war abermals rückläufig (–1,2 %), die der Teilzeitbeschäftigten stieg um 1,5 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat.

Positives Ergebnis durch zusätzliche Verkaufstage im Land Brandenburg

Nach vorläufigen Berechnungen (...) setzte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg nominal 4,0 % mehr um als im Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, bedeutet das ein Umsatzplus von 2,3 %.

Dabei standen dem Einzelhandel mit insgesamt 26 Verkaufstagen allerdings drei Verkaufstage mehr als im Mai 2010 zur Verfügung. Je Verkaufstag blieb der Umsatz damit nominal um 9,0 % und real um 10,7 % unter dem des Vorjahres.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg stieg im Durchschnitt um 0,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Vollbeschäftigten nahm um 0,9 % zu und die der Teilzeitbeschäftigten um 0,2 %.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im Mai 2010

– vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Mai 2010			Januar bis Mai 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,0	2,9	0,3	3,8	2,8	0,7
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	0,6	-1,9	-4,7	0,6	-1,6	-4,2
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	17,5	15,0	1,4	16,9	15,0	1,8
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	2,6	4,4	4,5	3,9	5,5	3,9
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,9	5,0	3,1	5,0	4,3	3,7
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	29,7	27,4	23,7	23,0	18,8	24,7
Brandenburg						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,0	2,3	0,5	2,8	1,2	0,7
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	2,8	0,1	-1,6	2,4	0	-0,9
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	8,4	6,4	0,8	6,9	5,1	1,2
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	0,6	0,6	-0,1	1,2	1,0	0,2
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	7,5	7,1	3,7	3,6	3,2	3,1
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	15,8	6,5	1,5	12,5	0,2	1,4

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Tourismus Mai 2011

■ Berlin-Tourismus weiter auf Erfolgskurs

Rund 929 000 Besucher aus dem In- und Ausland und mehr als 2 Mill. Übernachtungen wurden (...) für den Mai 2011 in den Berliner Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen für Urlaubscamping gezählt. Nach den vorläufigen Berechnungen sind das 10,4 % mehr Gäste und 6,2 % mehr Übernachtungen als im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste lag bei 2,2 Tagen, bei ausländischen Besuchern betrug sie 2,5 Tage.

Am Ende des Monats waren 768 Beherbergungsstätten mit mindestens neun Betten geöffnet (+3,5 %). Sie boten zusammen 119 600 Betten an, 7,6 % mehr als im Mai 2010. Dazu kamen acht Campingplätze für Urlaubscamping. Die durchschnittliche Auslastung der Gästebetten betrug 55,2 % und lag damit nur wenig unter dem Wert des Vorjahresmonats (55,8 %). Ebenfalls 55,2 % erreichte die Bettenauslastung in der Gruppe der Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen. Deutlich höher fiel sie mit 59,7 % in den Jugendherbergen und ähnlichen Betrieben aus.

■ Weniger Gäste im Land Brandenburg

Im Mai 2011 wurden in den Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen für Urlaubscamping des Landes Brandenburg rund 425 900 neu angekommene Gäste gezählt, das waren 2,7 % weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf fast 1,8 Mill. und blieb damit um 5,8 % unter der des Vorjahres. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Pfingstfeiertage in diesem Jahr in den Monat Juni fielen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag bei 2,5 Tagen.

(...) Den Gästen standen für ihren Aufenthalt 1 475 geöffnete Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten und 173 geöffnete Campingplätze für Urlaubscamping zur Verfügung.

Einen starken Gästeinbruch hatten die Campingplätze im Monat Mai 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat zu verkraften (–47,1 %). Bei den Übernachtungen fiel der Rückgang noch größer aus (–51,9 %).

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins und des Landes Brandenburg im Mai 2011 nach Herkunft bzw. nach Reisegebiet

Herkunft — Reisegebiet	Mai 2011				Januar bis Mai 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin								
Inland	611 500	9,4	1 256 500	4,3	2 360 800	6,2	4 817 300	3,6
Ausland	317 400	12,3	794 400	9,2	1 298 100	13,4	3 327 800	11,5
darunter								
Großbritannien	30 700	22,6	68 900	12,4	137 400	15,0	337 000	13,6
USA	28 500	9,6	70 500	15,9	90 000	10,4	218 500	12,1
Niederlande	26 800	3,0	74 300	–2,3	96 500	9,8	250 500	6,1
Italien	19 600	–7,7	52 800	–11,9	104 600	–8,9	301 200	–13,0
Frankreich	18 400	8,0	47 800	4,5	75 700	8,3	196 200	7,7
Spanien	16 900	18,4	46 100	15,3	77 500	10,1	225 700	10,2
Schweiz	16 700	16,5	41 200	11,4	65 500	21,1	163 800	19,0
Dänemark	15 000	–14,7	40 500	–14,6	64 900	–5,6	172 100	–5,4
Schweden	12 300	4,0	30 000	0,9	43 400	9,9	107 500	10,0
Österreich	11 500	7,2	26 700	–3,5	45 100	14,4	104 700	8,2
Insgesamt	928 900	10,4	2 050 900	6,2	3 658 900	8,7	8 145 100	6,7
Brandenburg								
Prignitz	12 100	–2,1	26 600	–3,0	40 700	6,9	89 600	2,1
Ruppiner Land	51 200	–3,1	135 400	–3,9	157 300	4,7	427 800	2,9
Uckermark	28 700	–8,2	79 500	–9,7	86 500	–	236 700	–5,1
Barnimer Land	25 000	–1,5	80 400	–1,7	68 100	–1,7	258 800	–1,1
Seenland								
Oder-Spree	72 700	x	201 200	x	226 400	x	678 500	x
Dahme-Seengebiet	36 000	1,7	76 400	5,1	148 100	22,2	284 600	18,2
Spreewald	54 800	–13,5	133 900	–20,4	168 300	–3,5	423 400	–7,8
Niederlausitz	15 100	–16,4	37 700	–18,2	41 900	–3,7	102 300	–2,2
Elbe-Elster-Land	5 600	3,6	20 900	1,0	17 800	13,0	80 900	4,5
Fläming	46 700	4,9	108 200	3,2	154 300	7,3	375 300	8,2
Havelland	34 300	–1,7	83 900	–8,1	101 400	4,0	256 400	4,1
Potsdam	43 700	6,2	94 900	2,3	137 500	3,8	311 400	2,1
Land Brandenburg	425 900	–2,7	1 079 000	–5,8	1 348 400	4,4	3 525 600	1,7

Bildung Jahr 2010

Erneut weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berlin

(...) Im Jahr 2010 sind in Berlin 18 994 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Das sind 472 bzw. 2,4 % weniger als im Vorjahr.

Mit 11 456 Verträgen wurden die meisten Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel getätigt, gefolgt vom Handwerk mit 4 802 und von den Freien Berufen mit 1 728. Bei den Neuabschlüssen gab es in nahezu allen Ausbildungsbereichen einen rückläufigen Trend. Im Bereich Industrie und Handel wurden 265 und im Handwerk 151 neue Verträge weniger unterzeichnet als noch im Jahr zuvor. Auch der Öffentliche Dienst und die Hauswirtschaft verzeichneten weniger Neuabschlüsse. Lediglich die Freien Berufe und die Landwirtschaft konnten zusammen einen Zuwachs um 87 neue Verträge verbuchen.

Ende 2010 hatten 49 360 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im dualen System. Das waren 2 936 bzw. 5,6 % weniger als im Vorjahr.

Die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe bei den männlichen Auszubildenden waren der Kaufmann im Einzelhandel vor dem Koch und dem Kraftfahrzeugmechatroniker. Bei den weiblichen Auszubildenden lag die Kauffrau für Bürokommunikation in Front, gefolgt von der Kauffrau im Einzelhandel und der medizinischen Fachangestellten.

Erneut dramatische Einbrüche bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Brandenburg

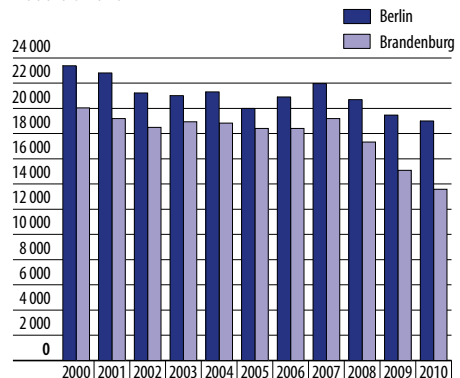
(...) Im Jahr 2010 sind in Brandenburg 13 586 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Das sind 1 489 bzw. 9,9 % weniger als im Vorjahr.

Mit 8 591 Verträgen wurden die meisten Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel getätigt, gefolgt vom Handwerk mit 3 128 und von den Freien Berufen mit 667. Bei den Neuabschlüssen gab es in nahezu allen Ausbildungsbereichen einen rückläufigen Trend. Im Bereich Industrie und Handel wurden 939 und im Handwerk 447 neue Verträge weniger unterzeichnet als noch im Jahr zuvor. Auch die Landwirtschaft, die Freien Berufe und die Hauswirtschaft verzeichneten weniger Neuabschlüsse. Lediglich der Öffentliche Dienst konnte einen Zuwachs von 32 neuen Verträgen verbuchen.

Ende 2010 hatten 38 604 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im dualen System. Das waren 4 885 bzw. 11,2 % weniger als im Vorjahr.

Die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe bei den männlichen Auszubildenden waren der Kraftfahrzeugmechatroniker vor dem Koch und dem Industriemechaniker. Bei den weiblichen Auszubildenden lag die Kauffrau im Einzelhandel in Front, gefolgt von der Bürokauffrau und der Verkäuferin.

**Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
in Berlin und im Land Brandenburg
2000 bis 2010**

**Verkehr** April 2011

Mehr Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Berlin

(...) Die Polizei registrierte im April auf Berliner Straßen 10 288 Straßenverkehrsunfälle, das waren 4,7 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Bei 1 199 Unfällen mit Personenschaden wurden sechs Personen getötet. 156 Personen wurden schwer und 1 255 leicht verletzt. Das sind 13,0 % bzw. 10,2 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die schwer wiegenden Unfälle mit Sachschaden stiegen um 5,3 %; die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sanken um 6,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete eine Zunahme um 3,5 %.

In den Monaten Januar bis April 2011 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 39 191 Straßenverkehrsunfälle, 5,0 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 3 447 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 4 084 Personen, dabei wurden 4 067 Personen verletzt und 17 getötet, das waren drei getötete Personen mehr als im Zeitraum Januar bis April 2010.

Zunahme der Verkehrsunfälle und der dabei Verunglückten in Brandenburg

(...) Die Polizei registrierte nach vorläufigen Ergebnissen im April 2011 auf Brandenburger Straßen 6 763 Straßenverkehrsunfälle, das waren 6,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Bei 752 Unfällen mit Personenschaden wurden 19 Personen getötet, ein getötetes Unfallopfer mehr als im April 2010. 206 Personen wurden schwer und 701 leicht verletzt. Das sind 12,6 % bzw. 7,5 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die schwer wiegenden Unfälle mit Sachschaden sanken um 5,2 % und die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel stiegen um 12,5 %. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete eine Zunahme um 5,3 %.

In den Monaten Januar bis April 2011 erfasste die Brandenburger Polizei insgesamt 24 548 Straßenverkehrsunfälle, 16,9 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 2 155 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 2 719 Personen, dabei wurden 2 667 Personen verletzt und 52 getötet, das waren zwei Personen weniger als im Zeitraum Januar bis April 2010.

Bevölkerung Jahr 2010

Deutlicher Anstieg in Berlin

(...) Die Bevölkerungszahl Berlins stieg im Jahr 2010 um rd. 18 000 Personen bzw. 0,5 % auf 3 460 700 Einwohner. Damit konnte auch im sechsten Jahr in Folge für die Bundeshauptstadt ein Bevölkerungszuwachs registriert werden. Einen Anstieg dieser Größenordnung hatte es zuletzt im Jahr 1992 gegeben.

Die positive Bevölkerungsbilanz wurde insbesondere durch einen Wanderungsgewinn bestimmt, der mit 16 800 Personen deutlich höher ausfiel als 2009 (11 000 Personen).

Beim Vorjahresvergleich ist jedoch zu beachten, dass die Ergebnisse des Jahres 2009 geprägt sind von Bereinigungen der Melderegister im Zusammenhang mit der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer. Nach Berlin zogen im Jahr 2010 rd. 147 800 Personen, im Gegenzug verließen 131 000 Personen die Stadt. Den größten Anteil an dem Wanderungsgewinn hatten die Zugezogenen, die aus den alten Bundesländern (13 700 Personen) ihren Wohnsitz nach Berlin verlagerten. Aus den neuen Bundesländern (ohne Berliner Umland) kamen rd. 8 400 Personen mehr nach Berlin als von hier fortzogen. Wanderungsverluste wurden gegenüber dem Ausland (1 200 Personen) und dem Umland von Berlin (4 100 Personen) registriert.

Im Verlauf des Jahres 2010 kamen 33 393 Kinder lebend zur Welt. Dies bedeutet einen Anstieg um 1 289 Kinder bzw. 4 % im Vergleich zu 2009. Verstorben sind im vergangenen Jahr rd. 32 200 Berliner, sodass sich mit rd. 1 200 Personen der höchste Geburtenüberschuss seit 1991 ergab.

Bevölkerungsrückgang in Brandenburg

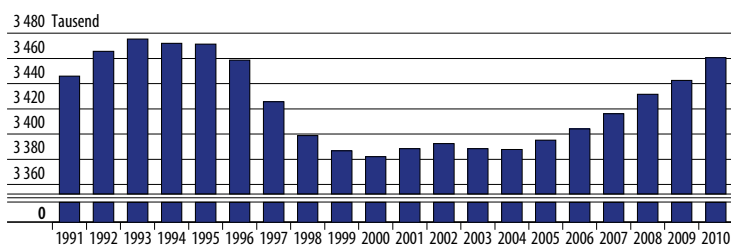
(...) Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg sank im Jahr 2010 um rd. 8 300 Personen bzw. 0,3 % auf 2 503 300 Einwohner. Damit setzte sich der seit 2001 registrierte Bevölkerungsrückgang weiter fort.

Die negative Bevölkerungsbilanz resultierte aus dem Sterbeüberschuss von 8 940 Personen, d. h. die Zahl der Sterbefälle (27 894 Personen) war im Jahr 2010 höher als die Zahl der lebend geborenen Kinder (18 954).

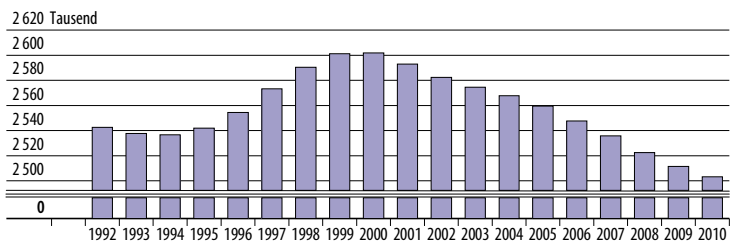
Bei den Wanderungen hingegen wurde erstmals seit 2004 ein positiver Saldo (600 Personen) ermittelt. Dieser ergab sich daraus, dass im vergangenen Jahr 60 900 Personen ihren Wohnsitz nach Brandenburg verlagerten und im gleichen Zeitraum 60 300 Personen das Land verlassen haben. Gegenüber dem Ausland und Berlin konnte das Land Brandenburg einen Wanderungsgewinn verbuchen, der bei 2 100 bzw. 1 700 Personen lag. Gegenüber dem übrigen Bundesgebiet (ohne Berlin) jedoch war wie auch in den Vorjahren ein Verlust (3 200 Personen) zu verzeichnen.

Hierbei waren das Land Sachsen (800 Personen) sowie Hamburg (500 Personen) die bevorzugten Ziele.

Bevölkerungsstand in Berlin seit 1991



Bevölkerungsstand im Land Brandenburg seit 1992



Verbraucherpreise Juli 2011

▮ Preise in Berlin gegenüber Juli 2010 um 2,5 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Juni 2011 bis Juli 2011 um 0,3 % auf einen Indexstand von 110,8 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2010 betrug +2,5 %.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat Juni 2011 (+0,3 %) wurde in erster Linie durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Urlaubsausgaben bestimmt. So erhöhten sich Mieten für Ferienwohnungen oder -häuser um 30,1 %, die Personenbeförderung im Luftverkehr um 14,7 %, Pauschalreisen um 10,5 % und die Personenbeförderung im See- und Binnenschiffsverkehr um 6,7 %. Die Energiepreise gingen dagegen leicht zurück (-0,1 %), wobei dies im Wesentlichen auf gesunkene Kraftstoffpreise (-1,1 %) zurückzuführen war. Die Preise für Heizöl erhöhten sich um 2,0 %. Die Entwicklung der Nahrungsmittel zeigte sich im Vergleich zum Juni 2011 verbraucherfreundlich (-1,1 %). Deutliche Preisrückgänge für Gemüse (-4,8 %) und Obst (-3,9 %) bestimmten hier das Bild. Auch die Preisreduzierungen für Bekleidung (-2,3 %) und Schuhe (-2,0 %) dürften die Verbraucher erfreut haben.

Die jährliche Veränderung für die Verbraucherpreise lag im Juli 2011 den dritten Monat in Folge unverändert auf dem Niveau von +2,5 %. Erneut wurde die Gesamtentwicklung maßgeblich durch die Energiepreise bestimmt (+13,5 %). Sowohl die Preise für Kraftstoffe (+13,4 %) als auch für Haushaltsenergie (+13,5 %) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. So kosteten Heizöl 25,0 %, Gas 13,7 %, Strom 12,1 % und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme 8,0 % mehr als im Juli 2010. Ohne Einbeziehung der Energiepreise hätte die jährliche Veränderungsrate nur bei +1,3 % gelegen. Weitere Preissteigerungen im Jahresvergleich wurden auch wieder für Nahrungsmittel (+0,8 %) und alkoholfreie Getränke (+7,3 %) festgestellt. Preistreiber bei den Nahrungsmitteln blieben weiterhin Speisefette und -öle (+12,1 %), Molkereiprodukte und Eier (+4,7 %), Fische und Fischwaren (+2,4 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+2,2 %). Gemüse und Obst wurde dagegen um 6,5 % bzw. 3,5 % deutlich günstiger angeboten als vor einem Jahr. Der Preisanstieg bei alkoholfreien Getränken war weiterhin vor allem auf die Verteuerung von Kaffee (+18,3 %), Fruchtsäften (z. B. Fruchtsaft aus Zitrusfrüchten: +19,2 %; Apfelsaft o. Ä.: +5,7 %), Limonade (+6,7 %) und Cola (+5,5 %) zurückzuführen. Auch Bekleidung und Schuhe (+1,1 %) sowie Urlaub (Beherbergungsdienstleistungen: +9,0 %, Pauschalreisen: +2,9 %) waren teurer als im Juli 2010.

▮ Preise im Land Brandenburg gegenüber Juli 2010 um 2,2 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von Juni 2011 bis Juli 2011 um 0,5 % auf einen Indexstand von 110,5 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2010 betrug +2,2 %.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat Juni 2011 wurde in erster Linie durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Urlaubsausgaben bestimmt. So erhöhten sich Mieten für Ferienwohnungen oder -häuser um 30,1 %, die Personenbeförderung im Luftverkehr um 14,7 %, Pauschalreisen um 10,5 % und die Personenbeförderung im See- und Binnenschiffsverkehr um 6,7 %. Die Energiepreise stiegen um 0,2 %, wobei sich die Preise für Heizöl um 0,5 % erhöhten und die für Kraftstoffe um 0,2 % zurückgingen. Bei den Nahrungsmitteln wurden Preissteigerungen für Fleisch und Fleischwaren (+1,4 %), Molkereiprodukte und Eier (+1,4 %), Fisch und Fischwaren (+1,3 %) sowie für Speisefette und -öle (+1,3 %) durch Preisrückgänge für Obst (-3,4 %) und Gemüse (-2,8 %) gedämpft. Verbraucherfreundlich zeigten sich auch im Juli 2011 die Preise für Bekleidung (-1,5 %) und Schuhe (-0,3 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung der Verbraucherpreise hat sich mit +2,2 % im Juli 2011 wieder erhöht (Juni 2011: +1,9 %). Erneut wurde die Gesamtentwicklung maßgeblich durch die Energiepreise bestimmt (+10,0 %). Sowohl die Preise für Kraftstoffe (+11,5 %) als auch für Haushaltsenergie (+9,2 %) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. So kosteten Heizöl 23,4 %, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme 8,8 %, Strom 5,9 %, Gas 5,6 % und feste Brennstoffe 4,2 % mehr als im Juli 2010. Ohne Einbeziehung der Energiepreise hätte die jährliche Veränderungsrate nur bei +1,2 % gelegen. Weitere Preissteigerungen im Jahresvergleich wurden auch wieder für Nahrungsmittel (+2,6 %) und alkoholfreie Getränke (+8,1 %) festgestellt. Preistreiber bei den Nahrungsmitteln blieben weiterhin Speisefette und -öle (+12,3 %), Molkereiprodukte und Eier (+6,0 %), Fische und Fischwaren (+6,0 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+3,7 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+3,4 %). Gemüse und Obst wurde dagegen um 3,5 bzw. 1,2 % günstiger angeboten als vor einem Jahr. Der deutliche Preisanstieg bei alkoholfreien Getränken war weiterhin vor allem auf die Verteuerung von Kaffee (+21,4 %) und Fruchtsäften (z. B. Fruchtsaft aus Zitrusfrüchten: +17,3 %; Apfelsaft o. Ä.: +15,9 %) zurückzuführen. Auch Bekleidung (+1,9 %) und Urlaub (Pauschalreisen: +2,9 %; Beherbergungsdienstleistungen: +2,7 %) waren teurer als im Juli 2010.

Kurz gefasst **aus Deutschland**

Bevölkerung Jahr 2010

Leichter Rückgang der Bevölkerung

(...) Ende 2010 betrug die Einwohnerzahl Deutschlands nach vorläufigen Ergebnissen 81,75 Mill. Menschen – das waren 51 000 Personen weniger als Ende 2009 (–0,1 %). (...) Der Bevölkerungsrückgang fiel damit schwächer aus als 2009 (–210 000) und 2008 (–215 000). Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Zu- und Fortzügen (Wanderungsbewegungen). Zudem fließt eine kleine Zahl von Korrekturen in die Berechnung ein.

Im Jahr 2010 wurden nach vorläufigen Ergebnissen 678 000 Kinder geboren, das waren 13 000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Sterbefälle nahm 2010 um 4 000 auf 859 000 weiter zu. Im Jahr 2010 verstarben somit 181 000 Menschen mehr als geboren wurden. Da die Zahl der Geburten stärker gestiegen ist als die Zahl der Sterbefälle, fiel das Geburtendefizit gegenüber dem Vorjahr (–189 000) um 8 000 Personen geringer aus.

Im Jahr 2010 wurden gut 798 000 Zuzüge nach Deutschland und knapp 671 000 Fortzüge verzeichnet. Gegenüber 2009 haben somit die Zuzüge um 77 000 zugenommen, während die ausgewiesene Zahl der Fortzüge um 63 000 zurückgegangen ist. Daraus ergibt sich für 2010 ein Wanderungsüberschuss von rund 128 000 Personen. Der Wanderungssaldo war in den zwei Jahren davor negativ ausgefallen. Der schwächere Bevölkerungsrückgang ist somit vor allem auf eine gestiegene Zuwanderung bei gleichzeitigem Rückgang der berücksichtigten Fortzüge sowie in geringerem Umfang auf die Zunahme der Geburten zurückzuführen.

Bei der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Zahlen der Fortzüge 2008 und 2009 stark überhöht waren und als Folge davon der Bevölkerungsrückgang in diesen Jahren überzeichnet wurde. Hintergrund ist, dass die Fortzugzahlen aufgrund von Angaben der Meldebehörden zu Abmeldungen ermittelt werden. Wegen der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer sind 2008 und 2009 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister durch zahlreiche Abmeldungen von Amts wegen vorgenommen worden, die zum großen Teil in die Statistik eingeflossen sind. In welchem Umfang die negativen Wanderungssalden 2008 und 2009 auf die Bereinigungen zurückzuführen waren und inwieweit die Ergebnisse 2010 noch beeinträchtigt sind, kann jedoch nicht quantifiziert werden.

Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich regional sehr unterschiedlich. Sechs Bundesländer verzeichneten eine Bevölkerungszunahme: Bayern (+28 000), Berlin (+18 000), Hamburg (+12 000), Baden-Württemberg (+9 000), Hessen (+5 000) und Schleswig-Holstein (+2 000). Alle neuen Bundesländer sowie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz und das Saarland verloren dagegen Einwohner. Besonders hoch fiel der Bevölkerungsrückgang in Nordrhein-Westfalen (–28 000) sowie in Sachsen-Anhalt (–21 000), Sachsen (–19 000) und Thüringen (–15 000) aus.

Quelle: DESTATIS

Verarbeitendes Gewerbe Mai 2011

2,9 % mehr Beschäftigte

(...) In Deutschland waren Ende Mai 2011 in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten knapp 5,1 Mill. Personen tätig. (...), das waren rund 142 500 Personen oder 2,9 % mehr als im Mai 2010. Damit setzte sich die seit Januar 2011 anhaltende Zunahme der Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich fort.

Die Zahl der im Mai 2011 geleisteten Arbeitsstunden nahm im Vergleich zum Mai 2010 um 18,0 % auf 710 Mill. zu. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Berichtsmonat 22 Arbeitstage gab und somit drei Tage mehr als im Mai 2010. Die Entgelte lagen bei rund 19,9 Mrd. EUR – gegenüber dem Vorjahresmonat war das eine Steigerung um 10,4 %.

Besonders stark stiegen die Beschäftigtenzahlen im Mai 2011 gegenüber Mai 2010 in der Herstellung von Metallerzeugnissen mit (+5,5 %), in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+5,4 %) und in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+5,2 %). Geringere Zuwächse verzeichneten unter anderem die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 2,2 % und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 1,7 %.

Quelle: DESTATIS

Mikrozensus Jahr 2010

■ Beschäftigungszuwachs zu großen Teilen von Zeitarbeit getragen

(...) Die Zahl der atypisch Beschäftigten stieg im Jahr 2010 auf 7,84 Mill. (...) Sie erhöhte sich nach Ergebnissen des Mikrozensus gegenüber 2009 um 243 000 Personen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten insgesamt nahm zwischen 2009 und 2010 um 322 000 auf 30,90 Mill. zu. Damit trug die atypische Beschäftigung gut 75 % zum Gesamtwachstum der Zahl abhängig Beschäftigter zwischen 2009 und 2010 bei. Die Zunahme atypischer Beschäftigung ist wiederum hauptsächlich auf den Zuwachs von Personen in Zeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen: Ihre Zahl wuchs von 2009 bis 2010 um 182 000. Damit trug die Zeitarbeit allein zu deutlich mehr als der Hälfte (57 %) des gesamten Beschäftigungsanstieges bei und erreichte 2010 mit 742 000 einen neuen Höchststand.

Betrachtet werden hier abhängig Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren, die nicht in Schule, Studium oder Berufsausbildung sind. Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden dabei – im Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis – befristete und geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden sowie Zeitarbeit gezählt. Eine atypische Beschäftigung kann auch nach mehreren Merkmalen gleichzeitig vorliegen.

Im Krisenjahr 2009 war die atypische Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr 2008 noch um 129 000 Personen gesunken. Mit der Entwicklung von 2009 auf 2010 ist dieser Rückgang mehr als ausgeglichen worden. Vergleicht man 2010 mit 2008, hat die Zahl atypisch Beschäftigter um 1,5 % zugenommen, die der Normalarbeitnehmer / -innen hingegen nur um 0,6 %.

Vor allem Zeitarbeit und befristete Beschäftigung wurden von den Unternehmen als Mittel genutzt, um flexibel auf die konjunkturellen Veränderungen zu reagieren.

Bei dem aktuellen Anstieg der Zeitarbeit um 32,5 % im Vergleich von 2010 gegenüber 2009 ist zu berücksichtigen, dass die Zeitarbeitnehmer / -innen die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise am stärksten gespürt hatten: Ihre Zahl war von 2008 auf 2009 um 8,5 % gefallen. Im Vergleich der Situation vor und nach der Krise hat die Zeitarbeit zwischen 2008 und 2010 im Saldo aber um 21,2 % zugenommen. Von den 742 000 Zeitarbeitnehmer / -innen im Jahr 2010 befanden sich 503 000 oder gut zwei Drittel in einer unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Anstellung und arbeiteten mindestens 21 Stunden pro Woche. Das verbleibende Drittel der Zeitarbeitnehmer / -innen war mindestens hinsichtlich eines weiteren Merkmals atypisch beschäftigt. Allein 198 000 oder 27 % waren als Zeitarbeitnehmer / -innen zugleich befristet beschäftigt.

Auch die befristete Beschäftigung legte im Jahresvergleich von 2010 gegenüber 2009 deutlich um 121 000 Personen oder 4,6 % zu und lieferte damit einen Beitrag von 38 % am Gesamtanstieg aller abhängig Beschäftigten. Die befristete Beschäftigung hatte 2009 einen Rückgang von 3,3 % gegenüber 2008 verzeichnet, sodass der Vergleich des Jahres 2010 mit dem Vorkrisenniveau im Saldo nur einen leichten Anstieg zeigt (+1,1 %).

Die Teilzeitbeschäftigung stieg 2010 im Vergleich zu 2009 um 28 000 Personen und weist für die beiden letzten Jahre nur einen geringen Zuwachs auf (+0,5 %). Bei der geringfügigen Beschäftigung deutet sich in diesem Zeitraum sogar ein leichter Rückgang an (–2,4 %). Von 2009 auf 2010 ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 57 000 Personen gesunken.

Auffällig ist, dass sich Normal- und atypische Beschäftigung auch 2010 für Frauen und Männer unterschiedlich entwickelten. Die Zahl der Frauen in Normalbeschäftigung stieg zwischen 2009 und 2010 um 122 000 und damit stärker als die der atypisch beschäftigten Frauen, die um 72 000 zulegte. Dabei wurden Letztere vorwiegend befristet (+52 000) und / oder in Zeitarbeit (+53 000) angestellt. Die Zahl der Männer in Normalbeschäftigung ging 2010 im Vorjahresvergleich sogar um 44 000 zurück, wohingegen die Zahl atypisch beschäftigter Männer um 171 000 stieg. Drei Viertel der Zunahme atypischer Beschäftigung bei den Männern gingen auf das Konto der Zeitarbeit (+128 000). Trotzdem waren auch 2010 Frauen noch deutlich häufiger atypisch beschäftigt als Männer. Bei ihnen lag der Anteil atypischer an allen Beschäftigten bei 37,2 %, während der entsprechende Anteil der Männer nur 14,4 % betrug. Ursächlich ist der höhere Frauenanteil in Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.

Quelle: DESTATIS

Abhängig Beschäftigte in unterschiedlichen Erwerbsformen¹ in Deutschland 2008 bis 2010 – Ergebnisse des Mikrozensus –

Erwerbsformen	2008	2009	2010
in 1 000			
Abhängig Beschäftigte.....	30 650	30 582	30 904
davon			
Normalerwerbstätige.....	22 929	22 990	23 069
Männer.....	13 918	13 794	13 750
Frauen.....	9 011	9 197	9 319
Atypisch Beschäftigte.....	7 721	7 592	7 835
Männer.....	2 261	2 139	2 310
Frauen.....	5 462	5 453	5 525
darunter ²			
Befristet Beschäftigte.....	2 731	2 640	2 761
Teilzeitbeschäftigte.....	4 903	4 901	4 929
Geringfügig Beschäftigte.....	2 578	2 574	2 517
Zeitarbeitnehmer / -innen.....	612	560	742

¹ Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Personen in Bildung oder Ausbildung

² Mehrfachzählungen möglich

Kurz gefasst **aus Europa****Preise** Juni 2011

▣ **Jährliche Inflationsrate im Euroraum unverändert bei 2,7 %, in der EU auf 3,1 % gesunken**

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum¹ lag im Juni 2011 bei 2,7 %, unverändert verglichen mit Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,5 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,0 % im Juni 2011.

Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Juni 2011 bei 3,1 %, gegenüber 3,2 % im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,9 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug –0,1 % im Juni 2011. (...)

Im Juni 2011 wurden (in den EU-Mitgliedstaaten) die niedrigsten jährlichen Raten in Schweden (+1,5 %), Slowenien (+1,6 %) und der Tschechischen Republik (+1,9 %) gemessen und die höchsten in Rumänien (+8,0 %), Estland (+4,9 %) und Litauen (+4,8 %). Im Vergleich zu Mai 2011 ging die jährliche Inflationsrate in vierzehn Mitgliedstaaten zurück, blieb in sechs unverändert und stieg in sechs an.

**Jährliche Inflationsraten
im Juni 2011
in ansteigender Reihenfolge**

Region	%
Eurozone (EWR)	
Irland (Mai 2011) ²	1,2
Slowenien.....	1,6
Frankreich.....	2,3
Deutschland.....	2,4
Niederlande.....	2,5 p
Euroraum	2,7 p
Spanien.....	3,0
Italien.....	3,0
Griechenland.....	3,1
Malta.....	3,1
Portugal.....	3,3
Belgien.....	3,4
Finnland.....	3,4
Österreich.....	3,7 p
Luxemburg.....	3,8
Slowakei.....	4,1
Zypern.....	4,5
Estland.....	4,9
EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums	
Schweden.....	1,5
Tschech. Republik.....	1,9
Dänemark.....	2,9
EU-Mitgliedstaaten	3,1 p
Bulgarien.....	3,5
Ungarn.....	3,5
Polen.....	3,7
Vereinigtes Königreich.....	4,2
Lettland.....	4,7
Litauen.....	4,8
Rumänien.....	8,0

Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Juni 2011 verzeichneten Schweden (+1,5 %) sowie die Tschechische Republik und die Niederlande (je +1,8 %), während die höchsten Werte in Rumänien (+7,8 %), Estland (+4,7 %) und Griechenland (+4,6 %) gemeldet wurden. (...)

Die Hauptkomponenten mit den höchsten jährlichen Raten (im Euroraum) im Juni 2011 waren Verkehr (5,3 %), Wohnung (4,8 %) und Nahrungsmittel (2,7 %). Die Hauptkomponenten mit den niedrigsten jährlichen Raten waren Nachrichtenübermittlung (–1,2 %), Freizeit und Kultur (–0,4 %) sowie Bekleidung und Schuhe (–1,0 %). Bei den Teilindizes hatten Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,45 Prozentpunkte), Flüssige Brennstoffe (+0,16 Prozentpunkte) und Elektrizität (+0,13 Prozentpunkte) die stärkste Steigerungswirkung auf die Gesamtinflation, während Telekommunikation (–0,13 Prozentpunkte), Bekleidungsartikel (–0,09 Prozentpunkte) und Mieten (–0,08 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Die Hauptkomponenten mit den höchsten monatlichen Raten waren Freizeit und Kultur sowie Restaurants und Hotels (je +0,5 Prozentpunkte) und Wohnung (+0,2 Prozentpunkte). Diejenigen mit den niedrigsten Raten waren Bekleidung und Schuhe (–1,5 Prozentpunkte), Nachrichtenübermittlung (–0,4 % Prozentpunkte), Alkohol und Tabak sowie Verkehr (je –0,2 Prozentpunkte). Insbesondere Pauschalreisen (+0,07 Prozentpunkte) und Beherbergungsdienstleistungen (+0,03 Prozentpunkte) hatten die stärkste Steigerungswirkung, während Bekleidungsartikel (–0,09 Prozentpunkte) und Kraftstoffe für Verkehrsmittel (–0,07 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Quelle: EURSTAT

1 Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.
2 Die Daten für Irland für Juni 2011 lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unter Embargo.

Industrie Mai 2011**┐ Auftragseingänge gestiegen**

Im Euroraum (ER17)¹ nahm der Index der Auftrags-eingänge in der Industrie im Mai 2011 gegenüber dem Vormonat um 3,6 % zu, nach einem Rückgang von 0,1 % im April. In der EU27² stiegen die Auftragseingänge im Mai 2011 um 2,5 % nach einem Anstieg von 0,3 % im April. Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, welche tendenziell unbeständiger sind, so nahmen die Auftragseingänge in der Industrie im Euroraum um 3,0 % und in der EU27 um 2,5 % zu.

Im Vergleich zum Mai 2010 stieg der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Mai 2011 im Euroraum um 15,5 % und in der EU27 um 14,3 %. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Anstieg 14,3 % bzw. 13,2 % (...)

Im Vergleich zum Vormonat stiegen die Auftragseingänge für Investitionsgüter im Mai 2011 im Euroraum um 3,2 % und in der EU27 um 1,8 %. Verbrauchsgüter wiesen einen Anstieg von 2,8 % bzw. 2,5 % auf. Vorleistungsgüter nahmen in beiden Gebieten um 2,5 % zu. Gebrauchsgüter nahmen im Euroraum um 2,2 % ab, stiegen aber in der EU27 um 0,1 % an.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten fünfzehn Länder eine Zunahme der Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe und sieben einen Rückgang. Die höchsten Zuwächse meldeten Estland (+14,2 %), Bulgarien (+14,1 %), Ungarn (+9,4 %) und Schweden (+5,0 %); die stärksten Rückgänge waren in Lettland (-10,7 %) und Finnland (-8,8 %) zu beobachten. (...)

Im Vergleich zum Mai 2010 stiegen die Auftragseingänge für Investitionsgüter im Mai 2011 im Euroraum um 17,1 % und in der EU27 um 16,1 %. Vorleistungsgüter wiesen einen Anstieg von 16,4 % bzw. 15,3 % auf. Verbrauchsgüter nahmen im Euroraum um 9,2 % und in der EU27 um 6,9 % zu. Gebrauchsgüter nahmen um 1,7 % bzw. 7,8 % ab.

Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe stiegen in allen Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, mit Ausnahme von Lettland (-8,9 %). Die höchsten Zuwächse meldeten: Estland (+62,1 %), Bulgarien (+42,9 %), Litauen (+22,6 %) sowie Frankreich und Portugal (je +21,0 %) und die niedrigsten: Dänemark (+0,8 %), Irland (+3,4 %) und Ungarn (+4,3 %).

Quelle: EUROSTAT

¹ Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

² Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Außenhandel Mai 2011**┐ Ausgeglichene Handelsbilanz im Euroraum, Defizit für die EU27**

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER17)¹ im Mai 2011 ein Gleichgewicht im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber einem Defizit von 4,9 Mrd. EUR im Mai 2010. Im April 2011 betrug der Saldo -4,8 Mrd. EUR und im April 2010 -0,8 Mrd. EUR. Im Mai 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum April 2011 um 1,5 % und die Einfuhren um 0,2 % zu.

Die EU27² wies nach ersten Schätzungen im Mai 2011 ein Handelsbilanzdefizit von 13,2 Mrd. EUR auf, gegenüber -16,0 Mrd. EUR im Mai 2010. Im April 2011 wurde ein Saldo von -16,4 Mrd. EUR und im April 2010 von -12,0 Mrd. EUR verbucht. Im Mai 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum April 2011 um 1,1 % und die Einfuhren um 0,7 % zu. (...)

Das Defizit der EU27 nahm beim Handel mit Energie (-124,4 Mrd. EUR in Januar – April 2011 gegenüber -94,4 Mrd. EUR in Januar – April 2010) deutlich zu, während der Überschuss für Industrieerzeugnisse (+69,6 Mrd. EUR gegenüber +50,0 Mrd. EUR) deutlich stieg.

Der Handel der EU27 mit allen ihren wichtigsten Partnerländern nahm in Januar – April 2011 gegenüber Januar – April 2010 zu. Zu den höchsten Zunahmen kam es bei den Ausfuhren in die Türkei (+42 %), nach Russland (+37 %), China (+27 %) und Südkorea (+26 %). Für Einfuhren wurden die höchsten Zunahmen mit Russland (+35 %), Indien und Brasilien (je +27 %), Norwegen (+24 %) sowie der Türkei (+23 %) verzeichnet.

Der Handelsbilanzüberschuss der EU27 stieg mit den USA (+22,8 Mrd. EUR in Januar – April 2011 gegenüber +19,1 Mrd. EUR in Januar – April 2010), der Schweiz (+8,6 Mrd. EUR gegenüber +6,1 Mrd. EUR) und der Türkei (+8,4 Mrd. EUR gegenüber +4,2 Mrd. EUR). Zu einem Anstieg des Handelsdefizits der EU27 kam es mit China (-49,7 Mrd. EUR gegenüber -45,1 Mrd. EUR), Russland (-34,1 Mrd. EUR gegenüber -25,8 Mrd. EUR), Norwegen (-16,9 Mrd. EUR gegenüber -12,8 Mrd. EUR) und Japan (-8,1 Mrd. EUR gegenüber -7,1 Mrd. EUR), während das Defizit mit Südkorea (-1,9 Mrd. EUR gegenüber -3,8 Mrd. EUR) fiel.

Bezüglich des Handels der einzelnen Mitgliedstaaten erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+51,3 Mrd. EUR in Januar – April 2011), gefolgt von den Niederlanden (+16,0 Mrd. EUR) und Irland (+13,5 Mrd. EUR). Das Vereinigte Königreich (-37,3 Mrd. EUR) verbuchte das größte Defizit, gefolgt von Frankreich (-30,7 Mrd. EUR), Italien (-17,9 Mrd. EUR), Spanien (-16,6 Mrd. EUR), Griechenland (-6,8 Mrd. EUR) und Portugal (-5,8 Mrd. EUR).

Quelle: EUROSTAT

Wirtschaft im Überblick April 2011

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2011 zum April 2010 um 0,6 %, das waren –1 547 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,9 %, das sind –0,3 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangsindex, des Gesamtumsatzes und der Beschäftigten-Zahl leicht an. Im Bauhauptgewerbe hatte im Monat April die gleiche Kennziffer des baugewerblichen Umsatzes, des Auftragseinganges sowie der Baugenehmigungen eine stark steigende Entwicklung und die der Beschäftigten eine leicht steigende. Beim Berliner Einzelhandel sind die Trend-Entwicklungen der Messzahlen des realen und nominalen Umsatzes leicht steigend, während die der Beschäftigten-messzahl gleich blieb. Beim Großhandel stieg

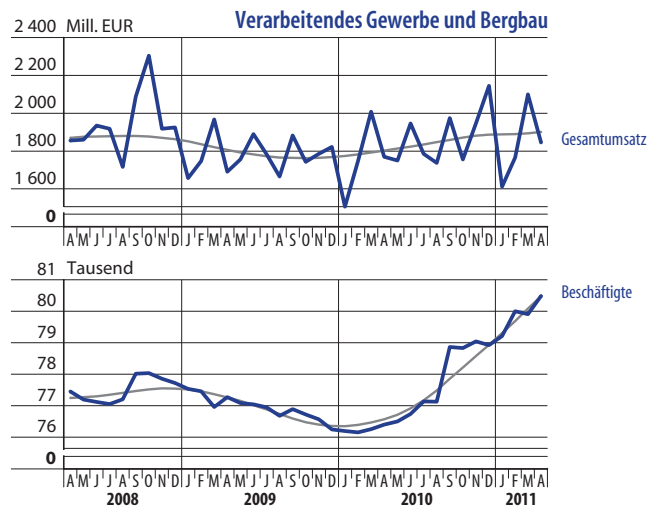
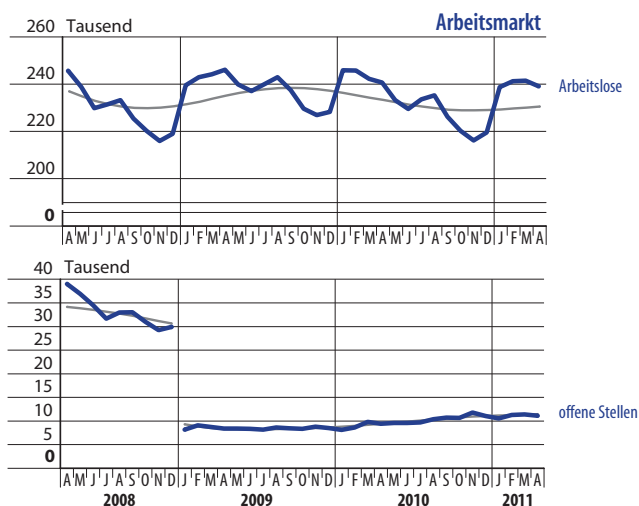
der Trend des nominalen Umsatzes, der der Beschäftigtenmesszahl blieb konstant und der des realen Umsatzes fiel leicht. Im Gastgewerbe zog der Trend der nominalen und der realen Umsatz-Messzahl leicht an; der für die Beschäftigten-Messzahl blieb gleich. Bei der Zahl der Gästeankünfte stieg der Trend des letzten Jahres leicht an, während er bei den Übernachtungen leicht fiel. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export und beim Import eine leicht steigende Tendenz, der Export in die EU-Länder gab dagegen leicht nach. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen sank leicht, während die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben leicht anstieg. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fielen, die Unternehmensinsolvenzen wesentlich stärker. Im April 2011 betrug die Inflationsrate +2,4 % – der jährliche Trend war stärker steigend.

Vorjahresmonat jeweils 0,3 Prozentpunkte weniger. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lag damit 8,1 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 3,2 Prozentpunkte bzw. 2,1 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (Mai 2010 bis April 2011) im Vergleich zum Vorjahr (Mai 2009 bis April 2010) lag bei –2,9 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit dem Herbst 2009 fällt sie wieder ab und blieb seit dem Herbst 2010 nahezu unverändert. Die Arbeitslosenzahl ist nun etwa beim Vorkrisen-Niveau des Herbstes 2008 angelangt. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das waren etwa 21 000 Personen weniger als zuvor – ein Vergleich mit vor-

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende April des Jahres 2011 mit 238 255 Arbeitslosen 1,0 % weniger als im März 2011 registriert, das waren –2 315 Personen. Im Vergleich zum April des Jahres 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 0,6 % ab, das entsprach einem Minus von 1 547 Personen.

Dieser Wert stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl des Brandenburger Amtes Wiesengrund am 30. Juni 2010 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,3 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,9 %. Das waren gegenüber dem

Tabelle Seite 24



herigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im April 2011 waren 11 145 offene Stellen gemeldet. Das sind +18,2 % zum April 2010 und +23,3 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monate. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an, in letzter Zeit wieder recht stark. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 21,4. Der Trend dieses Quotienten ist fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

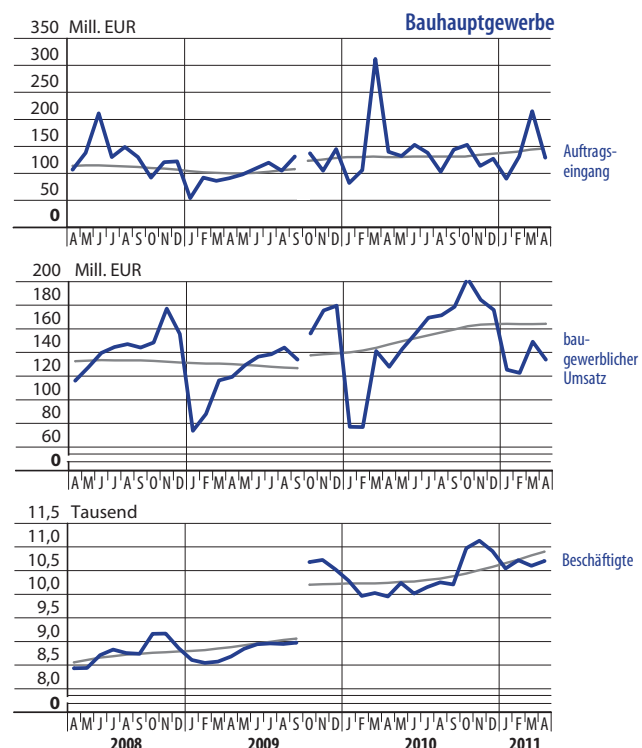
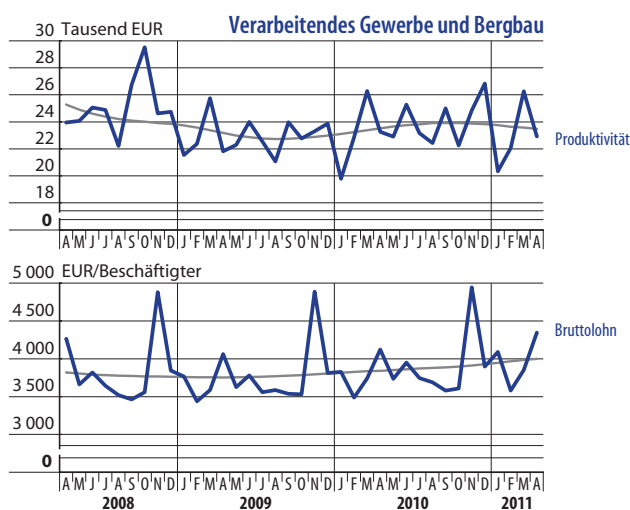
Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftrags-eingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit +6,5 % eine positive Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monate waren es +15,4 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Mai 2008 und stieg ab Mitte des Jahres 2009 kontinuierlich an. Die im Monat April dieses Jahres 334 berichtspflichtigen Betriebe – das sind acht Betriebe mehr als im April 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 846,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 76,1 Mill. EUR oder 4,3 % überboten. In den letzten 12 Monaten – vom Mai 2010 bis April 2011 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,4 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 4,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend und hat nun das vor der Krise erreichte Niveau leicht überschritten. Der

monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im April 2010 ein Niveau von 901,1 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 46,4 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 10,8 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 sehr stark steigend. Im April des Jahres 2011 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 80 520 Personen tätig. Gegenüber dem April 2010 gab es mit +5,3 % eine positive Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +2,6 % ebenfalls eine positive Veränderung spürbar. Im April 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 931 EUR, das waren –1,4 % gegenüber dem April 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag aktuell bei 4 334 EUR, sie stieg somit an und lag um +5,4 % oder 221 EUR höher als im April 2010.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich eine Veränderung des Berichtsgebietes, die, wie jetzt deutlich wird, zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge erreichte – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – im April 2011 ein Niveau von 128,9 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit

–7,9 % zum Vorjahresmonat einen stärkeren Abfall. Im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich demgegenüber eine Veränderung von +2,4 %, die durch sehr hohe Auftrags-eingänge sowohl im März 2010 als auch im März 2011 beeinflusst war. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder leicht an. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Trend stark steigend. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt in den drei Betrachtungs-zeiträumen eine einheitliche stark steigende Tendenz. Im April 2011 wurden 179 Baugenehmigungen erteilt, das sind +55,7 %; im laufenden Jahr waren es +15,8 % und in den letzten 12 Monaten +11,9 % jeweils im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Trend im Ein-Jahres-Zeitraum war demzufolge auch stark steigend. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im April einen Wert von 133,9 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 134,5 Mill. EUR) bei +4,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden 12 Monate mit +18,3 % sehr positiv. Der jährliche Trend lag demzufolge auch stark im Plus. Diese Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit Mitte 2009 leicht aber kontinuierlich an. Mit 10 705 Beschäftigten wurde im April 2011 zum April 2010 ein Zuwachs von 7,5 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, und zwar von +8,2 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl beim Vergleich zum Vorjahresmonat war leicht steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Januar 2009 oder Oktober 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 eine inhaltliche Veränderung – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch ist eine „Sprungstelle“ in den entsprechenden Abbildungen enthalten. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 2,6 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +2,0 %. Die Zahl der Beschäftigten des Berliner Einzelhandels lag im Durchschnitt der letzten 12 Monate um 0,9 % unter dem Vergleichsniveau. Die Vollbeschäftigtenzahl verminderte sich im April 2011 zum April 2010 um 0,9 %, während die der Teilzeitbeschäftigten um 2,2 % anstieg. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Messzahl des nominalen und des realen Umsatzes stieg leicht aber kontinuierlich an, während die der Beschäftigten seit 2009 fiel.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, wo die gleiche inhaltliche Veränderung wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung durchwachsener als die des Einzelhandels. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 7,0 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +0,9 %. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb im gleichen Zeitraum mit +0,01 % konstant. Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes ist langfristig leicht steigend, während sich die der Beschäftigten und des realen Umsatzes leicht fallend darstellt.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche inhaltliche Veränderung vorgenommen. In diesem, wie im Einzelhandel, saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig, traten beim Vergleich der beiden letzten 12 Monate im nominalen Umsatz Veränderungsrate von +2,5 % und

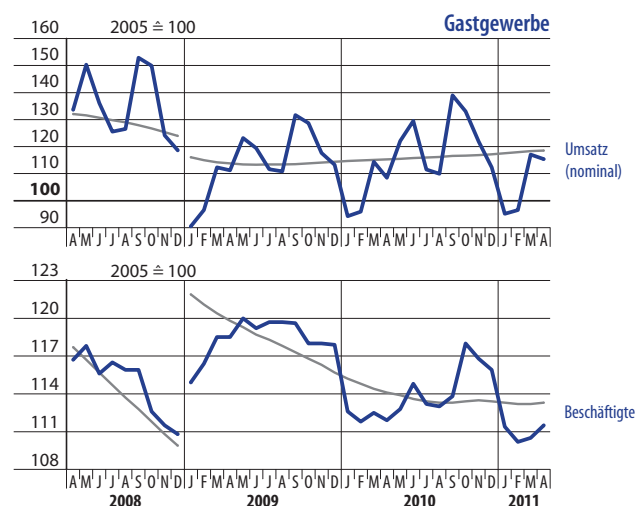
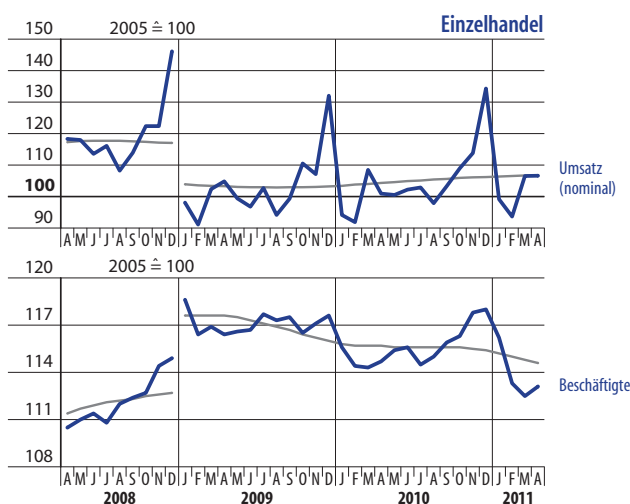
im realen Umsatz von –0,1 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es im gleichen Zeitraum –2,8 %. Von dem Rückgang waren sowohl die Voll- wie auch die Teilzeitbeschäftigten betroffen. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg für die nominale und die reale Umsatz-Messzahl seit 2009 leicht an und für die Beschäftigten ist sie gleichbleibend.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im April 2011 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 728,5 Tsd; gegenüber dem April 2010 waren es 5,4 Tsd. Personen oder 0,7 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 7,2 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (April 2011 zu April 2010) überraschenderweise nicht an, sie verminderte sich um 4,6 % von 1 685 Tsd. auf 1 607 Tsd. Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +6,2 % die positive Entwicklung fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen scheint nach einem langfristig und linearen Anstieg seit dem Herbst 2010 leicht zu fallen. Im Durchschnitt entfielen im April 2011 auf jeden Gast 2,2 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,2 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig etwa gleichbleibender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** scheinen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise dauerhaft überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im April 983,9 Mill. EUR und lag damit um 1,0 % über dem Ergebnis des April 2010. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 17,3 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2010 bis April 2011 – wurden Waren im Wert von 12,7 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union 45,5 % der gesam-

ten Ausfuhr – mit 448,0 Mill. EUR 0,5 % mehr als im April 2010. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 761,6 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +10,0 % zum April 2010 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (Mai 2010 bis April 2011) wurden Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR – das sind +16,2 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stärker ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark an und hatte Mitte 2010 das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008 und steigt ebenfalls seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2011 wurden 1 232 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2010, mit 1 530 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren das –19,5 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann allerdings +19,9 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2011 auf 127 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf –33,5 % gegenüber dem April 2010, der ein Saldo von 191 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +32,6 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente kann bei den



Gewerbemeldungen und den Betriebsgründungen als in letzter Zeit wieder leicht fallend bei einem insgesamt leicht schwankenden Verlauf eingeschätzt werden. Bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – traten sehr starke Schwankungen auf.

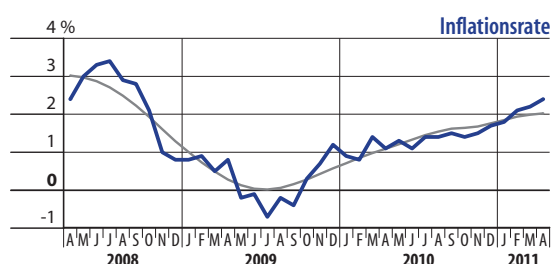
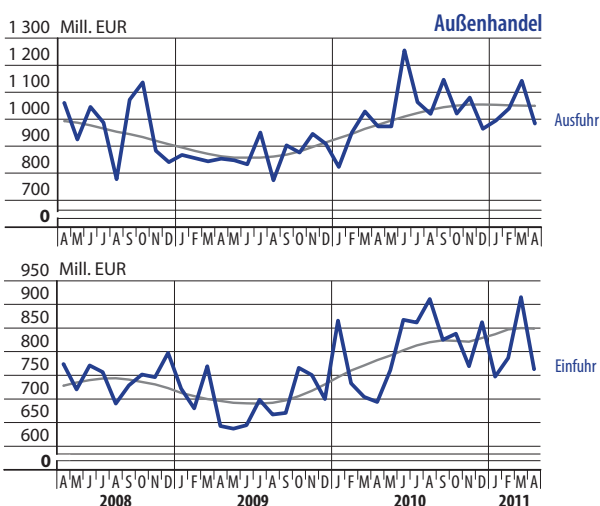
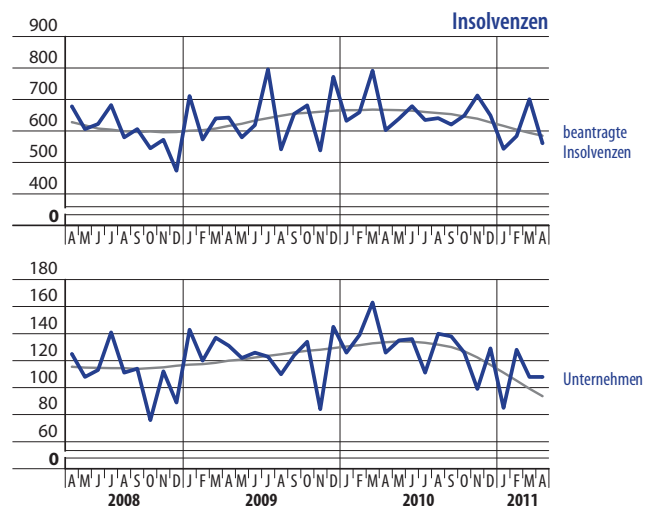
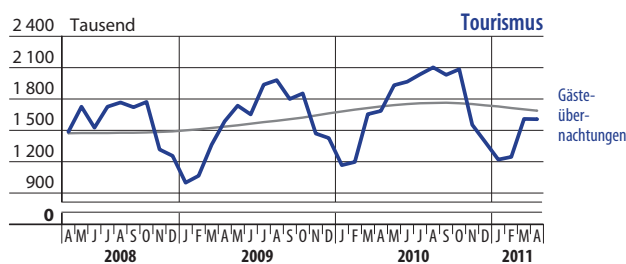
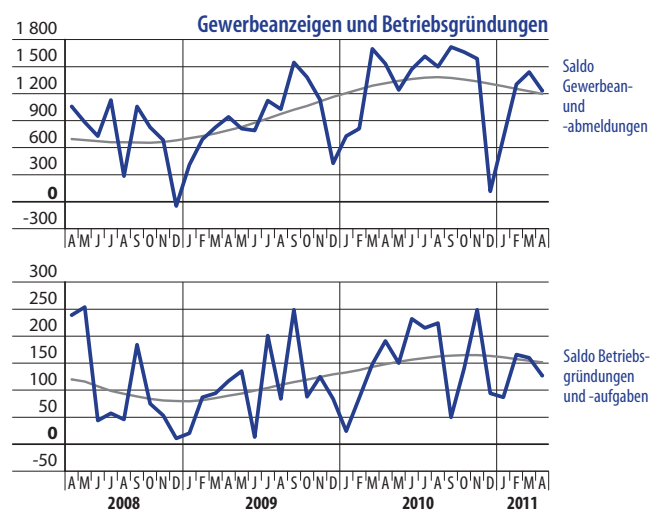
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen betrachteten drei Zeiträumen des Vergleichs durchgängig negative Veränderungsrate – also eine positive Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 561 Verfahren für den Monat April 2011 genannt, das sind gegenüber dem April des Vorjahres 7,0 % weniger. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –3,2 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2005 bei ca. 130 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war seit Mitte 2008 steigend, fällt seit Mitte 2010 jedoch wieder stark. Im aktuellen Monat gab es bei den

Regelinsolvenzen der Unternehmen 108 Fälle, das entspricht –14,3 % zum April 2010. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –5,2 % Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und bei denen der Unternehmen stark fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2011 bei 110,2. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2011 und dem April

2010, ergab sich damit ein Wert von +2,4 %, im März 2011: +2,2 %. Während sich die Preise für Energie (Kraftstoffe, Heizöl, Strom Gas, Fernwärme und Zentralheizung), Nahrungsmittel (Bohnenkaffee, Speisefette und -öle, Mineralwasser, Säfte, Limonaden) und Pauschalreisen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Gemüse und Obst Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und verläuft seit Mitte des Jahres 2010 leicht steigend. Zurzeit ist sie etwa bei +2,0 % angelangt. Gegenüber dem April 2010 ist der Trend nun ebenfalls stärker steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Januar 2009 oder Oktober 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick April 2011

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2011 zum Vorjahr um 6,9 %, das waren –10 909 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,0 %, das sind –0,9 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Der Trend bei der Zahl der Arbeitslosen war fallend und der der genannten Arbeitslosenquote stark fallend sowie der der offenen Stellen stark steigend. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des April 2011 zum April 2010 folgendes Bild: Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Gesamtumsatz und der Auftragseingang (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) stark steigend sowie die Zahl der Beschäftigten leicht steigend. Im Bauhauptgewerbe stiegen der Auftragseingang und die Anzahl der Baugenehmigungen sehr stark, der Umsatz sowie die Beschäftigtenzahl leicht. Beim Brandenburger Einzelhandel stieg der nominale Umsatz leicht, während die realen Umsatz- und

die Beschäftigtenkennziffern fast konstant blieben. Beim Großhandel war der Trend des nominalen Umsatzes stärker steigend und der beim realen Umsatz und der Beschäftigten steigend. Im Gastgewerbe waren die Trends aller drei Kennziffern (realer und nominaler Umsatz, Beschäftigtenzahl) leicht fallend. Im Tourismusgewerbe stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen leicht an – das jedoch langfristig und kontinuierlich. Die Brandenburger Ausfuhren, einschließlich der in die EU, und die Brandenburger Einfuhren legten ausnahmslos sehr beachtlich zu. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und der der Betriebsgründungen und -aufgaben fiel sehr stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen dabei sehr stark. Im April 2011 betrug die Inflationsrate +2,2 %; der jährliche Trend ist zurzeit linear steigend. Die wirtschaftliche Krise scheint überwunden, wobei es den durch sie verursachten „statistischen Basiseffekt“ bei der Interpretation fast aller wirtschaftlichen Kennziffern zu beachten gilt.

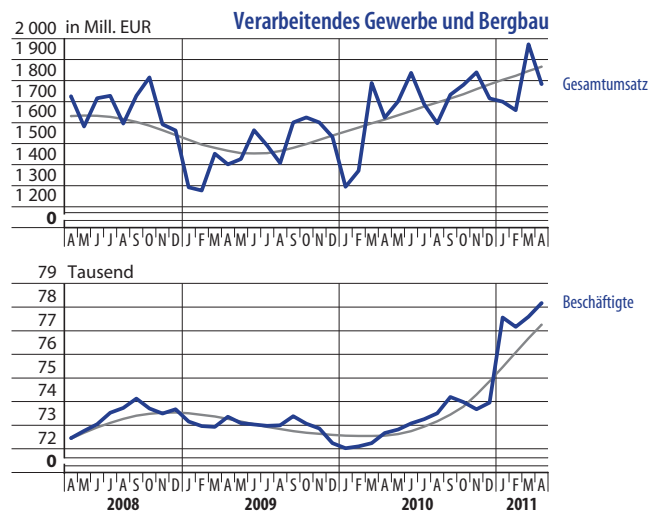
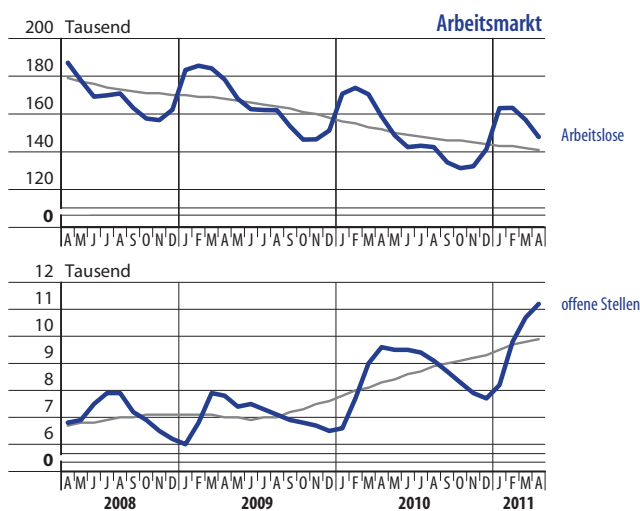
10 909 Personen. Diese Zahl stimmt etwa mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinden Glienicke/Nordbahn oder Kloster Lehnin zur Mitte des Jahres 2010 überein. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 12,3 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 11,0 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,9 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 4,1 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,7 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern jeweils 0,8 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 2,9 bzw. 4,0 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten – ab dem Herbst 2010 allerdings leicht abgeschwächt.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden jetzt die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende April des Jahres 2011 mit 147 886 Arbeitslosen ein Minus von 5,8 % gegenüber dem Vormonat – dem März

2011 – registriert, das waren 9 074 Personen weniger. Im Vergleich zum April des Jahres 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,9 % ab, das entspricht einem Minus von

Tabelle Seite 25



Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit den vorherigen Veröffentlichungen deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 11 245 offenen Stellen hatten sich seit dem April des vorigen Jahres um 1 683 Stellen oder um 17,6 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen deutlich an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 13,2 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im April dieses Jahres waren insgesamt 8 400 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen 4 Personen – insgesamt also 8 404 Personen – erfasst; im Vergleich zum April 2009 ergab das ein Plus von 1 164 Personen oder +16,1 %.

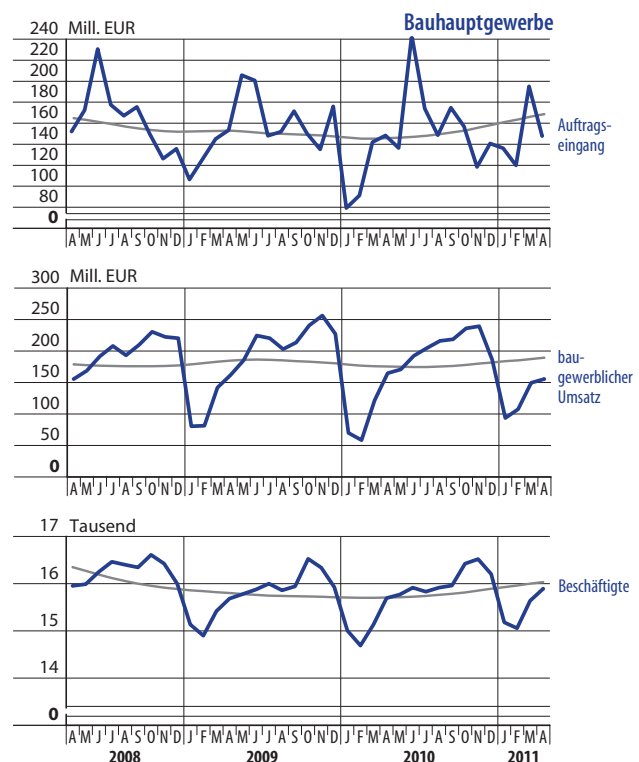
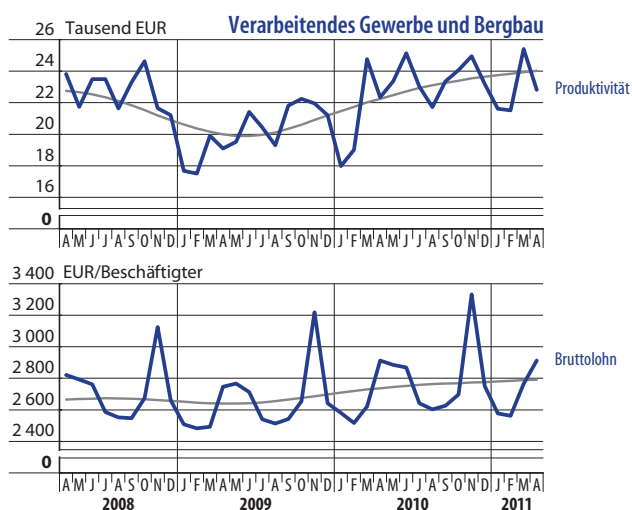
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit +18,2 % eine starke positive Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monatseinzelswerte. Im Vergleich eines gesamten Jahres (12 Monate: von Mai 2010 bis April 2011 zum Vorjahreszeitraum) waren es +10,4 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache besonders in einzelnen Großaufträgen für elektrische Ausrüstungen und des Fahrzeugbaus sowie der Auslandsnachfrage. Die Trend-Konjunktur-Komponente ist seit dem Frühjahr 2010 wieder stärker steigend. Die im Monat April dieses Jahres berichtspflichtigen 440 Betriebe – das sind 24 Betriebe mehr als im April 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 783,9 Mill. EUR. Das Ergebnis

des Vorjahresmonats wurde damit um 159,8 Mill. EUR oder 9,8 % überboten. Im laufenden Jahr konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 7,1 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 17,1 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder sehr stark steigend. Im Sommer 2010 wurde das vor der Konjunktur- und Finanzkrise erreichte Niveau wieder überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im April ein Niveau von 508,0 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 28,5 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab dem Januar 2009 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit April 2010 stärker ansteigt. Im April des Jahres 2011 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 78 173 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (April 2010) mit +7,6 % eine Zunahme um 5 497 Personen. Im gesamten

12-Monats-Vergleich ergeben sich +3,0 %; die Tendenz war steigend. Im April 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 189 EUR, das waren +2,1 % gegenüber dem April 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg dagegen „mikroskopisch“ an: Sie lag im gleichen Zeitraum um 0,003 % oder 0,09 EUR je Beschäftigten höher als im April 2010 – insgesamt bei 2 913 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im April 2011 ein Niveau von 146,8 Mill. EUR. Der Auftrags-eingang zeigte mit –0,4 % zum Vorjahresmonat eine leicht negative Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten 12 Monate gab es demgegenüber eine Veränderung um +5,2 %. Der Trend war stark steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich sehr positiv, +25,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume +2,2 %. Der Trend stellte sich bei den Baugenehmigungen stark steigend dar. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz nicht mehr fortzusetzen. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelt seit 2006 um die 180-Mill.-EUR-Marke. Die im April 2011 berichtspflichtigen 320 Betriebe – sieben Betriebe mehr gegenüber dem April 2010 – erreichten einen Gesamtumsatz von 157,6 Mill. EUR

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



(baugewerblicher Umsatz: 155,6 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit –5,6 % unter dem Wert vom April 2010. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume ergibt sich eine Veränderung von –0,7 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelt seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte. Im April 2011 gab es in diesem Wirtschaftszweig aktuell 15 894 Beschäftigte, 1,3 % mehr als im April 2010 – der Trend des letzten Jahres war leicht steigend.

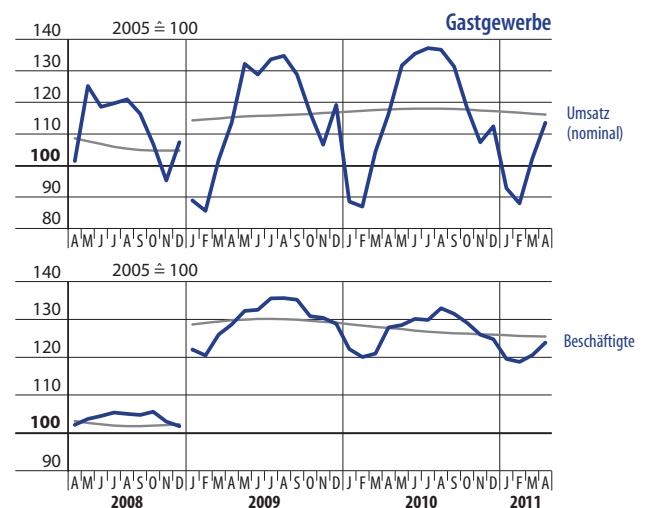
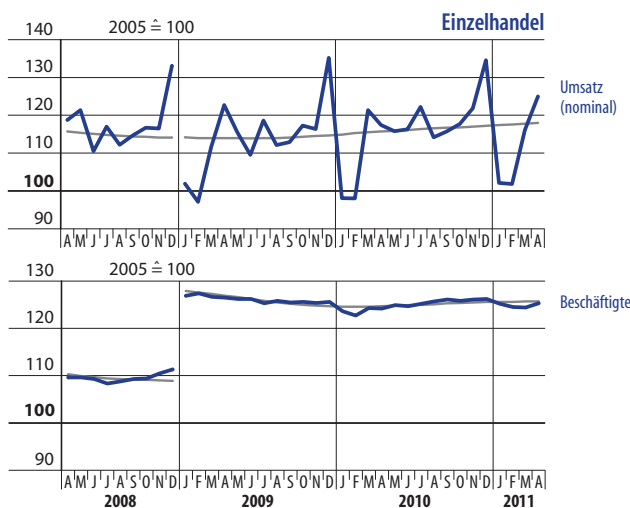
Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch wird eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 2,3 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +0,9 %. Die Beschäftigungsentwicklung im gleichen Zeitraum zeigte einen leicht steigenden Zuwachs. Im April stieg die vorläufige Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel im Durchschnitt um 0,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat (dabei Vollbeschäftigte +1,2 % und Teilzeitbeschäftigte +0,9 %). Innerhalb der letzten 12 Monate stieg der Trend des nominalen Umsatzes leicht an, der der Beschäftigten und des realen Umsatzes blieb konstant.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 15,4 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +8,0 % und die Beschäftigten-Kennziffer stieg um 1,5 %. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war dann ebenfalls steigend, der des nominalen Umsatzes sehr stark.

Im **Gastgewerbe** wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 0,7 % zu, die des realen Umsatzes um 1,5 % und die der Beschäftigten um 2,4 % ab. Der Trend der drei Merkmale nominaler und realer Umsatz sowie Beschäftigte im Zeitraum des letzten Jahres – allesamt leicht fallend.

Die Erhebung zum Brandenburg-**Tourismus** wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse kaum beeinflusste. Im April 2011 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen 873,7 Tsd. gegenüber dem April 2010 waren es 62,1 Tsd. Übernachtungen oder 7,7 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,1 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 8,0 %. Im laufenden 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +5,4 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im April 2011 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Die Gästezahl stieg hierbei etwa stärker als die der Übernachtungen an.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2011 wurden 205 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2010 (525 mehr An- als Abmeldungen) waren es, bei einer Differenz vom – 320 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, –61,0 % und im Ein-Jahres-Vergleich dann –55,8 %. Bei



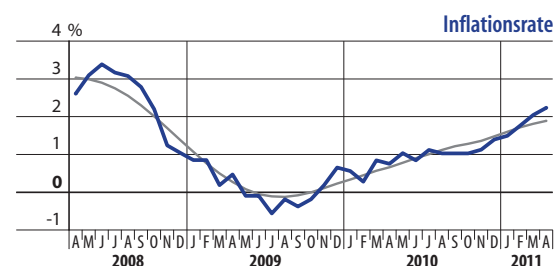
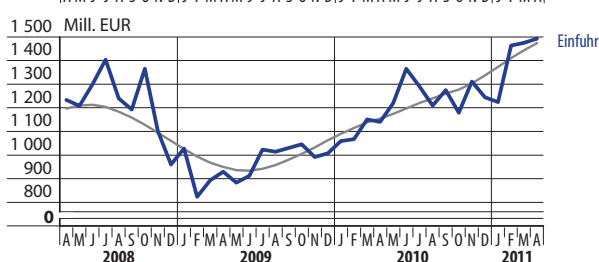
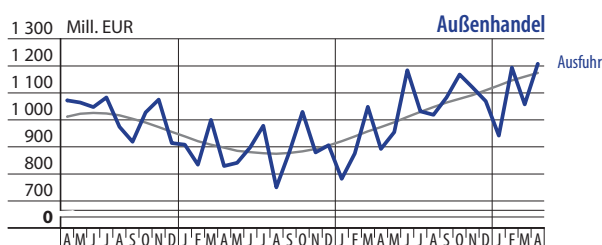
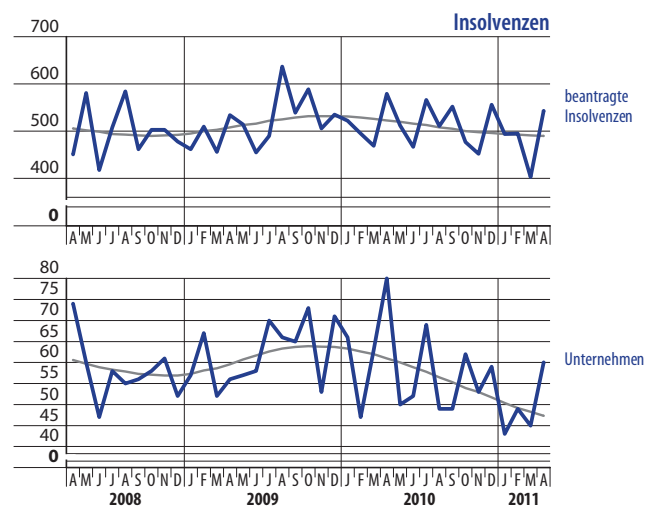
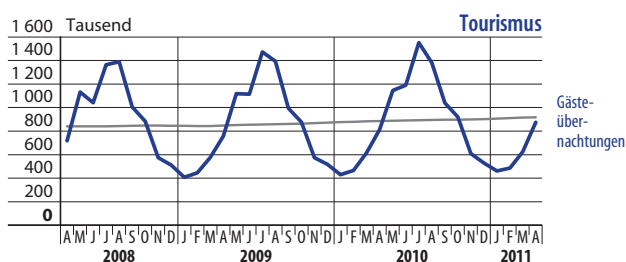
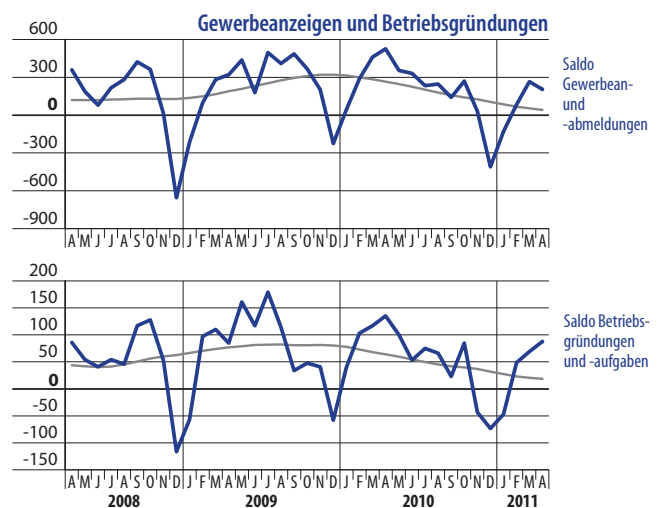
den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2011 auf 88 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von 34,8 % zum April 2010 (135 Anmeldungen mehr als Abmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben –56,8 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei beiden Kennziffern als sehr stark fallend eingeschätzt werden, es existiert allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit – mit besonders vielen Abmeldungen zum Jahreswechsel.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine leicht bzw. stärker fallende – also durchaus positive – Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 543 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem April des Vorjahres eine Veränderung von –6,2 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich etwa 500 Verfahren beantragt. Im 12-Monats-Zeitraum (Mai 2010 bis April 2011) waren es dann –4,8 % zum vorherigen Vergleichszeitraum (Mai 2009 bis April 2010). Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucher-

insolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwa 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Jahreswechsel 2009/2010 dann seit dem Herbst 2010 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 60 Fälle, das entspricht –25,0 % zum April 2010. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich –16,8 %. Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen stark fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat April 2011 bei 109,9. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2010 und dem April 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,2 %, im März 2011: +2,0 %. Während die Preise für Energie, Pauschalreisen und Nahrungsmittel, überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich saisonbedingt beim Gemüse. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 leicht und fast linear an.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick April 2011

Berlin

(Basis: Originalwerte, Stand vom 8. August 2011)

Merkmal	Einheit	April 2011		Januar 2011 bis April 2011		Mai 2010 bis April 2011		April 2011	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2005 ± 100	110,2	2,4	109,7	2,1	108,7	1,7	↑	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	111,8	6,5	126,8	22,7	117,0	15,4	↗	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	128,9	- 7,9	141,2	- 11,8	x	x	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	179	55,7	159,3	15,8	157,5	11,9	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹									↗
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	677,5	2,0	889,9	- 2,8	718,1	5,3	→	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	133,9	4,8	132,8	25,5	x	x	↑	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	106,6	5,7	101,5	2,7	105,8	2,6	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	103,1	4,8	99,1	1,7	104,0	2,0	↗	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	124,2	4,5	123,3	3,8	126,0	7,0	↗	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	106,4	- 2,2	109,3	- 3,0	116,3	0,9	↘	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	115,4	6,4	106,0	2,7	116,9	2,5	↗	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	104,5	5,7	96,0	1,8	106,1	- 0,1	↗	
Gästekünfte.....	1 000	728,5	0,7	652,5	3,3	761,3	7,2	↗	
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 607,0	- 4,6	1 420,9	- 0,4	1 731,2	6,2	↘	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	983,9	1,0	1 040,4	10,2	1 057,1	17,3	↗	
davon nach EU.....	Mill. EUR	448,0	0,5	460,5	1,2	472,8	13,5	↘	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	761,6	10,0	802,0	7,2	824,6	16,2	↗	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	22 931,3	- 1,4	22 892,4	- 0,7	23 691,1	3,0	→	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	4 344,4	5,4	3 966,6	4,5	3 918,3	3,3	↗	
Späte Indikatoren									↑
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1 232	- 19,5	1 170,5	- 1,8	1 299,1	19,9	↘	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	127	- 33,5	135,0	20,3	157,8	32,6	↗	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	561	- 7,0	597,3	- 11,0	634,5	- 3,2	↓	
davon Unternehmen.....	Anzahl	108	- 14,3	107,3	- 22,6	120,3	- 5,2	↓	
Beschäftigte.....									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	80,5	5,3	79,9	4,8	78,6	2,6	↗	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	10,7	7,5	10,6	5,8	x	x	↗	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	113,1	- 1,4	113,8	- 0,8	115,3	- 0,9	→	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	132,3	0,5	132,0	0,3	132,2	0,0	→	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	111,5	- 0,3	110,9	- 1,1	113,5	- 2,8	→	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	238 255	- 0,6	239 270	- 1,4	230 318	- 2,9	↘	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	13,9	- 2,1	14,0	- 3,0	13,5	- 4,4	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	11 145	18,2	11 091,8	23,2	10 669,3	23,3	↑	

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. Juli 2011)

Merkmal	Einheit	April 2011		Januar 2011 bis April 2011		Mai 2010 bis April 2011		April 2011	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2005 ± 100	109,9	2,2	109,3	1,9	108,4	1,3	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	157,0	18,2	172,0	20,9	160,1	10,4	↑	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	146,8	- 0,4	148,6	30,3	156,6	5,2	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	707	25,1	587,0	5,7	594,2	2,2	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹									↑
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 030,8	- 5,5	3 269,3	- 4,4	2 985,3	- 0,4	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	155,6	- 5,6	126,7	22,1	180,9	- 0,7	↗	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	125,0	6,5	111,2	2,3	117,0	2,3	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	117,4	4,8	105,6	0,7	111,9	0,9	→	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	127,0	7,7	127,0	18,7	130,2	15,4	↑	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	109,2	3,9	109,2	12,5	112,7	8,0	↗	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	113,7	- 2,4	99,3	0,1	117,4	0,7	↘	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	103,3	- 3,3	90,3	- 0,9	107,0	- 1,5	↘	
Gästeankünfte.....	1 000	323,0	8,0	230,6	8,0	329,3	5,4	↗	
Gästeübernachtungen.....	1 000	873,7	7,7	611,7	5,3	901,1	4,1	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 207,7	35,3	1 100,1	22,3	1 085,8	21,0	↑	
davon nach EU.....	Mill. EUR	867,1	37,9	758,6	21,1	749,4	24,8	↑	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 492,5	30,9	1 414,0	28,0	1 312,5	27,8	↑	
Produktion (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	22 819,5	2,1	22 840,4	8,6	23 348,4	11,2	↗	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 913,5	0,0	2 704,4	1,8	2 768,7	3,1	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	205	- 61,0	106,0	- 67,8	135,3	- 55,8	↓	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	88	- 34,8	39,8	- 59,7	37,1	- 56,8	↓	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	543	- 6,2	483,8	- 6,3	502,3	- 4,8	↘	
davon Unternehmen.....	Anzahl	60	- 25,0	49,3	- 23,0	53,3	- 16,8	↓	
Beschäftigte.....									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	78,2	7,6	77,6	7,4	74,9	3,0	↗	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	15,9	1,3	15,4	2,1	15,9	0,8	↗	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	125,3	0,9	124,8	0,9	125,3	0,2	→	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	131,1	1,7	130,5	1,5	130,8	1,5	↗	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	124,0	- 3,1	120,9	- 1,7	126,5	- 2,4	↘	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	147 886	- 6,9	157 791	- 6,3	145 628	- 9,3	↘	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	11,0	- 7,6	11,8	- 6,7	10,9	- 9,6	↓	
offene Stellen.....	Anzahl	11 245	17,6	9 979,8	21,5	9 176,8	23,5	↑	

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Zensus 2011

Das System der Bevölkerungsstatistiken

Die amtliche Bevölkerungsstatistik Deutschlands besteht aus verschiedenen Statistiken, von denen jede für sich eine eigene Funktion erfüllt, die aber auch

In den letzten Jahren – im Vorfeld des Zensus 2011 – hat es Visionen, Projekte und auch konkrete Pläne und Gesetzesvorhaben zur Weiterentwicklung des Systems der Bevölkerungsstatistiken gegeben. Die Visionen: Aufbau und / oder Ausbau und qualitative Verbesserung (Ertüchtigung) bundesweiter Verwaltungsregister (Einwohner- / Melderegister, BA-Register, Sozialversicherungsdaten, Elena, ...) und deren laufende statistische Auswertung, ergänzt um Stichproben je nach Bedarf. Diese registergestützte laufende Sozialberichterstattung, die in anderen Mitgliedstaaten der EU in Teilen existiert und weiter im Aufbau ist, wird hierzulande nicht weiter verfolgt, nachdem bereits das Projekt eines bundesweiten Einwohnerregisters gescheitert ist. Auch die laufende Fortschreibung des durch den Zensus 2011 aufgebauten Gebäude- und Wohnungsregisters auf Einzeldatenbasis ist zeitweilig diskutiert, aber aufgrund fehlender Finanzierung aufgegeben worden. Da also aus dem Übergang zu einem System von Registerstatistiken nichts geworden ist, kann davon ausgegangen werden, dass das nachfolgend beschriebene System der Bevölkerungs-

statistiken auch nach dem Zensus 2011 fortgeführt wird. In dieser Abhandlung wird das „System der Bevölkerungsstatistiken“ kurz umrissen, wie es sich historisch entwickelt hat und bis zum Zensus 2011 praktiziert wurde und auch danach weiterhin betrieben wird. Die folgenden Beiträge beschreiben die wesentlichen, laufend zu bewerkstellenden, Bestandteile des Systems näher, nämlich die Bevölkerungsfortschreibung, den Mikrozensus und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Die Ergebnisse der Volkszählung bzw. des Zensus 2011 sind von zentraler Bedeutung für die amtliche Statistik, und zwar als ursprüngliche amtliche Einwohnerzahl (inkl. deren Fortschreibung), Grundgesamtheit und Rahmen für Stichproben bzw. Hochrechnungen und Ausgangsgröße für weitere Fortschreibungen. Das System der Bevölkerungsstatistiken ist eine differenzierte Kombination von primärstatistisch erhobenen Daten und Daten aus Verwaltungsregistern. Die Verwendung verschiedener Datenquellen war von Anfang an für die Bundesstatistik charakteristisch; das gilt z. B. auch für die Rolle der Umsatzsteuerstatistiken auf dem Feld der Unternehmensstatistiken.

Kern des Systems sind Volkszählungen, die einer Empfehlung der Vereinten Nationen zufolge etwa alle zehn Jahre durchgeführt werden sollten.

Volkszählungen verfolgen zwei Hauptziele. Zum einen dienen sie dazu, Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben zu gewinnen. Wie viele Erwerbstätige gibt es, wie viele Menschen davon sind selbstständig? Wo werden in den kommenden Jahren wie viele Kinder eingeschult? Wie viele Wohnungen gibt es in Deutschland und wie sind sie ausgestattet? Um diese Fragen zu beantworten, braucht man genaue und aktuelle Strukturdaten. Die Basis hierfür bildet ein Zensus, der – als eine Art Inventur – in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden muss. Er umfasst traditionell die Volks- und Berufszählung sowie die Gebäude- und Wohnungszählung. Zum anderen dienen Volkszählungen der Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl für die Gemeinden. Dieser kommt eine erhebliche Bedeutung für vielfältige politische Zwecke zu.

Der zweite Bestandteil des o. g. Systems ist die Bevölkerungsfortschreibung. In dieser wird die in der jeweiligen Zählung festgestellte amtliche Einwohnerzahl monatlich anhand von Bewegungsdaten (Geburten, Sterbefälle, Fort- und Zuzüge) aus amtlichen Registern (vor allem Melderegister) fortgeschrieben, und zwar für Gemeinden (in Berlin: Bezirke), nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (deutsche oder andere).

Der dritte Teil ist die Gebäude- und Wohnungsfortschreibung. Die Basis für die laufende Wohnungsfortschreibung bilden die jeweils letzten Gebäude- und Wohnungszählungen (im früheren Bundesgebiet von 1987, in den neuen Ländern von 1995). Diese werden jährlich anhand der Bautätigkeitsstatistiken fortgeschrieben, und zwar in Brandenburg für Gemeinden und in Berlin für Bezirke.

Als vierte Komponente liefert – bereits seit 1957 – der Mikrozensus statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse und Gesundheit.

Der Mikrozensus wird, basierend auf einer Zufallsstichprobe, die 1 % der Auswahlseinheiten umfasst (Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften, Haushalte und Wohnungen), mit möglichst gleichmäßig über das gesamte Jahr verteilten Erhebungsterminen durchgeführt. Die zurzeit noch

stark miteinander verzahnt sind und somit ein zusammenhängendes Statistiksystem bilden, das auch die Statistiken über Gebäude und Wohnungen einschließt.

Die Notwendigkeit einer Volkszählung zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen

Eine Betrachtung aus Sicht der Berliner Demografieberichterstattung

Amtliche Einwohnerzahl und Bevölkerungsfortschreibung

Die Bevölkerungsfortschreibung in der Bundesrepublik Deutschland ermittelt die amtliche Einwohnerzahl monatlich auf Gemeindeebene. Mit den Ergebnissen der jeweils letzten (Volks-)Zählung werden die Ergebnisse in der Gliederung

Die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen der Gemeinden und somit der Kreise und Bundesländer Deutschlands dient vielen politischen Zwecken: Ob Länderfinanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise, die Stimmenverteilung der Bundesländer im Bundesrat oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament – all das hängt von aktuellen Einwohnerzahlen ab.

Die letzte Volkszählung für das frühere Bundesgebiet fand 1987 statt, in der DDR gab es 1981 eine Volkszählung. Seitdem behilft man sich bei der Ermittlung der aktuellen amtlichen Einwohnerzahl mit einem statistischen Verfahren, der so genannten Bevölkerungsfortschreibung. Dieses Berechnungsverfahren, dem mehrere Bewegungsstatistiken zugrunde liegen und das hier beschrieben wird, ist ein weiteres Element des Systems der Bevölkerungsstatistiken. Doch dieses Verfahren wird umso ungenauer, je älter die grundlegenden Daten sind. Und seit den letzten Volkszählungen ist viel passiert: der Mauerfall, der Umzug vieler Menschen von Ost nach West, eine rasant fortschreitende europäische Integration.

nach Geschlecht, Alter, Familienstand und deutsch / nicht deutsch pro Gemeinde fortgeschrieben. In das Fortschreibungsverfahren fließen die Ergebnisse der Statistiken der so genannten natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen ein. Die Daten zu diesen Statistiken werden von den Statistischen Ämtern der Länder bei den Standesämtern (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen), den Familiengerichten (Scheidungen) und den Meldebehörden (Wanderungen) erhoben. Ferner werden die Ergebnisse der Staatsangehörigkeitswechsel bzw. Einbürgerungen, sonstige Bestandskorrekturen sowie Gebietsstandsänderungen für die Bevölkerungsfortschreibung berücksichtigt. Bei den Bevölkerungsdaten im früheren Bundesgebiet und Berlin-West handelt es sich ab dem 30. Juni 1987 um Fortschreibungszahlen, die auf Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 basieren. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost werden die Fortschreibungszahlen auf der Grundlage eines zum 3. Oktober 1990 erstellten Abzugs des früheren zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf ermittelt.

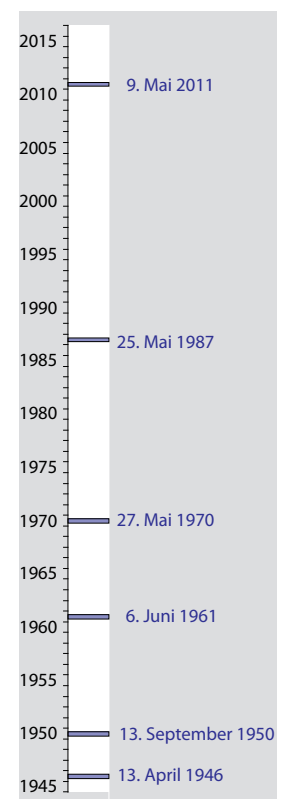
In den aktuellen Rahmenbedingungen stellt die Bevölkerungsfortschreibung zwischen zwei Volkszählungen die einzige kohärente Methode dar, um lau-

fend die Zahl und die Struktur der Gesamtbevölkerung und ihrer Untergliederung nach der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zu ermitteln.

Obwohl die Qualität der einfließenden Einzelstatistiken allgemein als gut eingeschätzt wird, erfordert die Bevölkerungsfortschreibung jedoch eine regelmäßige Neujustierung durch eine Bestandsaufnahme in Form einer neuen Volkszählung. Mit wachsendem zeitlichen Abstand zum letzten Zensus kommt es zu Ungenauigkeiten (Über- oder Untererfassungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen) in den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung¹. Seit dem Ende des Krieges fanden in der Bundesrepublik Deutschland (in den Grenzen vor 1990) insgesamt fünf Volkszählungen statt, und zwar an folgenden Stichtagen: 13. April 1946, 13. September 1950, 6. Juni 1961, 27. Mai 1970 und am 25. Mai 1987². Während zwischen den ersten vier Zählungen jeweils höchstens gut zehn Jahre vergangen waren, betrug die Spanne zwischen der letzten Erhebung im Jahr 1987 und der davor liegenden fast auf den Tag genau 17 Jahre. Mit dem aktuellen Stichtag 9. Mai 2011 für die nächste Zählung, sind sogar 24 Jahre zur vorherigen Zählung vorübergegangen (Abbildung 1).

Mit zunehmender zeitlicher Entfernung der laufenden Bevölkerungsfortschreibung von der Fort-

Abb. 1 Termine der Volkszählungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945



¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsfortschreibung) – Qualitätsbericht, Wiesbaden 2008, Seite 4 ff.

² Voy, Klaus: Ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 für Berlin(West) im langfristigen Vergleich, Statistisches Landesamt Berlin – Monatschrift 1990, Heft 8, S. 135

schreibungsbasis ist davon auszugehen, dass die Eckwerte der Fortschreibung immer weniger den „wahren“ Werten in der Grundgesamtheit entsprechen. Solange keine aktuellen Zensusergebnisse vorliegen, kann eine Abschätzung der Ergebnisverzerrungen aufgrund von Fortschreibungsfehlern nicht erfolgen.

1987 große Differenz zwischen Volkszählungs- und Fortschreibungsergebnis

Die Notwendigkeit einer regelmäßig ermittelten korrekten amtlichen Bevölkerungszahl ergibt sich insbesondere dadurch, dass sie die maßgebliche Grundlage u.a. für die Verteilung der Länderstimmen im Bundesrat, für die Beteiligung der Länder an der aufkommenden Umsatzsteuer, für den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, für die Einteilung der Wahlkreise und Größe der Wahlbezirke sowie für allgemeine Planungsaufgaben benötigt wird und darüber hinaus Grunddaten in vielen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen darstellt. Es ist jedoch erforderlich, dass die laufende Fortschreibung von Zeit zu Zeit durch eine Gesamterhebung (Volkszählung) – quasi durch eine Inventur – neu justiert wird.

Die Zahl der zwischen den jeweiligen Zählungstagen im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung verarbeiteten Einzelbewegungen ist immens. Für Berlin (West) kamen in den Jahren zwischen den Zensen 1961 und 1970 beispielsweise insgesamt rund 239 000 Geburten, 393 000 Sterbefälle, 589 000 Zuzüge und 586 000 Fortzüge zusammen, in der Summe mehr als 1,8 Mill. Einzelbewegungen. Bei dieser Datenfülle sind statistische Unschärfen unvermeidbar und es liegt auf der Hand, dass dann die im Rahmen einer Volkszählung ermittelte Bevölkerungszahl von der Zahl, die seit mehreren Jahren rechnerisch ermittelt worden ist, abweicht.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Volkszählungen seit 1961 mit denen der Bevölkerungsfortschreibung verglichen. Dabei muss allerdings die Betrachtung auf das damalige Gebiet von Berlin (West) beschränkt bleiben. Auch in der ehemaligen DDR und damit in Berlin (Ost) hatte, wie eingangs schon erwähnt, letztmalig eine Volkszählung im Jahr 1981 stattgefunden. Auch dort wurde anschließend die Bevölkerungszahl durch die Bewegungen fortgeschrieben. Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle wurden von den Standesämtern der örtlichen Staatsorgane, die Wanderungen von den Meldestellen der Volkspolizei und Scheidungen von den Kreisgerichten gemeldet. Ab dem Jahr 1985 wurde zudem eine zentrale elektronische Personendatenspeicherung, in die die vorgenannten einzelnen Bewegungen einfließen, eingeführt (Zentrales Einwohnerregister der Volkspolizei).

Die Abweichungen der Zählungsergebnisse von denen der Fortschreibung waren für Berlin (West) bei den Zählungen 1961 und 1970 mit –0,3 % bzw.

Tab.1 **Differenzen zwischen den Ergebnissen der Volkszählungen und denen der Bevölkerungsfortschreibung in Berlin(West)**

Stichtag	Volkszählung	Fortschreibung	Abweichung	
			Absolut	in %
6. Juni 1961....	2 197 408	2 203 227	–5 819	–0,3
27. Mai 1970....	2 122 346	2 129 850	–7 504	–0,4
25. Mai 1987....	2 012 709	1 881 059	131 650	7,0

Quellen:

Berliner Statistik - Statistischer Bericht a 0 / Volkszählung 1961 - 2, ausgegeben am 31. August 1962;
Berliner Statistik - Statistischer Bericht A 11 / A 12 m 5/70 bis m 10/71 (Basis: 27. Mai 1979), ausgegeben am 31. Mai 1972;
Berliner Statistik - Statistischer Bericht A 11 / A 12 - m 6/87, ausgegeben im April 1988;
Berliner Statistik - Statistischer Bericht A 11 / A 12 - m 6/87 (Basis VZ 87), I. ausgegeben im Oktober 1989.

–0,4 % noch vergleichsweise gering gewesen (Tabelle 1). Bei der dann erst nach 17 Jahren wieder durchgeführten Zählung im Jahr 1987 betrug die Differenz allerdings +7,5 %. In absoluter Zahl heißt das, dass knapp 132 000 Personen mehr

gezählt wurden, als durch die Fortschreibung ausgewiesen worden waren. Das entspricht der Größenordnung nach der heutigen Bevölkerungszahl der Stadt Würzburg (133 000 Einwohner im Jahr 2009).

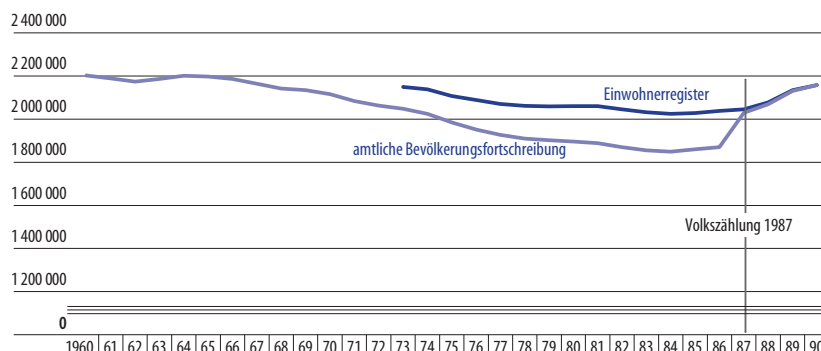
Zu dieser großen Diskrepanz trug u.a. auch bei, dass bei der Volkszählung 1970 eine Untererfassung von 2 % bzw. rund 40 000 Personen aufgedeckt wurde, die sich aber nicht korrigieren ließ. Zudem mussten bis zum Jahr 1971 in westdeutschen Nebenwohnungen vorgenommene Anmeldungen von Berlinern, die aber weiterhin in der Stadt lebten, für Berlin als Fortzüge gewertet werden. Nach einer verwaltungsinternen Schätzung dürfte die tatsächliche Bevölkerungszahl von Berlin(West) um 102 000 Personen höher gewesen sein. Diese Zahl ist nur eine Schätzgröße für den Gesamtbestand. Strukturell (z.B. nach Bezirken, Geschlecht, Alter) kann sie aber nicht weiter differenziert werden.

Weitere statistische Unschärfen im Zuge der Wiedervereinigung

In einem Artikel der Monatsschrift aus dem Jahr 1992, der die Umstellung der Bevölkerungsstatistik und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten nach der politischen Wende in Deutschland beschreibt, heißt es: „Im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die DDR-Statistik im Bereich der Bevölkerungsstatistik übergangslos, also von einem zum anderen Tag, durch die Bundesstatistik abgelöst worden. Vom 3. Oktober 1990 an galt also auch für das Gebiet von Berlin (Ost) das Bevölkerungsstatistische Gesetz“³. Um den Bevölkerungsbestand laufend auch für das Beitrittsgebiet fortzuschreiben zu können, wurde festgelegt, dass der Bevölkerungsstand des eingangs erwähnten zentralen Einwohnerregisters mit Stand vom 3. Oktober 1990 dem Ergebnis einer „letzten allgemeinen Zählung“ gleichzusetzen war. Außerdem waren die Erhebungspapiere und Berichtswege den im Bevölkerungsstatistikgesetz vorgeschriebenen Normen anzupassen und im Beitrittsgebiet einzuführen. Zudem waren die für die Bevölkerungsstatistik berichtspflichtigen Standesämter und Meldebehörden dort gerade erst im Entstehen. Auch die Statistischen Ämter der fünf neuen Bundes-

³ Sinnig, Sabine: Umstellung der Bevölkerungsstatistik und Entwicklung des Bevölkerungsstandes 1990; Berliner Statistik – Monatsschrift; 1992 Heft 9, S. 224 ff.

Abb. 2 **Bevölkerungszahl der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und Bestand der melderechtlich registrierten Einwohner (Einwohnerregister) in Berlin(West) von 1960 bis 1990**



länder befanden sich noch im Aufbau. Durch diese Prozesse waren statistische Unschärfen unausweichlich, deren Ausmaß sich aber nicht quantifizieren lässt.

Zunehmende Abweichungen zwischen der Zahl melderechtlich registrierter Einwohner und der amtlichen Bevölkerungszahl

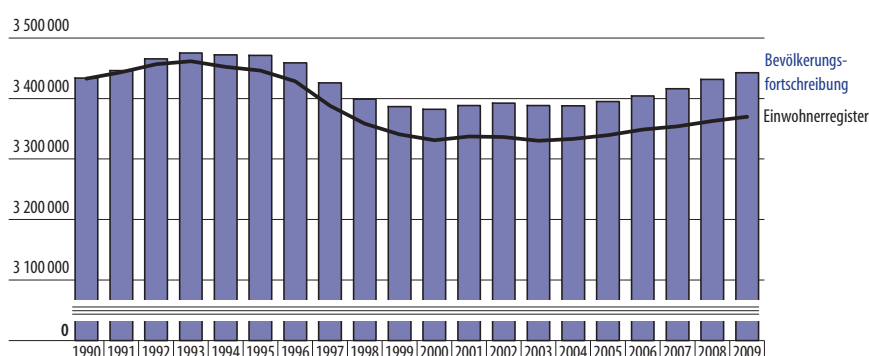
Mit der Umstellung der bei verschiedenen Behörden (polizeiliche Meldestellen, Einwohnermeldeämter) geführten Einwohnerkarteien auf elektronische Datenverarbeitung (Einwohnermelderegister), wurde auch eine statistische Nutzung der vorhandenen Informationen angestrebt. Vom Jahr 1973 an erhielt das Statistische Landesamt Berlin halbjährlich einen Statistikabzug aus dem Melderegister in anonymisierter Form, zunächst freilich nur für Berlin (West)⁴. Mit dem Statistikabzug des Melderegisters lassen sich, da die kleinste regionale Einheit die Adresse ist, regional sehr tief gegliederte Ergebnisse ermitteln. Die Bevölkerungsfortschreibung ermöglicht hingegen nur Auswertungen auf Ebene der Bezirke. Einwohnerzahlen und Bestand der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung lagen jedoch aufgrund abweichender Bevölkerungsbegriffe recht weit auseinander, und zwar zwischen 100 000 Personen im Jahr 1973 und knapp 170 000 Personen im Jahr 1986 (Abbildung 2). Bei der Volkszählung 1987 wurde der Bevölkerungsbegriff dem melderechtlichen Begriff angepasst.

hälften zusammengebracht. Der zuvor erwähnte Statistikabzug wurde weiterhin vom Landeseinwohneramt geliefert, enthielt aber den Einwohnerbestand der Gesamtstadt. Für das Jahr 1990 gab es zwischen der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl und dem im Einwohnerregister vorhandenen Bestand eine Abweichung von 570 Personen. Da für den Ursprung der Bevölkerungsfortschreibung für den Ostteil Berlins der Bestand des DDR-Melderegisters übernommen wurde, ist die Differenz identisch mit der zuvor erwähnten Abweichung für den Westteil. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung wird die Diskrepanz jedoch immer größer (Abbildung 3). Ende 2009 ist die durch die amtliche Bevölkerungsfortschreibung ermittelte Zahl um 73 000 Personen größer als der Bestand des Melderegisters. Dies entspricht in etwa der Bevölkerungszahl der Stadt Brandenburg an der Havel.

Im Rahmen dieser Abhandlung soll nur auf die Tatsache der sich vergrößernden Abweichungen hingewiesen werden. Eine nähere Betrachtung des Auseinanderlaufens der Bevölkerungszahlen aus Fortschreibung und Register ist in einem Artikel des Jahrgangs 1994 der Monatsschrift zu finden⁵. Das Ergebnis des Zensus 2011 wird die amtliche Bevölkerungszahl auf ein neues, verlässliches Niveau bringen.

Autor: Jürgen Paffhausen

Abb. 3 **Bevölkerungszahl der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und Bestand der melderechtlich registrierten Einwohner (Einwohnerregister) in Berlin von 1990 bis 2009**



⁴ Krug, Luitgard: Das Berliner Einwohnerregister als Grundlage zur Gewinnung von bevölkerungstatistischen Daten, Berliner Statistik – Monatsschrift; 1977 Heft 4, S. 61 ff.

⁵ Below, Sigrun: Qualität der Einwohnerregister und ihre statistische Nutzung – eine Literaturstudie, Berliner Statistik – Monatsschrift; 1994 Heft 6, S. 119 ff.

Zur Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes in Berlin und Brandenburg

Methodik der Fortschreibung

Die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes ist im Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) gesetzlich geregelt, um eine nach Methode und Inhalt einheitliche Fortschreibung im ganzen Bundesgebiet sicherzustellen. Der Zensus 2011 ist die erste Großzählung zu einem gemeinsamen Stichtag in ganz Deutschland. Dies ist Anlass, die Art und Weise der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands zu erläutern und Abweichungen zu den Ergebnissen der Totalerhebungen zu interpretieren. Außerdem werden Eckzahlen der Wohnungsbestandsfortschreibung zu Ende 2010 vorgestellt. Während die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) detaillierte Ergebnisse zum Wohnungsmarkt an einem Stichtag liefert,

Mit Stichtag 9. Mai 2011 wird im Rahmen des Zensus 2011 neben der Bevölkerungszählung eine GWZ durchgeführt. In den alten Bundesländern und Berlin-West liegt die letzte Zählung 24 Jahre zurück, sie fand am 25. Mai 1987 im Rahmen der Volkszählung statt. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost wurde vor 16 Jahren mit Stichtag 30. September 1995 eine GWZ durchgeführt, da es keine Informationen über die Entwicklung des Gebäudebestandes seit der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung vom 31. Dezember 1981 in der DDR gab. Darüber hinaus war es notwendig, Ergebnisse bereitzustellen, die mit den alten Bundesländern vergleichbar sind und eine verlässliche Basis für die Fortschreibung bilden. Zwischen den in zunehmend größeren zeitlichen Abständen stattfindenden Gebäude- und Wohnungszählungen wird der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistiken amtlich fortgeschrieben.

werden bei der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes nur Eckwerte auf Basis der letzten GWZ mit Hilfe der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken berechnet. Den gesetzlichen Rahmen für die Fortschreibung bildet § 8 des Hochbaustatistikgesetzes in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz [1]. Hiernach ist zum Ende des Kalenderjahres der Bestand an Wohngebäuden, der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Zahl der Räume und der Bestand an Räumen und Wohnfläche fortzuschreiben, der in der jeweils letzten allgemeinen Gebäude- und Wohnungszählung festgestellt worden ist. Zur regionalen Tiefe ist dort die Kreis- und Gemeindeebene angegeben.

Das System der Bautätigkeitsstatistiken besteht aus der Baugenehmigungs-, der Bauüberhangs-, der Baufertigstellungs- und der Bauabgangsstatistik. Bei der jährlichen Fortschreibung werden die Ergebnisse der letzten GWZ mit den Ergebnissen der Baufertigstellungs- und der Bauabgangsstatistik nach folgender Berechnungsformel fortgeschrieben:

Bestandszahl an Wohngebäuden und Wohnungen am Jahresanfang

- + Fertigstellung neuer Gebäude im Jahr
- + Fertigstellung durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden im Jahr
- + Sonstige Zugänge (z. B. Gebietsreformen) im Jahr
- Totalabgänge im Jahr
- Abgänge durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden im Jahr
- Sonstige Abgänge (z. B. Gebietsreformen) im Jahr

Ergebnis: Bestandszahl an Wohngebäuden und Wohnungen am Jahresende (zum 31.12.)

Die Basisdaten der GWZ sind ausschlaggebend für die Qualität der Ergebnisse der Fortschreibung im Hinblick auf Niveau und Struktur.

Gesetzliche Grenzen der Bautätigkeitsstatistiken

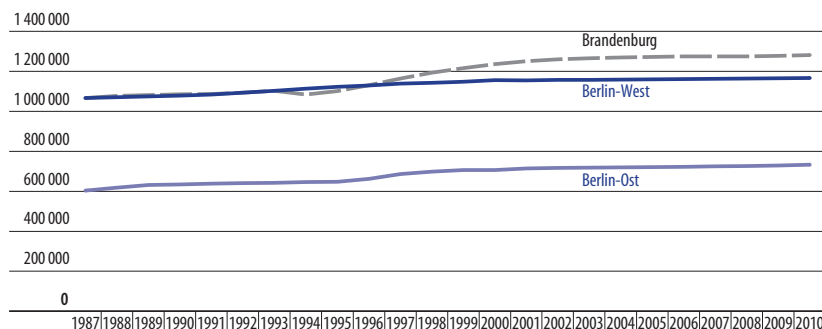
Da die jährliche Fortschreibung der GWZ-Werte mit den Ergebnissen der Baufertigstellungs- und Bauabgangsstatistik erfolgt, gelten auch deren Erfassungsgrenzen, so genannte „Bagatellfälle“.

Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 HBauStatG werden bei der Baufertigstellungsstatistik alle gemäß Landesbauordnung genehmigungs- und zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtigen oder einem Genehmigungsfreistellungsverfahren unterliegenden Bauvorhaben im Hochbau erfasst, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Nicht einbezogen werden Bauten ohne Wohnraum bis zu einem Rauminhalt von 350 m³ oder veranschlagten Kosten des Bauvorhabens gemäß DIN 276 [2] bis zu 18 000 EUR. Für die Schaffung oder Veränderung von Wohnraum gilt diese „Bagatellgrenze“ nicht.

Die Bauabgangsstatistik erfasst gemäß § 2 Abs. 2 HBauStatG alle Gebäude und Gebäudeteile, die durch Abbruch, Schadensfälle oder bauaufsichtliche Maßnahmen der Nutzung entzogen werden oder deren überwiegende Nutzung sich geändert hat, vom Nichtwohngebäude zum Wohngebäude oder umgekehrt.

Änderungen im Zuge von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten, die die Nutzungsart des Gebäudes als Ganzes unberührt lassen, werden nicht auf dem Bauabgangsbogen, sondern auf dem Erhebungsvordruck für Baugenehmigungen als alter und neuer Zustand erfasst. Nutzungsänderungen, die den Bauaufsichtsbehörden nicht gemeldet wurden (Zweckentfremdung), können von der Statistik nicht erfasst werden.

Abb. 1 Wohnungsbestand in Berlin und Brandenburg seit 1987



Ergebnisse der
Wohnungsfortschreibung mit
Korrekturen durch Gebäude-
und Wohnungszählungen
1987 und 1995

Im Land Brandenburg ist die Beseitigung von Wohngebäuden mit nicht mehr als 1 000 m³ umbau-tem Raum nach §§ 18, 19 Brandenburgische Bauvor-lagenverordnung [3] nicht mehr anzeigepflichtig, ob-wohl nach dem HBauStatG Auskunftspflicht besteht. Dadurch kommt es zu einer nicht quantifizierbaren Untererfassung der Abgänge (insbesondere bei Ein- und Zweifamilienhäusern). Durch Anschreiben der Ämter, der amtsfreien Gemeinden und kreisfrei-en Städte mit der Bitte um Aushang bezüglich der Auskunftspflicht bei Abgängen wird von Seiten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) versucht, auch diese meldefreien Abgänge zu erfassen.

Definitorische Grenzen

In den Erläuterungen zur Statistik der Bautätigkeit wurden vom Statistischen Bundesamt zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder die Geset-zesbegriffe einheitlich definiert und beschrieben. Als **Gebäude** gemäß der Systematik der Bauwerke [4] gelten selbstständig benutzbare, überdachte Bau-werke, die auf Dauer errichtet sind und die von Men-schen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen.

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte, gemessen am Anteil der Wohnfläche nach der Wohnflächenverordnung [5], Wohnzwecken dienen.

Danach zählen behelfsmäßige, freistehende Unter-künfte, wie Baracken, Gartenlauben und Wohncon-tainer sowie Ferien- und Wochenendhäuser unter 50 m² Wohnfläche nicht zu den Wohngebäuden im Sinne der Bautätigkeitsstatistiken.

Wohnräume sind Räume, die für Wohnzwecke be-stimmt sind und mindestens 6 m² Wohnfläche haben, einschließlich aller Küchen. Küchen werden unab-hängig von ihrer Fläche einbezogen.

Da in der Wohnungswirtschaft und in der Statistik der Begriff „Raum“ unterschiedlich gebraucht wird, ist es nicht auszuschließen, dass auf den Erhebungs-bogen mitunter zu wenig Räume angegeben werden, obwohl die Erläuterungen des AfS eindeutig sind.

Ergebnisse der Wohnungsfortschreibung zum 31. Dezember 2010 im Überblick

Die Fortschreibung des Wohngebäude- und Woh-nungsbestandes zum 31. Dezember 2010 soll die letzte auf Basis der vergangenen Zählungen sein. Wenn aber die Daten aus der GWZ als Grundlage für die neue Fortschreibung nicht rechtzeitig zur Verfü-gung stehen, wird der Bestand für 2011 noch anhand

der „alten“ Basis fortgeschrieben werden müssen. Für einen späteren Vergleich der Ergebnisse aus Fort-schreibung und GWZ 2011 müssen neben den defini-torischen Unterschieden in jedem Fall alle zwischen Stichtag der GWZ und Fortschreibung fertig gestell-ten Wohngebäude und Wohnungen sowie die Ab-gänge von Wohngebäuden und Wohnungen berück-sichtigt werden (nach oben stehender Formel).

In Berlin ergab die Fortschreibung Ende 2010 einen Bestand von 1 898 807 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (ohne Wohnheime), das war nach langer Zeit wieder ein Zuwachs von mehr als 4 000 Wohnungen in einem Jahr. Auch in Branden-burg war mit einem Bestand von 1 281 464 Wohnun-gen Ende 2010 erstmals wieder ein deutliches Plus von gut 3 500 Wohnungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Wie der Abbildung 1 zu entnehmen ist, entwickel-te sich vor allem in Brandenburg, aber auch in Berlin-Ost ab 1996 der Wohnungsbestand rasant¹. Er stieg seit 1987 in Brandenburg um gut 214 000 Wohnungen und in Berlin um etwa 229 000 Wohnungen, darunter knapp 129 000 in Berlin-Ost. So stehen 1 000 Einwoh-ner rechnerisch in Brandenburg 512 Wohnungen zur Verfügung, 112 mehr als 1987. In Berlin kommen auf 1 000 Einwohner 549 Wohnungen, 41 mehr als 1987. Für Berlin ist aber festzustellen, dass sich dieses Verhältnis seit 2007 wegen des deutlicheren Bevöl-kerungszuwachses bei gleichzeitig mäßigem Woh-nungsneubau kontinuierlich verschlechtert (2006 waren es noch 554 Wohnungen auf 1 000 Einwohner). In den betrachteten Jahren wurde in beiden Ländern nicht nur mehr, sondern auch größer gebaut, wie nachfolgende Übersicht zeigt:

	Räume je		m ² Wohnfläche je	
	Wohnung	Einwohner	Wohnung	Einwohner
Brandenburg				
2010.....	4,2	2,2	78,6	40,2
1987.....	3,9	1,5	65,6	26,3
Berlin				
2010.....	3,6	2,0	70,6	38,7
1987.....	3,5	1,8	67,0	34,3
davon				
Ost.....	3,4	1,6	61,3	29,3
West.....	3,5	1,9	70,2	37,2

¹ In der Abbildung 1 sind die Korrekturen durch die Ergebnisse der GWZ 1995 deutlich zu erken-nen: In Brandenburg er-folgte das bereits für 1994, in Berlin-Ost für 1995.

Tab. 1 Wohnungsbestand am 31. Dezember 2010 in Verwaltungsbezirken von Berlin und Brandenburg sowie in Bundesländern

Region	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹											Wohnungen je 1000 Einwohner
	Wohnungen insgesamt	davon mit ... Räumen ²								Räume ²	Wohnfläche	
		1	2	3	4	5	6	7 oder mehr				
								Wohnungen	Räume			
Anzahl											100 m ²	Anzahl
Berlin												
Mitte.....	191 366	3 542	35 050	79 076	53 024	16 159	3 330	1 185	9 003	632 744	125 639	574
Friedrichsh.-Kreuzberg.....	146 694	2 010	29 209	63 083	37 786	11 320	2 274	1 012	7 796	478 861	97 674	546
Pankow.....	206 203	810	29 179	81 227	63 305	23 149	6 008	2 525	19 054	726 916	141 732	556
Charlottenb.-Wilmerd. ...	190 986	5 514	27 441	69 074	54 124	21 717	8 062	5 054	39 327	680 398	143 970	596
Spandau.....	118 484	1 282	13 182	43 521	36 744	16 017	4 922	2 816	21 617	436 419	84 672	524
Steglitz-Zehlendorf.....	157 851	3 054	14 187	49 357	48 330	24 154	10 393	8 376	66 132	622 079	128 220	534
Tempelh.-Schöneberg.....	185 690	4 104	23 006	67 934	56 259	23 214	7 407	3 766	28 421	667 887	134 706	552
Neukölln.....	165 195	2 394	24 061	67 602	45 684	18 064	5 093	2 297	17 461	574 397	113 049	529
Treptow-Köpenick.....	128 943	308	11 409	49 013	42 446	17 900	5 591	2 276	17 247	480 242	89 037	532
Marzahn-Hellersdorf.....	131 257	726	16 597	26 003	50 802	28 528	6 612	1 989	14 941	512 390	91 559	525
Lichtenberg.....	143 212	450	20 498	46 297	51 825	20 381	2 849	912	6 860	513 496	91 224	547
Reinickendorf.....	132 926	1 687	15 557	45 314	38 324	20 107	7 304	4 633	35 572	501 970	98 525	550
Berlin	1 898 807	25 881	259 376	687 501	578 653	240 710	69 845	36 841	283 431	6 827 799	1 340 009	549
Brandenburg												
Brandenburg a. d. Havel...	43 790	427	3 157	14 995	17 336	5 470	1 667	738	5 624	164 046	29 015	610
Cottbus.....	56 923	913	5 165	9 688	26 118	10 037	3 137	1 865	14 298	228 084	39 221	558
Frankfurt (Oder).....	33 928	865	3 716	8 846	12 675	5 501	1 653	672	5 124	128 082	22 843	562
Potsdam.....	83 014	448	9 915	24 315	30 309	13 027	3 484	1 516	11 725	312 223	57 860	529
Barnim.....	87 056	491	4 749	19 382	30 891	20 215	8 153	3 175	23 709	365 401	70 048	492
Dahme-Spreewald.....	76 477	492	4 987	16 372	24 758	17 571	8 343	3 954	29 776	326 303	63 651	473
Elbe-Elster.....	61 779	413	2 236	12 375	20 916	13 635	7 313	4 891	37 309	275 036	49 321	552
Havelland.....	75 505	426	4 059	18 538	25 017	16 302	7 543	3 620	27 698	318 692	61 595	487
Märkisch-Oderland.....	95 026	540	5 112	18 936	32 084	22 681	10 348	5 325	42 511	413 912	78 906	499
Oberhavel.....	99 306	1 010	6 024	21 917	34 186	22 627	9 314	4 228	31 899	416 471	80 837	489
Oberspreewald-Lausitz....	66 305	305	2 559	15 539	26 328	12 938	5 323	3 313	25 383	279 363	48 833	545
Oder-Spree.....	91 013	561	5 401	17 786	33 693	19 988	8 636	4 948	37 722	388 971	71 791	495
Ostprignitz-Ruppin.....	52 872	400	3 268	11 764	18 432	11 349	4 816	2 843	21 678	223 275	42 230	514
Potsdam-Mittelmark.....	94 652	621	4 325	18 152	28 377	24 311	12 391	6 475	49 714	422 850	83 723	462
Prignitz.....	48 044	233	2 110	11 069	17 222	10 352	4 537	2 521	19 075	204 605	37 698	586
Spree-Neiße.....	67 371	252	4 700	13 234	22 077	15 927	7 236	3 945	29 861	290 574	52 919	533
Teltow-Fläming.....	80 762	669	5 257	17 548	25 720	18 584	8 570	4 414	33 373	344 420	65 566	500
Uckermark.....	67 641	534	4 056	15 638	24 096	14 054	5 910	3 353	25 430	283 104	51 446	521
Brandenburg	1 281 464	9 600	80 796	286 094	450 235	274 569	118 374	61 796	471 909	5 385 412	1 007 502	512
Bundesländer												
Baden-Württemberg.....	5 005 692	128 636	271 184	869 365	1 403 959	1 055 591	641 805	635 152	4 926 937	22 950 657	461 758	465
Bayern.....	6 027 400	182 626	379 962	1 122 363	1 494 307	1 162 516	793 837	891 789	7 025 787	27 888 256	562 423	481
Bremen.....	355 278	9 282	19 965	91 915	121 498	66 871	27 626	18 121	139 486	1 450 546	27 303	538
Hamburg.....	893 495	20 828	67 230	269 721	308 945	144 565	48 858	33 348	259 116	3 475 320	64 703	500
Hessen.....	2 884 924	71 635	154 457	565 731	801 452	566 406	335 963	389 280	3 064 311	13 195 669	264 408	476
Mecklenburg-Vorpommern.....	897 075	20 065	62 452	223 506	310 540	176 178	70 761	33 573	251 281	3 614 384	65 685	546
Niedersachsen.....	3 810 758	66 025	167 202	634 998	1 028 345	833 816	500 639	579 733	4 575 332	18 167 049	365 153	481
Nordrhein-Westfalen.....	8 589 274	183 138	517 808	1 959 157	2 589 404	1 653 533	883 058	803 176	6 244 219	37 264 073	731 785	481
Rheinland-Pfalz.....	1 954 775	38 281	88 643	320 234	472 826	401 570	297 648	335 573	2 631 473	9 492 784	193 337	488
Saarland.....	514 263	10 304	22 959	82 585	127 216	106 327	75 752	89 120	690 900	2 489 888	50 169	505
Sachsen.....	2 325 578	31 806	155 326	627 692	834 851	399 182	167 943	108 778	831 258	9 399 764	163 166	560
Sachsen-Anhalt.....	1 307 127	14 981	71 436	311 595	485 159	259 586	102 188	62 182	470 104	5 414 436	98 148	560
Schleswig-Holstein.....	1 406 388	25 297	84 196	286 588	393 388	321 246	165 696	129 977	1 001 874	6 229 285	123 414	496
Thüringen.....	1 166 215	16 519	69 219	269 578	384 412	230 170	111 273	85 044	653 234	4 973 061	90 155	522
Deutschland	40 318 513	854 904	2 472 211	8 608 623	11 785 190	7 892 836	4 411 266	4 293 483	33 520 652	178 218 383	3 496 358	493

1 ohne Wohnheime

2 einschließlich Küchen

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern stehen Berlin und Brandenburg auch 2010 diesbezüglich noch eher im Mittelfeld (Abbildungen 2 und 3). Dass beide Länder rein rechnerisch überdurchschnittlich mit Wohnungen versorgt sind, ist aus Tabelle 1 ersichtlich. Des Weiteren ist zu erkennen, dass die Versorgung in den Bezirken Berlins bzw. Kreisen Brandenburgs sehr unterschiedlich ist.

Tiefer gehende Analysen der Entwicklung des Wohnungsbestandes würden den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Umfangreiches Zahlenmaterial dazu liefern für Interessierte die jährlich erscheinenden Statistischen Berichte zur Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Eine Betrachtung des Baugeschehens in Berlin und Brandenburg seit 1991 findet sich unter [6].

Differenzen bei Wohnungsbeständen aus Zählungen und Fortschreibungen

Die aktuellen Ergebnisse der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes basieren für Berlin-West und die alten Bundesländer auf den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987, für Berlin-Ost und die neuen Bundesländer auf denen der Zählung vom 30. September 1995.

Fortschreibung für Berlin-West 1987 um gut 63 000 Wohnungen überhöht

Der in der GWZ 1987 für Berlin-West erhobene, mit der Fortschreibung vergleichbare Wohnungsbestand lag um 63 216 Wohnungen bzw. 5,9 % unter dem der Fortschreibung. Als wesentlicher Grund dafür wurde die nicht vollständige Erfassung der Abgänge, speziell die nicht amtlich registrierten Zweckentfremdungen/Nutzungsänderungen von Wohnraum,

genannt, kombiniert mit dem großen zeitlichen Abstand (19 Jahre) zur davorliegenden GWZ 1968 [7]. In beiden Zählungen waren die Wohnungsinhaber auskunftspflichtig. Die Befragung erfolgte durch Zählungsbeauftragte.

Fortschreibung für Berlin-Ost 1995 um 6 400 Wohnungen über dem GWZ-Ergebnis

In der GWZ 1995, in der in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost der Gebäude- und Wohnungsbestand gegenüber vorherigen Zählungen nicht persönlich, sondern postalisch beim Eigentümer / Verwalter / sonstigen Berechtigten erhoben wurde, lag der mit der Fortschreibung vergleichbare Wohnungsbestand um 6 394 Wohnungen bzw. 1,4 % darunter. Die davor liegende GWZ in der DDR fand 1981 mit Zählungsbeauftragten statt, zu den Wohnungsangaben waren die Wohnungsinhaber auskunftspflichtig. Die Fortschreibung in der DDR erfasste akribisch die Anzahl der Wohnungen in allen Gebäuden. Die Gebäude selber wurden nicht fortgeschrieben. Zur Erfassung der Abgänge an Wohnungen kam es, wenn amtlicherseits die Wohnnutzung untersagt wurde. Insofern kann man annehmen, dass auch hier die tatsächlichen Abgänge nicht vollständig registriert wurden. Zur Sicherung einer einheitlichen Wohnungsfortschreibung in Deutschland erfolgte vom Statistischen Bundesamt anhand der Daten aus der GWZ 1981 für die neuen Bundesländer ab 1990 eine Anpassung der Basisdaten (z. B. Einbeziehung der Küche als Raum)[8]. Dass die Abweichungen zwischen Fortschreibung und Zählung so niedrig ausfielen, wird zum großen Teil daran liegen, dass seitens des damaligen Statistischen Landesamtes Berlin umfangreiche und aufwändige Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung durchgeführt wurden [9].

Abb. 2 Wohnraumversorgung in Deutschland 2010

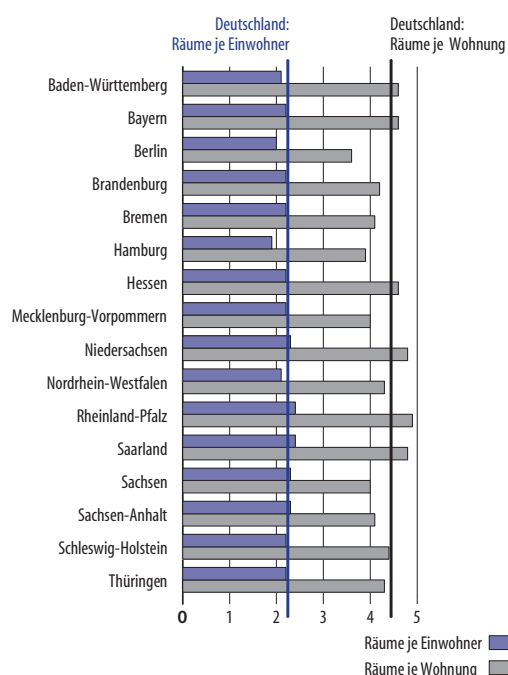
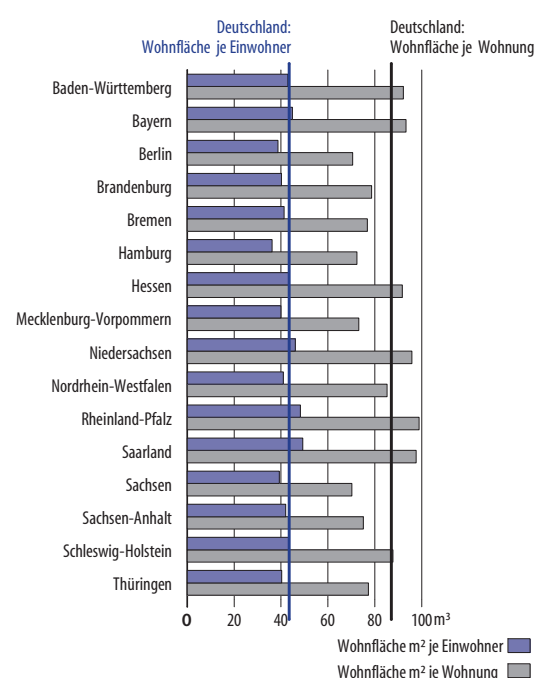


Abb. 3 Wohnflächenversorgung in Deutschland 2010



GWZ 1995 wies den Wohnungsbestand in Berlin-West um 1 400 höher aus

Der Gebäude- und Wohnungsbestand des Gebiets von West-Staaten, das seit dem 3. Oktober 1990 zum Berliner Bezirk Spandau gehört (davor Teil des DDR-Kreises Nauen), wurde im Rahmen der GWZ 1995 in Berlin mit erfasst. Im Anschluss daran wurde die Fortschreibungsgrundlage 1995 für Berlin-West um 1 400 Wohnungen (0,1 %) aufgestockt.

Fortschreibung 1995 für Brandenburg um 34 300 Wohnungen zu hoch

In Brandenburg wurde der Wohnungsbestand zu Ende 1994 mit den Ergebnissen der GWZ 1995 neu berechnet. Fortschreibungsergebnisse für 1995 liegen nur auf dieser Basis vor. Der neu ermittelte Wohnungsbestand lag um 34 300 bzw. 3,1 % unter dem der Fortschreibung. Was bei Berlin-Ost zur Wohnungsfortschreibung in der DDR erwähnt wurde, gilt natürlich auch für Brandenburg. Spezielle Probleme mit der Fortschreibung von 1990 bis 1995 sind unter [10] nachzulesen.

Definitorische Abweichungen zwischen aktueller Fortschreibung und der GWZ 2011

In der GWZ 2011 werden einige Merkmale anders definiert bzw. anders abgegrenzt als bisher. Die Definition der Wohnungen und Wohneinheiten in der Bautätigkeitsstatistik lautet wie folgt:

Eine **Wohneinheit** ist die Zusammenfassung von nach außen abgeschlossenen einzelnen oder zusammenhängenden Räumen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, die ausschließlich oder überwiegend der wohnlichen Unterbringung dienen bzw. vorübergehend oder zeitweise hierfür genutzt werden. Die Wohneinheiten werden in Wohnungen und in sonstige Wohneinheiten unterteilt. Eine **Wohnung** ist die Summe der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit Kochgelegenheit. Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, einem Treppenhaus oder einem Vorraum. Ferner besitzt sie Wasserversorgung, Abguss und Toilette, die auch außerhalb des Wohnungsabschlusses liegen können.

Alle Wohneinheiten, die nicht als Wohnung anzusehen sind, gelten als sonstige Wohneinheiten.

Im Merkmalskatalog zur GWZ 2011 wird folgende Definition angeführt:

Unter **Wohnung** sind nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammen liegende Räume zu verstehen, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen und zum Zählungstichtag nicht vollständig für gewerbliche Zwecke genutzt werden. Zur Wohnung können auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- oder Bodenräume (z. B. Mansarden) gehören.

Eine Wohnung muss nicht notwendigerweise eine Küche oder Kochnische enthalten.

Wohnungen haben einen eigenen Eingang unmittelbar vom Treppenhaus, von einem Vorraum oder von außen, d. h., dass die Bewohner kommen und gehen können, ohne durch die Wohnung eines anderen Haushalts gehen zu müssen.

Vergleicht man beide Definitionen, ergibt sich, dass die zur GWZ 2011 erhobenen Wohnungen der bislang verwendeten Kategorie der „Wohneinheiten“ in der Bautätigkeitsstatistik entsprechen. Die in der GWZ erhobenen Wohnungen sind also sowohl Wohnungen (mit Küche) als auch sonstige Wohneinheiten (ohne Küche). Bei der Datenanalyse wird es nicht mehr möglich sein, diese zu untergliedern, da das klassifizierende Merkmal „Küche“ nicht separat erhoben wird.

Insbesondere in Wohnheimen kommen vorwiegend sonstige Wohneinheiten vor und weniger Wohnungen (mit Küche). Bei der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestands wurden sie daher nicht eingerechnet, vielmehr wurden die Ergebnisse der Fortschreibung bisher ohne Wohnheimen ausgewiesen.

Die neue in der GWZ 2011 verwendete Definition für Wohnung (ohne Küche) muss auch für die Fortschreibung gelten. Um einen zeitlichen Vergleich auch künftig zu ermöglichen, ist geplant, zukünftig die Wohnungen nach neuer Definition (also bisherige Wohnungen plus sonstige Wohneinheiten) weiterhin ohne Wohnheimen fortzuschreiben und die Wohnungen in Wohnheimen zusätzlich auszuweisen. Das ist sinnvoll, da die sonstigen Wohneinheiten überwiegend in Wohnheimen anzutreffen sind. Eine Auswertung des Statistischen Bundesamtes der Baugenehmigungen für 2009 und 2010 ergab im Bundesdurchschnitt einen Anteil der sonstigen Wohneinheiten in Wohnheimen von 97 % bzw. 94 %, allerdings sehr unterschiedlich verteilt in den einzelnen Bundesländern.

Die in den Großzählungen für Berlin und Brandenburg ausgewiesenen sonstigen Wohneinheiten hatten einen sehr geringen Anteil an allen Wohneinheiten.

	Wohn-ein-heiten	Wohn-nun-gen	Sonstige Wohn-einheiten	Anteil sonstige Wohneinheiten in %
Berlin-West 1987	1 088 641	1 083 897	4 744	0,4
Berlin-Ost 1995	656 217	649 237	6 980	1,1
Brandenburg 1995	1 108 270	1 099 500	8 770	0,8

In Wohnheimen lagen von diesen sonstigen Wohneinheiten damals in Berlin-West 38 %, in Berlin-Ost 74 % und in Brandenburg 7 %. Auswertungen der Baufertigstellungsmeldungen bis 2009 zeichnen ein etwas anderes Bild: In Berlin waren die sonstigen Wohneinheiten in Wohnheimen zu gut 73 %, in Brandenburg zu 62 % vertreten.

Bei den Fortschreibungen nach der GWZ dürfen daher die neuen Ergebnisse ohne Wohnheimen den alten Ergebnissen für den Wohnungsbestand gegenübergestellt werden. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass der neue Wohnungsbestand um die sonstigen Wohneinheiten in anderen Wohn- und Nichtwohngebäuden, die keine Wohnheimen sind, erhöht ist. Das wird nach derzeitigen Erkenntnissen weder für Berlin noch für Brandenburg nennenswerte Auswirkungen haben. Trotzdem sind für eine endgültige Bewertung die Ergebnisse der GWZ 2011 abzuwarten.

Will man die Ergebnisse der GWZ 2011 wie geplant mit den Ergebnissen der Fortschreibung zum 31. Dezember 2010 vergleichen, ist zu beachten, dass die bis zur GWZ fertiggestellten sonstigen Wohneinheiten abgezogen bzw. Abgänge von sonstigen Wohneinheiten addiert werden. Das ist möglich, da im Jahr 2011 die Veränderungen nach der alten Wohnungsdefinition vorliegen.

Zusammenfassung

Detaillierte und regional tief gegliederte Informationen über die Struktur und die Entwicklung des Gebäude- und Wohnungsbestandes und der Wohnungsversorgung der Bevölkerung sind vor allem für die Wohnungspolitik und die Bauwirtschaft von großer Bedeutung. Dazu wird, inzwischen in sehr großen zeitlichen Abständen, im Rahmen von Großzählungen der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ermittelt. Diese Gebäude- und Wohnungszählungen sind arbeitsaufwändig und kostenintensiv. Sie liefern in tiefer regionaler Gliederung Informationen über die Zahl, räumliche Verteilung der Gebäude und Wohnungen, zu Gebäudetyp, Heizungsart, Eigentumsverhältnissen sowie über Größe, Ausstattung, Nutzung von Wohnungen u. v. a. m.

Um auch zwischen den Zählungen aktuelle Daten bereit stellen zu können, werden die Basisdaten der letzten Zählung jährlich durch den Saldo der Zu- und Abgänge an Wohngebäuden und Wohnungen anhand der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken fortgeschrieben, allerdings nur für Eckdaten. Mit zunehmendem Abstand vom Zählungsstichtag werden die Fortschreibungsdaten ungenauer, weil sich die Fehler kumulieren. So ist durch die Untererfassung der Abgänge der Wohnungsbestand in der Regel überhöht. Die Raumzahl dagegen wird in der Fortschreibung eher zu niedrig ausgewiesen sein, weil Küchen auf den Erhebungsbogen nicht immer als Raum angegeben werden.

Die GWZ 2011 beruht, wie 1995 auch, nur auf der postalischen Befragung der Eigentümer bzw. deren Beauftragte. Hier ist anzumerken, dass aus den Verwaltungsregistern zu den Erhebungseinheiten nur unvollständiges Adressmaterial zu erhalten war. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg muss daher erhebliche Anstrengungen unternehmen, um Untererfassungen zu minimieren. Ein weiterer Nachteil des Verzichts auf den Einsatz von Erhebungsbeauftragten ist, dass Eigentümer im Falle der Vermietung nicht immer über die tatsächliche Wohnungsnutzung informiert sind.

Im Zuge der GWZ 2011 wird „Wohnung“ neu definiert, eine Küche ist nun nicht mehr deren klassifizierendes Merkmal. Damit entspricht die „neue Wohnung“ der alten Wohneinheit, die außerdem noch die Wohnungen ohne Küche / Kochgelegenheit enthielt (sonstige Wohneinheiten). Das ist bei Vergleichen zwischen den Ergebnissen aus Fortschreibung und Zählung zu berücksichtigen, genau so wie die stichtagsnahe Berechnung des fortgeschriebenen Wohnungsbestandes. Die neue Fortschreibung soll so gestaltet werden, dass auch rückwirkende Vergleiche möglich sind.

Zum Abschluss noch folgende Anmerkung: Die regionale Fortschreibungsebene für den Wohnungsbestand in Brandenburg sind die 419 Gemeinden. Für Berlin erfolgt die Fortschreibung derzeit nach den 12 Bezirken. Aus der Berliner Verwaltung ist – vor allem in Ermangelung eines Gebäuderegisters – die Nachfrage nach kleinräumigeren Ergebnissen so groß geworden, dass die Baufertigstellungen und Abgänge bereits auf der Ebene der 447 Planungsräume der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) dem Datenpool der Berliner Verwaltung zur Verfügung gestellt werden (eine Umstellung der Fortschreibung innerhalb einer Periode ist nicht möglich). In Erwartung kleinräumiger Zensusauswertungen entstand nun bereits eine Nachfrage nach der künftigen Wohnungsfortschreibung für eben diese 447 Planungsräume.

Autorinnen: *Michaela Beeck,
Gabriele Gruber*

Quellen

- | | | |
|---|--|--|
| <p>[1] Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz – HbauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869) zuletzt geändert durch Artikel 5a des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 619), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BstatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).</p> <p>[2] DIN 276 276-1, aktualisiert 12/2008, Beuth-Verlag.</p> | <p>[3] Brandenburgische Bauvorlagenverordnung – BbgBauVorV vom 28. Juli 2009 (GVBl. II/09 S. 494).</p> <p>[4] Statistisches Bundesamt: „Systematik der Bauwerke“, Stuttgart und Mainz 1978.</p> <p>[5] Wohnflächenverordnung – WoFlV vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346).</p> <p>[6] Gruber, Gabriele: „Das Baugeschehen in Berlin und Brandenburg seit 1991 im Überblick“, „Statistik Berlin Brandenburg – Zeitschrift für amtliche Statistik“, Heft 5+6 2010.</p> <p>[7] Voy, Klaus: „Ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 für Berlin(West) im langfristigen Vergleich“, „Berliner Statistik“, Monatsschrift 1980, Heft 9.</p> | <p>[8] Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, „Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik der DDR“, DDR-Statistik, Heft 34, S. 214 ff.</p> <p>[9] Schwantes, Horst, Tuchscherer, Cornelia: „Organisation und Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 in Berlin-Ost“, „Berliner Statistik“, Monatsschrift 1999, Heft 1.</p> <p>[10] Quaiser, Dietmar: „Daten + Analysen“, LDS Brandenburg, Heft IV/2001, „Wohnungsbestand in Brandenburg“, S. 29 – 49.</p> |
|---|--|--|

Der Mikrozensus im System der Bevölkerungsstatistiken

Der Mikrozensus und die Volkszählungen

Seit 1962 basiert die Mikrozensususerhebung auf einer Flächenstichprobe. Die Volkszählungen 1961, 1970 und 1987 lieferten dafür jeweils die aktuelle Aus-

Seit 1957 führt die amtliche Statistik in der Bundesrepublik den Mikrozensus durch. Er ist im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsstatistiken keine Sekundärstatistik, die durch Verwaltungstätigkeit entsteht und über einen Registerabzug gewonnen wird, sondern speist sich aus Selbstauskünften von Haushalten und Personen. 1 % der Bevölkerung – das sind zurzeit ca. 820 000 Personen in 370 000 Haushalten – werden jährlich für den Mikrozensus befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltserhebung in Europa. Seine Aufgabe ist es, kurzfristig aktuelle Informationen über die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu liefern. Dazu zählen beispielsweise die Haushalts- und Familienstrukturen, die Arbeitsmarktbeteiligung, das Einkommen und dessen Quellen, der Bildungsstand, das Gesundheitsverhalten, der Gesundheitszustand und die Wohnsituation der Bevölkerung. Der Umfang der Stichprobe des Mikrozensus lässt es zu, die Ergebnisse fachlich und auch regional zu gliedern. Sie dienen der Vorbereitung weitreichender Entscheidungen durch Politik und Verwaltung, einer umfangreichen Sozialberichterstattung und werden auch von der Wissenschaft in starkem Maße nachgefragt. Damit ist der Mikrozensus schon lange erheblich mehr als ein „kleiner Zensus“, der die Lücke zwischen zwei Volkszählungen füllt.

wahlgrundlage. Der seit 1990 bis heute gültige Auswahlplan des Mikrozensus beruht auf den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung und der Volkszählung 1987. Das damalige Gebiet der Bundesrepublik wurde dafür in so genannte Klumpen – künstlich abgegrenzte Flächen mit einer Größe von sechs bis zwölf Wohnungen – aufgeteilt. Diese Klumpen umfassen entweder mehrere benachbarte Gebäude, bei größeren Gebäuden nur ein Gebäude ganz oder teilweise und bilden die Auswahlseinheiten für die Stichprobenziehung. Im Durchschnitt enthält eine Auswahlseinheit neun Wohnungen. Nach einem mathematischen Zufallsverfahren wurden dann 20 % der Auswahlseinheiten als Stichprobe auf Vorrat gezogen und damit das Erhebungsgebiet des Mikrozensus – die so genannten Auswahlbezirke – für die nächsten Jahrzehnte bestimmt. Zu-

sätzlich gibt es im Rahmen der so genannten „Neubau-Stichprobe“ ein Verfahren, das sicherstellt, dass auch die nach 1987 neu entstandenen bewohnten Flächen eine 1%-ige Chance zur Mikrozensusauswahl erhalten. In jedem Jahr werden die Auswahlbezirke einer 1 %-Stichprobe in die Mikrozensususerhebung einbezogen. Alle dort tatsächlich wohnenden Personen werden dann befragt und sind für den Mikrozensus auskunftspflichtig. Der Mikrozensus erfasst damit repräsentativ die Wohnbevölkerung Deutsch-

lands unabhängig von ihrem Meldestatus. Der Stichprobenplan legt weiterhin fest, dass jeder Auswahlbezirk vier Jahre hintereinander in der Befragung bleibt und in jedem Jahr ein Viertel der Stichprobe ausgetauscht wird. Dadurch erhalten jährliche Veränderungen in den Ergebnissen des Mikrozensus eine besonders hohe Verlässlichkeit.

Die Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern

Nach der Wiedervereinigung und den dadurch ausgelösten rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen im Beitrittsgebiet war es notwendig, die Angleichung der Lebensverhältnisse zeitnah zu beobachten. Für die Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern und Berlin Ost im Jahr 1991 war eine vergleichbare Stichprobenauswahl Voraussetzung. Dazu wurde das Bevölkerungsregister Statistik herangezogen, das aus dem Zentralen Einwohnerregister der DDR und dem Territorialen Grundschlüssel mit dem Stichtag 30. Juni 1990 entstanden war. Die Bestimmung der Auswahlbezirke erfolgte in der gleichen Weise wie zuvor für die alten Bundesländer, jedoch konnte nicht auf die Anzahl der Wohnungen, sondern nur auf die Anzahl der Familienhaushalte, die an einer Anschrift anzutreffen war, zurückgegriffen werden. Die Anwendung des bewährten Auswahlverfahrens resultierte von Anfang an in einer hohen Qualität der Mikrozensusergebnisse für die neuen Bundesländer. Die im Mittel etwas kleinere Größe der Auswahlbezirke in den neuen Bundesländern hat einen günstigen Einfluss auf die Genauigkeit der Ergebnisse.

Ausgangspunkt für die Beobachtung der Entwicklung der Wohnsituation in den neuen Bundesländern ist die dort zum Stichtag 30. September 1995 durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung. Die kurzfristige Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern war und ist für die Beobachtung der Transformation und der Angleichungsprozesse nach der Wende unerlässlich gewesen und ein großer Erfolg der amtlichen Statistik.

Das Hochrechnungsverfahren des Mikrozensus

Da die Stichprobenauswahl zum Mikrozensus zufällig erfolgt, können die Befragungsergebnisse von 1 % der Bevölkerung repräsentativ auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet werden. Dies setzt in der Theorie voraus, dass jeder Ausgewählte auch tatsächlich befragt wird. Auch beim Mikrozensus kommt es

trotz der gesetzlich festgelegten Auskunftspflicht aus unterschiedlichen Gründen zu einzelnen Befragungsausfällen. Diese Ausfälle werden durch ein Verfahren kompensiert, das sicherstellt, dass die Auswirkungen auf die Ergebnisqualität gegenüber dem Gesamtstichprobenfehler zu vernachlässigen sind. Die Kompensation erfolgt nach einem statistischen Verfahren vor der eigentlichen Hochrechnung durch zusätzliche Gewichtungen bei den Befragten, die zu den ausgefallenen eine möglichst hohe Ähnlichkeit haben. Da dies auf weniger als 3 % aller zu befragenden Personen zutrifft, ist die Ergebnisqualität gewährleistet. Mit der anschließenden Hochrechnung anhand von Eckzahlen der Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters erfolgt die Anpassung der Stichprobe auf die Gesamtbevölkerung. Um regional tief gegliederte Auswertungen unterhalb der Landesebene zu ermöglichen, erfolgt die Hochrechnung für 121 bundesweit festgelegte regionale Anpassungsschichten mit jeweils etwa 500 000 Einwohnern. Das Hochrechnungsverfahren für den Mikrozensus ist damit eine gebundene Hochrechnung anhand der Laufenden Bevölkerungsfortschreibung und der Daten des Ausländerzentralregisters mit dem Ziel, Verzerrungen durch Befragungsausfälle und Zufallsfehler bei der Stichprobenziehung zu minimieren.

Im Jahr 2005 erfolgte eine inhaltliche und organisatorische Neuorientierung des Mikrozensus. Gravierend war der Umstieg von einer festen Berichtswoche (in der Regel die letzte feiertagsfreie Woche im April eines jeden Jahres) auf eine unterjährig Erhebung mit gleitender Berichtswoche, bei der das Befragungsvolumen gleichmäßig und zufällig auf alle Wochen des Jahres verteilt ist. Eine gleitende Berichtswoche bedeutet, dass die Auskunft gebenden Haushalte über ihre Situation in der vorangegangenen Woche berichten.

Die Vorteile sind geringe Erinnerungsfehler der Haushalte und die hohe Ausschöpfung der Stichprobe trotz enger Liefertermine für die einzelnen Berichtsmonate und - quartale.

Die Hochrechnung erfolgt ab 2005 jeweils quartalsweise. Durch die damit verbundene Verminderung der Fallzahlen in den Anpassungsklassen auf ein Viertel und der Gefahr instabiler Schätzungen war es nötig, das Hochrechnungskonzept zu ändern. Von der Anpassung innerhalb der Kombinationen von Anpassungsmerkmalen wurde zu einem Verfahren übergegangen, das die mögliche Überlappung von Anpassungsklassen und damit die gleichzeitige Anpassung an mehrere parallele Dimensionen innerhalb der regionalen Anpassungsschichten berücksichtigen kann. Das Verfahren optimiert die Anpassung für die einzelnen Merkmalsklassen durch die Minimierung der Summe der Abweichungen. Die kurzfristigeren quartalsweisen Datenaufbereitungen ab 2005 bringen es mit sich, dass für die Hochrechnung des jeweiligen Quartals noch keine Eckwerte aus der Laufenden Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregister für den betreffenden Zeitraum zur Verfügung stehen. Die Eckwerte für das aktuelle Quartal werden deswegen geschätzt.

Für die Auswertung des alle vier Jahre erhobenen Zusatzprogramms Wohnsituation wird ein eigener

Hochrechnungsfaktor angelegt. Dieser greift auf die Laufende Wohnungsfortschreibung zurück und wird nicht quartalsweise, sondern für das gesamte Berichtsjahr berechnet. Dabei gehen drei Gebäudegrößenklassen (Gebäude mit einer, mit zwei und mit drei und mehr Wohnungen) in die Hochrechnung ein. Die Laufende Wohnungsfortschreibung gründet sich auf die jeweils aktuellste Gebäude- und Wohnungszählung. Das war für die westdeutschen Bundesländer die Gebäude- und Wohnungszählung im Zuge der Volkszählung 1987, für die ostdeutschen Bundesländer die Gebäude- und Wohnungszählung 1995. Die Laufende Wohnungsfortschreibung wird jährlich anhand der amtlichen Bautätigkeitsstatistik aktualisiert. Da sie keine Informationen über die Anzahl der Wohnungen in Wohnheimen und bewohnten Unterkünfte enthält, wird in diesem Fall keine gebundene, sondern eine freie Hochrechnung durchgeführt. Insgesamt ist bei zunehmendem zeitlichen Abstand der Bevölkerungs- und Wohnungsfortschreibungen von der letzten Volkszählung damit zu rechnen, dass Fortschreibungsfehler entstehen. Die dadurch verursachte Abweichung der hochgerechneten Mikrozensusergebnisse von den wahren Werten in der Grundgesamtheit kann mit den Ergebnissen des Zensus 2011 abgeschätzt werden.

Das Erhebungsprogramm des Mikrozensus

Das Grundprogramm des Mikrozensus wird seit vielen Jahren größtenteils unverändert erhoben und ermöglicht damit die Analyse langer Zeitreihen. Die manchmal bedauerte mangelnde Flexibilität des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogramms weist sich so durchaus als Vorteil der längerfristigen Vergleichbarkeit aus. Zu den Inhalten des Grundprogramms gehören die so genannte Standarddemografie: Alter, Geschlecht, Familienstand, schulischer und beruflicher Ausbildungsabschluss, Erwerbsstatus, berufliche Stellung, persönliches und Haushaltseinkommen sowie Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund. Zusätzlich wird die Haushalts- und Familienstruktur erhoben. In den gegenwärtigen Zusatzprogrammen werden im vierjährigen Abstand u.a. Angaben zur Krankenversicherung und Altersvorsorge, zur Gesundheit, zur Wohnsituation, zur Pendlereigenschaft, zur Anzahl der geborenen Kinder und ergänzende Angaben zur Erwerbstätigkeit erfragt. Damit ist der Mikrozensus eine ausgesprochene Mehrthemenbefragung. Alle Erhebungsmerkmale sind für Auswertungen miteinander kombinierbar. Ebenso sind Personenmerkmale mit Haushaltsmerkmalen verknüpfbar. Ein Haushalt kann im Mikrozensus inzwischen auch über den Haupteinkommensbezieher identifiziert werden und nicht mehr – wie lange Jahre – nur über die Haushaltsbezugsperson, das verbessert die Vergleichbarkeit mit anderen Haushaltsstatistiken wie der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS), die auch dieses Konzept nutzen.

Üblicherweise werden Bevölkerungsstatistiken nach dem Stichtagskonzept erhoben. Im Falle des Mikrozensus ist mit der Einführung der Unterjährigkeit davon abgewichen worden. Bis zum Jahr 2004 bezogen sich die Ergebnisse des Mikrozensus auf eine feste Berichtswoche im Frühjahr eines jeden

Jahres, in der Regel – wie bereits genannt – die letzte feiertagsfreie Woche im April. Mit der gleichmäßigen Verteilung der Berichtswochen über das gesamte Jahr ab 2005 wurde es möglich, Jahresdurchschnitte zu bilden und in gewissem Maße jahreszeitliche und monatliche Schwankungen zur erfassen.

Die gesetzliche Grundlage des Mikrozensus

Die Erhebung des Mikrozensus durch die amtliche Statistik erfolgt auf bundesgesetzlicher Grundlage und ist im Mikrozensusgesetz festgeschrieben. In ihm sind u.a. die Auskunftspflicht, die Periodizität, die Erhebungsinhalte und die Regelungen zur Einhaltung des Datenschutzes festgelegt. Dieses Gesetz hat jeweils eine begrenzte Laufzeit; so ist sichergestellt, dass in regelmäßigen Abständen eine Anpassung an geänderte Anforderungen möglich ist. Als Konsequenz der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zur 1983 geplanten Volkszählung an die Durchführung von amtlichen Statistiken wurde für den Mikrozensus die gesetzliche Grundlage neu geschaffen. Nach dem Urteil wurde die Durchführung des Mikrozensus ausgesetzt, so dass der Mikrozensus in den Jahren 1983 und 1984 nicht erhoben wurde. Ab 1985 trat das neue Mikrozensusgesetz in Kraft. Es enthielt zusätzlich die Auflage, die Methodik der Mikrozensususerhebung auf den Prüfstand zu stellen. Gesetzgeberisch relevant an den Ergebnissen der daraufhin durchgeführten Untersuchungen war vor allem die Empfehlung zur Beibehaltung der Auskunftspflicht. Die in den Jahren 1985 bis 1987 vorgenommenen Tests zur freiwilligen Teilnahme an der Mikrozensususerhebung zeigten, dass dabei bedeutende Verzerrungen in den Ergebnissen entstehen, die weder durch Imputations- noch Hochrechnungsverfahren ausgeglichen werden können. Aus diesem Grund ist es bei der Auskunftspflicht für die meisten Fragen aus Grund- und Zusatzprogrammen des Mikrozensus geblieben.

Im Laufe der Jahre wurden immer wieder neue inhaltliche und organisatorische Anforderungen an die Mikrozensususerhebung in die Gesetzesformulierung eingearbeitet. Die umfangreichste Neuformulierung erfuhr das Gesetz für die ab 2005 und noch bis 2012 geltende Fassung, als die unterjährige Erhebung geregelt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden die Erhebungsinhalte gründlich überarbeitet, wobei die zeitliche Vergleichbarkeit mit älteren Erhebungsjahren aber möglichst erhalten wurde. Generell geht es bei den Gesetzgebungsverfahren immer darum, den wachsenden Informationsbedarf von Politik und Verwaltung gegen die Belastung der Auskunftspflichtigen abzuwägen und dabei die Kosten der Erhebung im Blick zu behalten. Ein unabweisbarer Informationsbedarf entstand durch die aufkommende Integrationsdebatte in Bezug auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Bevölkerungsstatistiken erfassen traditionell nur die Staatsangehörigkeit, die über viele Jahre für die Abbildung eines Migrationshintergrundes auch ausreichte. Inzwischen leben in Deutschland die Nachkommen von Einwanderern in der zweiten und dritten Generation und seit dem politischen Umbruch in Osteuropa in wachsendem Maße Spätaussiedler mit deutscher Staatsbürgerschaft. Um die wirtschaftliche und soziale Lage dieser

Personen unter dem Blickwinkel der Integration beleuchten zu können, war es notwendig, sie im Mikrozensus auch nach ihrer Zuwanderungserfahrung und dem Migrationshintergrund ihrer Eltern zu erfassen.

Der Mikrozensus und andere Haushaltstatistiken

Im System der Bevölkerungs- und Haushaltstatistiken ist der Mikrozensus seit 2004 die Quelle der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP). Haushalte, die im Mikrozensus zum vierten und letzten Mal befragt werden, können ihre freiwillige Bereitschaft erklären, dass sie für weitere Erhebungen der amtlichen Statistik ohne Auskunftspflicht zur Verfügung stehen. Aus der DSP speisen sich wiederum Erhebungen wie die Europäische Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen – Leben in Europa (EU-SILC), die Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT) und weitere. Die Ausschöpfungsquoten dieser Erhebungen sind deutlich höher als bei den üblichen Zufallsstichproben der empirischen Sozialforschung oder der Markt- und Meinungsforschung.

Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der amtlichen Statistik (EVS) und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) wird der Mikrozensus zur Kontrolle, Hochrechnung und Adjustierung der gewonnenen Daten eingesetzt. Auch den viel kleineren Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung und der wissenschaftlichen Sozialforschung auf der Basis freiwilliger Teilnahme dient der Mikrozensus als Referenzstichprobe.

Zusammenfassung und Ausblick

Im System der Bevölkerungsstatistiken ist der Mikrozensus mit der letzten Volkszählung 1987 über die Stichprobenziehung verbunden. Die Bevölkerungszählung der Volkszählung diente wiederum als Ausgangspunkt für die laufende Bevölkerungsfortschreibung und ist damit die Grundlage für die Hochrechnung des Mikrozensus. Zusätzlich wird die Wohnungsfortschreibung, die ihre Ausgangsbasis in der letzten Gebäude- und Wohnungszählung hat, als Grundlage für die Hochrechnung der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation eingesetzt. Aus der Bautätigkeitsstatistik wird sowohl die Laufende Wohnungsfortschreibung aktualisiert als auch die Stichprobe des Mikrozensus.

Es steht fest, dass die zukünftige Auswahlgrundlage des Mikrozensus durch einen Stichprobenplan auf Basis des Zensus 2011 neu bestimmt werden wird. Das methodische Vorgehen bei der neuen Stichprobenziehung ist in der Diskussion. Das Konzept der Flächenstichprobe mit seinen vielen Vorteilen wird dabei jedoch nicht ohne gute Gründe verlassen werden. Es ist für die Zuverlässigkeit der Mikrozensusergebnisse von Vorteil, wenn Volkszählungen zukünftig in kürzeren Abständen aufeinanderfolgen als jetzt geschehen, also alle zehn Jahre, wie international vorgesehen.

Autoren: Ricarda Nauenburg
Karsten Wenzel

Datenpool Berlin: kleinräumige Unternehmensregisterdaten

– Werkstattbericht, Teil 1 –

Unternehmensregister

Im Unternehmensregister (URS) der amtlichen Statistik werden alle Wirtschaftseinheiten registriert, die zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen. Das Unternehmensregister soll somit den Gesamtbestand aller Unternehmen und Betriebe über nahezu alle Arten

der wirtschaftlichen Tätigkeit in einem bestimmten Gebiet darstellen. Abgebildet wird vom Unternehmensregister die Struktur von Unternehmen mit ihren Betrieben nach Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Weiterhin stehen die quantitativen Merkmale „steuerbarer Umsatz aus Lieferung und Leistungen“ und „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ für tiefer gehende Auswertungen zur Verfügung. Die Lebenszykluseignisse eines Unternehmens, wie Gründung, Fusion, Aufspaltung, Übernahme und Schließung, werden ebenfalls festgehalten.

Gewonnen werden die Daten des URS durch eine jährliche Vollerhebung auf Basis von Verwaltungsregistern, und zwar der Umsatzsteuerdatei der Finanzbehörde, der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit, der Mitgliederdatei der Handwerkskammer, der Mitgliederdatei der Industrie- und Handelskammer, der Organschaftsdatei des Bundeszentralamtes für Steuern sowie der Unternehmensgruppencodei. Kontinuierliche Internetrecherchen und Überprüfungen im elektronischen Handelsregister dienen der weiteren Qualitätsverbesserung des Registers. Höchste und erste Priorität haben jedoch die Änderungsmeldungen (Anschrift, Tätigkeit), die von den amtlichen Unternehmensstatistiken aufgrund von Informationen aus ihren Primärerhebungen registriert werden. Eine Registerumfrage mit Auskunftspflicht kann durchgeführt werden, wenn die verschiedenen

Identitätsnummern (z. B. Steuernummer oder Organschaftsnummer) einer Wirtschaftseinheit nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Die wirtschaftliche Tätigkeit wird nach der Wirtschaftsklassifikation WZ 2008 ermittelt. Ausgewiesen werden die Daten im Datenpool auf der ersten Ebene der hierarchisch gegliederten WZ 2008, die als Abschnitt bezeichnet und mit einem Buchstaben verschlüsselt ist. Die WZ 2008 umfasst insgesamt 21 Abschnitte. In der feinsten Untergliederung, den Unterklassen, spannt die Klassifikation 839 Untergruppen auf, die aber nicht kleinräumig darstellbar sind und daher hier nicht weiter berücksichtigt werden.

Das wirtschaftliche Gesamtgeschehen wird zum jetzigen Zeitpunkt mit gewissen Einschränkungen abgebildet. So werden die Unternehmen und Betriebe der Wirtschaftsbereiche A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ und O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ nur fakultativ aufgenommen. Die Einheiten der Wirtschaftsbereiche P „Erziehung und Unterricht“ sowie Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ sind noch nicht vollzählig aufgenommen worden. Für die Wirtschaftsabschnitte O bis S, die im Wesentlichen die Organisationen ohne Erwerbszweck, kommunale Körperschaften und die Betriebe der öffentlichen Verwaltung beinhalten, muss noch ein Konzept für die Abbildung der Unternehmensstruktur entwickelt und umgesetzt werden. Voraussichtlich werden 2012 die Signierungen der Wirtschaftseinheiten aus dem Gesamtleitband der Umweltstatistiken (GLU) in das URS übernommen. Nach dem Abschluss der Landwirtschaftszählung werden im Jahr 2013 die Wirtschaftseinheiten des derzeit entstehenden Landwirtschaftsregisters in das Unternehmensregister eingepflegt. Die Abschnitte T „Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte ohne ausgeprägten Schwerpunkt“ und U „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ werden auch in weiterer Zukunft nicht als Beobachtungseinheiten registriert werden. Tabelle 1 gibt die Struktur der WZ 2008 auf der oberen Ebene der Abschnitte wieder.

Zwei Auswertungsansätze werden beim Unternehmensregister unterschieden: die berichtsjahe- und die stichtagsbezogene Auswertung. Bei beiden Auswertungen werden alle Unternehmen bzw. Betriebe berücksichtigt, die im Berichtsjahr einen steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen (Jahreswert mindestens 17 500 EUR) und/oder mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne

Die Nachfrage nach kleinräumigen statistischen Daten trifft immer wieder auf große Lücken, die oftmals nur unzureichend und bisweilen gar nicht geschlossen werden können. Zu den Bereichen, die stark nachgefragt sind und nicht aus einem vorhandenen Datenfundus beantwortet werden können, gehören kleinräumige wirtschaftsstatistische Daten. Mit den hier vorgestellten statistischen Daten aus dem Unternehmensregister, die für den fachlich abgestimmten Datenpool der Berliner Verwaltung entwickelt wurden, wird der Versuch unternommen, diese Datenlücke etwas zu verkleinern. Ganz schließen lassen wird sich diese Lücke zwischen Nachfrage und möglichem Angebot nie, da die statistische Geheimhaltung Unternehmen vor Konkurrenzbeobachtung und anderen Ausforschungsinteressen schützen muss. Neben diesen prinzipiellen Einschränkungen, die nicht umgehbar sein dürfen, gibt es methodische Probleme, deren Lösung die Verfügbarkeit und Validität der Daten merklich verbessern könnte. In diesem Beitrag werden die verfügbaren Daten vorgestellt, und die Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung verdeutlicht. Berichtet wird aus einem Arbeitsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

geringfügig Beschäftigte) hatten. In die stichtagsbezogene Auswertung gehen nur die Einheiten ein, die zum Stand des Unternehmensregisters – zwei Jahre versetzt zum Berichtsjahr (+24 Monate) – als wirtschaftlich aktiv gekennzeichnet sind. Der Unterschied zwischen beiden Auswertungskonzepten liegt darin, dass bei der Berichtsjahresauswertung (Zeitscheibe) alle Wirtschaftseinheiten berücksichtigt werden, die zum Berichtsjahr der Finanzverwaltung oder der Bundesagentur für Arbeit einen Wert zum Merkmal „steuerbarer Umsatz aus Lieferung und Leistungen“ und/oder „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ ausweisen (Vollzähligkeit). Darunter befinden sich Unternehmen und Betriebe, die auch zwei Jahre später noch wirtschaftlich aktiv sind (Auswertungsstichtag des Registers: Aktualität). Beide Konzepte sind insofern vergleichbar, als die Datenbasis dieselbe ist.

Lebensweltlich orientierte Räume und abgestimmter Datenpool Berlin

Von der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung ging ein wesentlicher Impuls für die Weiterentwicklung der kleinräumigen Gliederung und das dazugehörige Datenangebot aus. Über einen langen Zeitraum waren Statistische Gebiete und Verkehrszellen die bevorzugten Nachweis- und Darstellungsebenen, die aber immer weniger für das sich rasch verändernde Berlin aussagekräftig waren. Am 1. August 2006 wurde mit einem Senatsbeschluss (SB 3798/06) eine ressortübergreifend abgestimmte und verbindliche teilräumliche Gliederung festgelegt, die als „Lebensweltlich orientierte Räume“ (LOR) bezeichnet wird.

In der Tabelle 2 wird die hierarchische Beziehung der Raumebenen Prognoseraum, Bezirksregion und Planungsraum der LOR wiedergegeben. In der feinsten Untergliederung – den Planungsräumen – umfassen die LOR 447 Raumeinheiten, die das Gebiet des Landes Berlin flächendeckend unterteilen. Die Planungsräume sind die wichtigste teilräumliche Ebene. Als Bezirksregion wird die mittlere Ebene bezeichnet, die 138 Einheiten umfasst und auf der die

Tab. 1 Abbildung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach der WZ 2008

Abschnitt und Inhalt

- A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- B Bergbau
- C Verarbeitendes Gewerbe
- D Energie- und Wasserversorgung
- E Verschmutzungsentsorgung
- F Baugewerbe
- G Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz
- H Verkehr und Lagerei
- I Gastgewerbe
- J Information und Kommunikation
- K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- L Grundstücks- und Wohnungswesen
- M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
- N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
- P Erziehung und Unterricht
- Q Gesundheits- und Sozialwesen
- R Kunst, Unterhaltung, Erholung
- S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte ohne ausgeprägten Schwerpunkt
- U Extraterritoriale Organisationen und Körperschaften

Anmerkung

fakultativ, im Datenpool noch nicht ausgewiesen
im Datenpool B, C zusammengefasst dargestellt

im Datenpool D, E zusammengefasst dargestellt

fakultativ, im Datenpool nicht ausgewiesen
unvollständig

im Datenpool nicht ausgewiesen
im Datenpool nicht ausgewiesen

Wichtige Definitionen im Unternehmensregister:

• Betriebe

sind nur an einem Standort wirtschaftlich tätig (örtliches Prinzip). Ein Betrieb kann ein Einbetriebsunternehmen, eine selbstständige Zweigniederlassung oder eine unselbstständige Niederlassung in Berlin sein.

• Masterbetrieb:

Strukturierten Unternehmen (Hauptsitz mit mehreren unselbstständigen Niederlassungen) ist es nicht untersagt, einzelne Filialen zu bestimmen, die für andere Niederlassungen summiert die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten melden. Die meldenden Filialen können zudem im Zeitverlauf wechseln. Dadurch können im Unternehmensregister nicht alle Niederlassungen eines Unternehmens mit ihren jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten registriert werden. Das kann sowohl räumlich zu Disparitäten und zeitlich zu großen Fluktuationen führen. Betroffen sind insbesondere Einzelhandel und Verkehr.

• Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

sind Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u. a.), die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder der Bundesagentur für Arbeit beitragspflichtig sind (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz) oder für die von den Arbeitgebern Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen entrichtet werden müssen. Zu diesem Personenkreis gehören Arbeiter/innen, Angestellte und Auszubildende. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte werden den Betrieben zugeordnet. Nicht sozialversicherungspflichtig sind Beamtinnen und Beamte, Selbstständige und Soldatinnen und Soldaten. Personen in geringfügig entlohnter Beschäftigung („400 EUR-Job“) werden hier ebenfalls nicht gezählt.

• Wirtschaftliche Tätigkeit

Die Produktionstätigkeit oder Wirtschaftstätigkeit ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Mitteln (Ausrüstung, Arbeitskraft, Fabrikationsprozess, Informationsnetz, Erzeugnis), die zur Erzeugung bestimmter Waren oder Dienstleistungen führen. Eine Tätigkeit ist durch den Input von Erzeugnissen (Waren oder Dienstleistungen), einen Produktionsprozess und die produzierten Erzeugnisse gekennzeichnet.

Die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit wird durch die Systematik der Wirtschaftszweige 2008 (Abschnitte) klassifiziert: Das Unternehmensregister (ausgewiesen nach der WZ 2008) beinhaltet alle Unternehmen und Betriebe in Berlin.

Die Unternehmen und Betriebe der Wirtschaftsbereiche A, „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, O, „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“, U, „Extraterritoriale Organisationen und Körperschaften“ und T, „Private Haushalte“ werden nur fakultativ aufgenommen. Die Einheiten der Wirtschaftsbereiche P, „Erziehung und Unterricht“ sowie Q, „Gesundheits- und Sozialwesen“ wurden noch nicht vollzählig aufgenommen.

Ergebnisse von kleinräumigen Unternehmensregistrauswertungen – unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung – dargestellt werden können. Adressiert werden die Teilräume über einen zusammengesetzten Schlüssel, der je Ebene zwei Stellen lang ist:

LOR-Schlüssel Planungsraum (8 Stellen)	Teilschlüssel			
	Bezirk	Prognoseraum (PGR)	Bezirksregion (BZR)	Planungsraum (PLR)
01011101	01 Mitte	01 Zentrum	11 Tiergarten Süd	01 Stülerstraße

Die Unterteilung der Gesamtfläche des Landes führt nahezu zwangsläufig dazu, dass es einige Planungsräume gibt, die im Wesentlichen durch Forst-, Brach- oder Wasserflächen gebildet werden, auch können Wohngebiete vorkommen, in denen keine Gewerbe und keine freien Berufe gemeldet sind.

Die Lebensweltlich orientierten Räume sind mittlerweile fest etabliert und haben sich in einer Vielzahl von Berichten und Untersuchungen als brauchbar und valide erwiesen. Über das Regionale Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg lassen sich prinzipiell alle geeigneten Statistiken kleinräumig aufbereiten.

Komplementär zu den „Lebensweltlich orientierten Räumen“ wird ein Datenpool entwickelt. An den Abstimmungsprozessen sind Koordinatoren der Senats- und Bezirksverwaltungen beteiligt, die in ihrer Gesamtheit die Arbeitsgruppe Datenpool bilden. Ziel des Datenpools ist es, dass allen planenden und umsetzenden Fachbereichen auf Landes- und Bezirksebene einheitliche und abgestimmte Daten als Basis zur Verfügung stehen, die die Grundlage für kooperative Fachplanung auf Ebene der LOR bilden. Abzustimmen sind im Datenpool:

- Zeitbezug (Stichtag, Zeitraum),
- Statistiken und deren Merkmale,
- Technische Dateistruktur,
- Beschreibung (Metadaten),
- Zugangsweg,
- Lieferbeziehung.

Über den Datenpool sollen nicht nur Statistiken des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zugänglich gemacht werden, sondern auch Daten, die in den Senatsverwaltungen, bei anderen Behörden oder den Bezirken verfügbar sind.

Sind die Daten des Unternehmensregisters für kleinräumige Auswertungen geeignet?

Informationen über Unternehmen und Betriebe wurden in der amtlichen Statistik traditionell durch eine Arbeitsstättenzählung ermittelt, die Teil einer Volkszählung war. Der registergestützte moderne Zensus, der die Volkszählungen mit traditioneller Fragebogenerhebung erstmalig 2011 ablöst (die letzte Volkszählung fand in der Bundesrepublik 1987 und in der DDR 1981 statt), führt keine Arbeitsstättenzählung durch. Die Lücke soll durch das statistische Unternehmensregister ausgefüllt werden (StatRegG und EU-Registerverordnung¹). An das Unternehmensregister wird daher von regional- und städtestatistischer Seite die Forderung herangetragen, kleinräumige wirtschaftliche Strukturen abbilden zu können. Voraussetzung dafür ist die Kenntnis der Anschriften möglichst aller Betriebsstätten, um nach einer geeigneten Zusammenfassung, die die statistische Geheimhaltung gewährleistet, räumliche Strukturen darstellen zu können.

Tatsächlich erlaubt das Unternehmensregister eine solche räumliche Aufbereitung bisher noch nicht im wünschenswerten Maße. Die Aussagekraft des Unternehmensregisters wird eingeschränkt

- durch sogenannte Masterbetriebe, die insbesondere in Wirtschaftsabschnitten mit hohem Filialisierungsgrad zu räumlich Verzerrungen führen können,
- durch von der Sitzanschrift abweichende Versandanschriften im Unternehmensregister, sodass nicht der Betriebssitz, sondern beispielsweise die Adresse des Steuerberaters die kleinräumige Zuordnung bestimmt, sowie
- durch nicht im URS registrierte geringfügig Beschäftigte, die nicht sozialversicherungspflichtig und überproportional im Einzelhandel tätig sind.

Masterbetriebe werden von der Bundesagentur für Arbeit geführt. Für sie werden zusammengefasste Angaben geliefert. In der Folge besteht die Möglichkeit, dass nicht alle unselbstständigen Niederlassungen im Unternehmensregister erfasst sind, sondern als Summe durch den Masterbetrieb gemeldet werden. Insbesondere betrifft dies Einzelhandelsketten, da sie einen hohen Filialisierungsgrad aufweisen (z. B. ALDI, LIDL, Netto usw.). Sowohl die kleinräumige Zuordnung wie auch die Größenklasse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für Betriebe werden dadurch verfälscht.

Tab. 2 Gliederungen der Lebensweltlich orientierten Räume in Berlin

Gebietseinheit	Einheiten	Mittlerer Wert			
		Fläche in km ²	Einwohner	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Betriebe
				31.12.2010	
Bezirk.....	12	74,0	282 297	85 033	13 702
Lebensweltlich orientierte Räume (LOR):					
Prognoseraum (PGR)	60	14,8	56 459	17 007	2 740
Bezirksregionen (BZR)	138	6,4	24 548	1 417	228
Planungsraum (PLR)	447	2,0	7 578	283	46

¹ Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates (ABl. EG Nr. L 61, S. 6). Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300, 2903). Artikel 1 enthält das Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters: Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz - StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553).

Beispiel einer Matrixdatei mit Daten der Unternehmensregisterstatistik:

ZEITURS	ZEITt0	ZEITt1	AGGEBENE	RAUMID6	BEZ	PGR	BZR	RING	BETRt0	SVBt0	BETRt1	SVBt1
20090930	20071231	20090930	1	010000	01	00	00	9	20.966	224.517	19.873	221.804
20090930	20071231	20090930	2	010111	01	01	11	1	1.837	34.929	1.723	34.616
20090930	20071231	20090930	2	010112	01	01	12	1	2.908	46.042	2.748	44.959
20090930	20071231	20090930	2	010113	01	01	13	1	5.743	65.380	5.504	64.756
20090930	20071231	20090930	2	010114	01	01	14	1	2.178	10.815	2.106	10.704
...

Die genannten methodischen Probleme bedeuten für die Ergebnisdarstellung und Interpretation eine nicht unwichtige Einschränkung. Die gegenwärtig anstehende Novellierung von statistischen Rahmengesetzen (Bundesstatistikgesetz, Insolvenzordnung u.a., auch auf der EU-Ebene) haben die Städtestatistiker zu einem Vorstoß veranlasst, die Problematik der Masterbetriebe für die Qualität der Unternehmensstatistiken insgesamt entschieden anzugehen. Als Ergebnis wird das Statistische Bundesamt das Gespräch mit der Bundesagentur für Arbeit, als der hierfür zuständigen Institution, suchen.

Struktur der Unternehmensregisterdaten im Datenpool

Im Unterschied zur traditionellen Bereitstellung von Statistiken in Form von Tabellen ist das Angebot des Datenpools an der Weiterverarbeitbarkeit mit IT-Werkzeugen orientiert, seien es Tabellen-, Statistik- oder Programme zur geographischen Analyse (GIS – Geographisches Informationssystem). Zwei Datenstrukturen haben sich herausgeschält, die als Makro- und als Matrixdatei bezeichnet werden. Bei der Matrixstruktur, die für die Unternehmensregisterdaten gut geeignet ist, werden die Spaltenmerkmale durch Merkmalskombinationen gebildet; in den Zeilen stehen die Häufigkeiten beziehungsweise Summen quantitativer Merkmale. Jede Zeile der Matrixdatei repräsentiert eine Gebietseinheit, zum Beispiel eine Bezirksregion.

Variable	Inhalt
ZEITURS	Stichtag der Unternehmensregistrauswertung
ZEITt0	Zeitbezug t0
ZEITt1	Zeitbezug t1
AGGEBENE	Bezirk (Daten ohne Geheimhaltungsfälle), Bezirksregion (Daten mit Geheimhaltungsfällen), nicht regionalisierbare Einheiten
RAUMID6	Identifikator für Bezirksregion
BEZ	Bezirksschlüssel
PGR	Prognose raumschlüssel
BZR	Bezirksregionenschlüssel
RING	Innenstadt/Außenstadt
BETRt0	Betriebe zum Meldejahr der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zwei Jahre vor dem Bearbeitungsstand des Unternehmensregisters.
SVBt0	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort zwei Jahre vor dem Berichtsjahr des Unternehmensregisters.
BETRt1	Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, die im Bearbeitungsstand des Unternehmensregisters noch aktiv waren.
SVBt1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, die im Berichtsjahr des Unternehmensregisters noch aktiv waren.

Die Variable ZEITURS identifiziert den Stichtag der Unternehmensregistraufbereitung und RAUMID6 jeweils eine der 138 Bezirksregionen.

In einer weiteren Datei werden die Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (Abschnitte WZ 2008) ausdifferenziert.

Ergebnisse und Effekte der kleinräumigen Geheimhaltung

Das Unternehmensregister unterliegt nach dem Bundesstatistikgesetz der Geheimhaltungspflicht. Bundesweit einheitlich geheim gehalten werden die Ausprägungen der beiden quantitativen Merkmale, wenn die Fallzahl kleiner drei ist oder zwei Wirtschaftseinheiten dominant die Gesamtausprägung beherrschen. Zu berücksichtigen sind in der Folge mögliche Aufdeckungen durch Differenzbildungen, die sich auf der fachlichen, räumlichen oder zeitlichen Dimension ergeben können. Da der Datenpool auf die Auswertung von tief gegliederten Regionaleinheiten zielt, wurde daher die vergleichsweise grobe Ebene der Abschnitte der WZ 2008 ausgewählt, um damit im Gegenzug eine möglichst kleine Regionaleinheit für Auswertungen anbieten zu können, und zwar die Bezirksregion.

Am Beispiel des Datenangebotes der Zeitscheibe 2008 (Betriebe 2008 mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2008), die aktuell für die Bereitstellung im Datenpool vorbereitet wird, zeigt sich bei der feinsten Auswertungsaufgliederung „Wirtschaftsabschnitte je Bezirksregion“ bei einer Anzahl von über 2000 Tabellenfeldern eine Geheimhaltung von 6,5 % der Felder, die allerdings nur rund 0,2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt verdecken. Der Ausweis der Darunter-Angaben der Betriebe mit ihren Beschäftigten von 2008, die 2010 noch wirtschaftlich aktiv waren, ergibt durch die Berücksichtigung der Zeitstände bereits eine deutlich größere Geheimhaltung (38 % der entsprechenden Tabellenfelder und damit 22 % der Gesamtsumme der Beschäftigten). Die Geheimhaltung wirkt sich auf der kleinsten LOR-Regionaleinheit noch stärker aus, so dass eine Veröffentlichung der Planungsräume nicht mehr sinnvoll ist.

Die Unternehmensregistrauswertung zum Registerstand 30. September 2009, die aktuell im Datenpool verfügbar ist, enthält Angaben über die Betriebe zum 31. Dezember des Berichtsjahres 2007. Enthalten sind auch Betriebe, die keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aber steuerbare Leistungen im Referenzjahr 2007 aufwiesen.

Zum Bestand gehörten 2007 insgesamt 159 617 Betriebe mit 986 724 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (svB). Aktiv waren davon am Stichtag 30. September 2009 noch 152 091 Betriebe mit 966 023 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Tabelle 3). Vom Ausgangsbestand waren 7526 Betriebe mit 20 701 svB nicht mehr aktiv, ein Abgang von 4,7 % der Betriebe mit 2,1 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das Geschäftsmodell der 2009 noch aktiven Betriebe aus dem Ausgangsbestand 2007 hat sich für diesen Zeitraum als überlebensfähig erwiesen. Aus dieser Datengrundlage ist allerdings nicht zu erkennen, wie viel Betriebe im Zeitraum 2007 bis 2009 zugezogen oder neu gegründet wurden.

Durch die Geheimhaltung kleiner Fallzahlen und der Dominanzfälle bei der Regionalisierung auf Bezirksregionenebene kommt es zu Daten- und damit Informationsverlusten, und zwar bereits auch dann, wenn noch keine Differenzierung nach Wirtschaftsabteilungen erfolgt. Gegenüber den nicht geheim gehaltenen Werten verringert sich die Zahl der Betriebe um 1,9 % für das Jahr 2007 und 1,7 % für 2009. Die Datenverluste liegen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 2,8 % für das Be-

richtsjahr und 4,0 % für den Stichtag im Jahr 2009 deutlich höher.

Die bedeutendsten Wirtschaftsabschnitte sind das Gesundheits- und Sozialwesen mit 145 482 svB, gefolgt von Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz mit 128 827 und dem Verarbeitenden Gewerbe mit 103 257 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Tabelle 4).

Durch die Differenzierung nach Wirtschaftsabschnitten wird der Geheimhaltungseffekt deutlich verstärkt. Betrachtet man die aktiven Betriebe und deren svB zum Stand 2007, so tritt ein Verlust von 29,9 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein, am geringsten im Baugewerbe (-8,1 %), bei der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (-11,1 %) und bei Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz (-12,6 %). Der im Vergleich zu anderen Wirtschaftsabschnitten kleine Bereich der „Energie- und Wasserversorgung, Verschmutzungsentsorgung“ verliert den größten Teil seiner statistischen Masse (-75,9 %) aufgrund der niedrigen Fallzahl.

Räumliche Verzerrungen werden durch die methodischen Probleme der Masterbetriebe und Sitzanschriften verursacht, die nur durch Änderungen der Ursprungsdaten und der Erhebung vermieden werden könnten. Die Masterbetriebsproblematik

Tab. 3 **Kleinräumige Abweichungseffekte der Unternehmensregistrauswertungen durch die statistische Geheimhaltung in Berlin**

Merkmal	Berlin insgesamt	Bezirksregionen aggregiert	Geheimhaltungsbedingte Differenz
	(ohne Geheimhaltung)	(mit Geheimhaltung)	(Berlin - Bezirksregion)
Betriebe $t_0 = 31.12.2007$	159 617	156 564	3 053
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte $t_0 = 31.12.2007$	986 724	958 924	27 800
Betriebe $t_1 = 30.9.2009$	152 091	149 450	2 641
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte $t_0 = 30.9.2009$	966 023	927 612	38 411

Tab. 4 **Kleinräumige Abweichungseffekte der Unternehmensregistrauswertungen nach Wirtschaftsabschnitten durch die statistische Geheimhaltung in Berlin**

Abschnitt WZ 2008	Berlin insgesamt				Bezirksregionen aggregiert			
	(URS Stand 2009 ohne Geheimhaltung)				(URS Stand 2009 mit Geheimhaltung)			
	Betriebe	mit svB	darunter		Betriebe	mit svB	darunter	
	2007		Betriebe 2009 noch aktiv	mit svB 2007	2007		Betriebe 2009 noch aktiv	mit svB 2007
B, C Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe..	5 666	104 856	5 316	103 257	5 559	101 388	5 232	63 155
D, E Energie- und Wasserversorgung, Verschmutzungsentsorgung	478	20 073	461	16 649	467	13 314	450	1 413
F Baugewerbe	14 148	46 982	12 730	44 436	13 945	45 392	12 597	40 630
G Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz	27 577	131 442	26 226	128 827	26 704	123 637	25 465	112 305
H Verkehr und Lagerei	5 070	57 239	4 820	56 028	4 968	49 819	4 727	29 727
I Gastgewerbe	10 698	47 655	10 154	46 687	10 266	44 564	9 758	36 848
J Information und Kommunikation	9 276	53 948	8 897	52 572	9 126	49 689	8 774	35 116
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2 913	35 073	2 665	34 608	2 873	34 156	2 639	27 433
L Grundstücks- und Wohnungswesen	13 099	23 924	12 427	23 476	12 892	22 586	12 258	18 940
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29 077	89 299	28 226	87 844	28 776	86 449	27 961	77 972
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8 317	95 847	7 865	93 911	8 181	91 175	7 745	59 003
P Erziehung und Unterricht ..	3 119	62 898	3 026	62 120	3 072	56 797	2 984	25 081
Q Gesundheits- und Sozialwesen	11 734	146 448	11 362	145 482	11 599	142 745	11 232	98 389
R Kunst, Unterhaltung, Erholung	8 685	18 002	8 498	17 841	8 563	16 459	8 386	11 593
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	9 760	53 038	9 418	52 285	9 573	49 546	9 242	33 795
Insgesamt	159 617	986 724	152 091	966 023	156 564	927 716	149 450	671 400

wirkt sich im Wesentlichen in den Wirtschaftsabschnitten G und H und hier im Einzelhandel und Verkehr aus, sie ist damit eingrenzbar und betrifft nicht das gesamte Spektrum wirtschaftlicher Aktivitäten. Wobei allerdings bei nahezu allen kleinräumigen Stadtentwicklungsbetrachtungen gerade dem Einzelhandel eine wichtige Rolle zukommt, die aus den Daten des Unternehmensregisters bis heute nicht vollzählig darstellbar ist. Weitere räumliche Verzerrungen können durch die fall- und insbesondere die dominanzbezogene Geheimhaltung verursacht sein. Lösbar sind diese Probleme nur a) durch räumliche Vergrößerung, die aber mit dem Ziel der kleinräumigen Darstellung kollidiert, und b) durch untersuchungsbezogene Indikatoren, die resistent sind gegen Deanonymisierungsangriffe und keine Grunddaten preisgeben.

Raumbezogene Auswertungen

Im folgenden Abschnitt sollen die Unternehmensregisterdaten in kartierter Form dargestellt werden, um räumliche Strukturen erkennbar zu machen. Einige Leitfragen sind: Wo sind räumliche Beschäftigungsschwerpunkte? Wo gibt es mehr kleine, wo größere Betriebe? Welche Wirtschaftsabteilung dominiert in einer Bezirksregion? Wie ist der wirtschaftliche Mischungsgrad in einer Bezirksregion? Ist eine Region als Arbeits- oder als Wohnort geprägt?

Für die Kartenerstellung wurde kein spezielles GIS-Programm verwendet, sondern das Statistikprogramm Stata, das über frei verfügbare Module um die Fähigkeit zur Erstellung thematischer Karten erweiterbar ist. Mit dem Open Source-Statistikpaket R hätten sich vergleichbare Karten erzeugen lassen. Als Kartengrundlage werden die Geometrien der Bezirksregionen (Polygone) benötigt, die über das Regionale Bezugssystem des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg beziehbar sind.

Absolute Anzahl, Dichte und mittlere Betriebsgröße: Die Karte in Abbildung 1a gibt die Verteilung der in 2009 aktiven Betriebe im Stadtgebiet auf Ebene der Bezirksregionen wieder. Die meisten Betriebe finden sich in den Bezirksregionen Alexanderplatz (5504 aktive Betriebe), Kurfürstendamm (4031) und Tempelhofer Vorstadt (3957). Um den Einfluss der Größe des Gebietes zu neutralisieren, wird die Anzahl der Betriebe in Abbildung 1b auf die Fläche der Bezirksregion bezogen. Das Gebiet mit der höchsten Betriebsdichte vergrößert sich in dieser Ansicht merklich. Es reicht jetzt von der Neuen Kantstraße im Westen bis zur Frankfurter Allee Süd im Osten und vom Helmholtzplatz im Norden bis Schöneberg Süd bzw. Reuterstraße im Süden. Den Maximalwert erreicht die Bezirksregion Kurfürstendamm mit 29,5 aktiven Betrieben je Hektar Fläche.

Abb. 1a Anzahl der am 30. September 2009 aktiven Betriebe

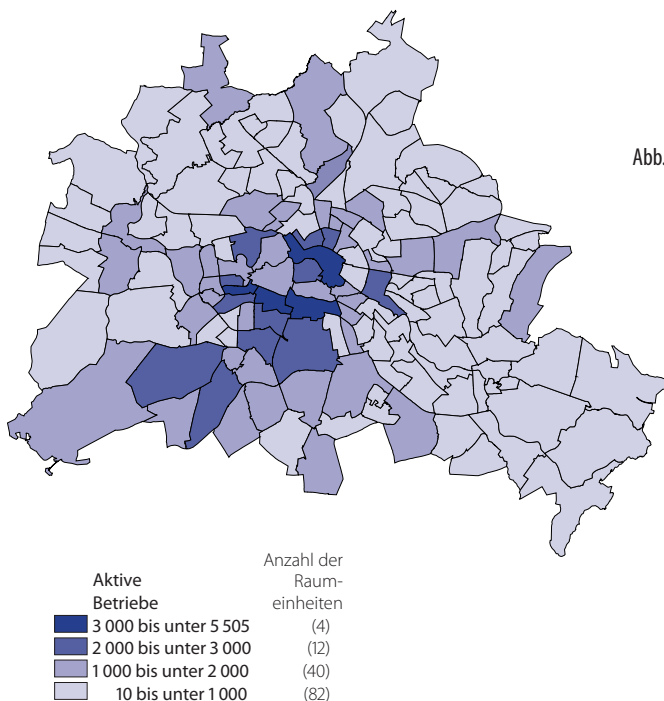


Abb. 1b Aktive Betriebe je Hektar Fläche am 30. September 2009 (Boxplot-Klassierung)

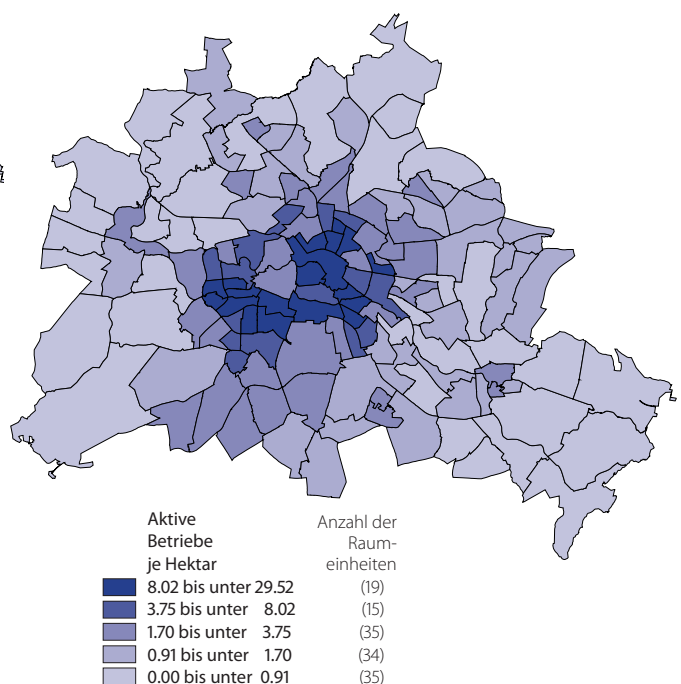
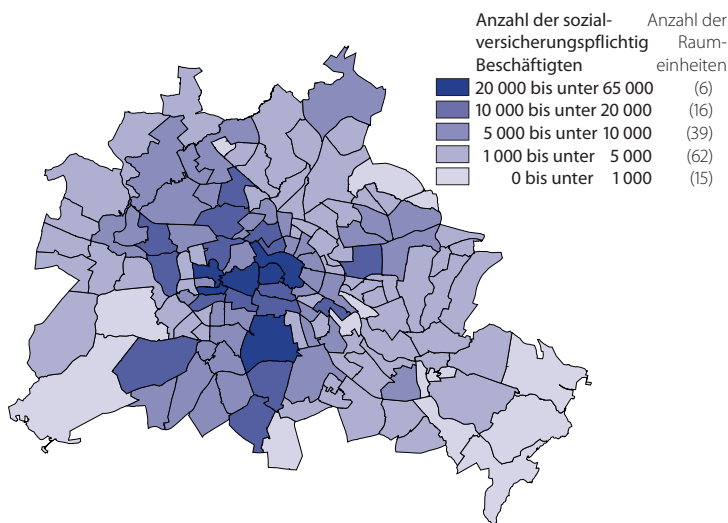


Abb. 1c Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 der 2009 noch aktiven Betriebe



Bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Bezirksregion (Abbildungen 1c und 1d) ergeben sich ganz ähnliche Verteilungsmuster. Eine andere räumliche Verteilungsstruktur zeigt sich, wenn die durchschnittliche Betriebsgröße (svB/Anzahl Betriebe) zugrunde gelegt wird. Hierbei treten die zentrumsferneren Bezirksregionen stärker hervor, z. B. Siemensstadt im Westen, Buch im Norden oder Marienfelde im Süden.

Dominante Wirtschaftsabteilung: Als dominant soll eine Wirtschaftsabteilung dann gelten, wenn die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. September 2009 auf sie entfielen. Das Verarbeitende Gewerbe ist in Bezirksregionen am westlichen, östlichen und südlichen Stadtrand dominant. Aber auch in Teilen von Innenstadtbezirken oder Neuköllns. Die Bezirksregionen mit einer Dominanz des Abschnitts M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ konzentrieren sich in den westlichen Bezirken und in Adlershof (Karte 3.Umschlagseite).

Lokale Diversität: Die lokale Diversität oder wirtschaftliche Durchmischung kann mit dem Entropiemaß H2 gemessen werden. H2 ist auf den Wertebereich [0..1] normiert. „0“ weist auf Homogenität hin, die dann besteht, wenn nur Betriebe, die zu einer Wirtschaftsabteilung gehören, in der betreffenden Bezirksregion aktiv sind, sie ist damit nicht gemischt, sondern homogen. „1“ wird bei maximaler Diversität erreicht, wenn Betriebe aus allen Wirtschaftsabteilungen gleich stark repräsentiert sind, die Bezirksregion ist ausgeglichen durchmischt.

Abb. 1d Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Hektar Bezirksregionenfläche der 2009 noch aktiven Betriebe (Boxplot-Klassierung)

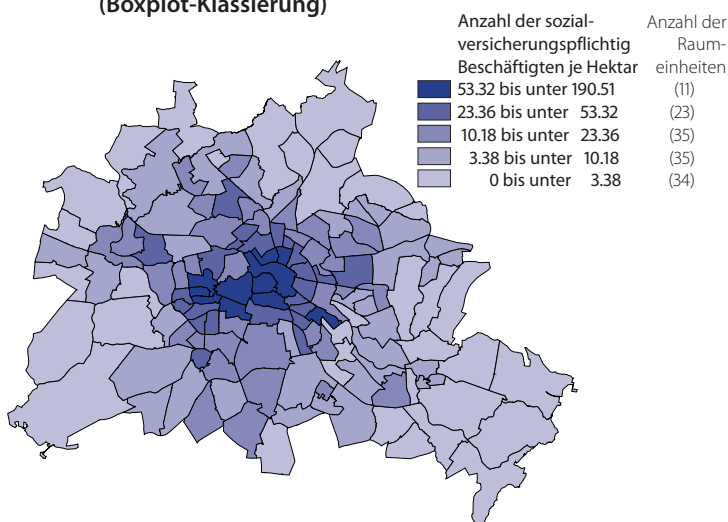
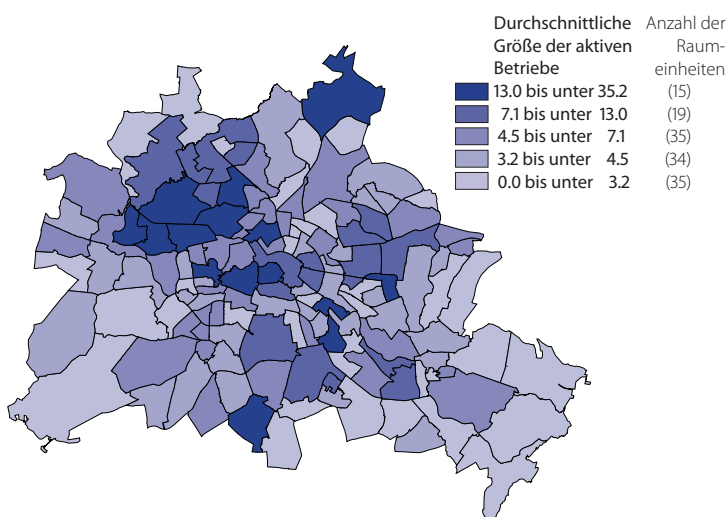


Abb. 1e Durchschnittliche Größe der aktiven Betriebe am 30. September 2009 (Boxplot-Klassierung)



$$H2 = \frac{-\sum_{k=1}^K \frac{n_k}{n} \ln\left(\frac{n_k}{n}\right)}{\ln K} = \frac{-\sum_{k=1}^K p_k \ln p_k}{\ln K}$$

- n_k Teilsumme einer Kategorie in einer Bezirksregion
 n Gesamtsumme in der Bezirksregion
 p_k Anteil einer Kategorie an der Bezirksregionensumme
 K Anzahl Kategorien
 \ln natürlicher Logarithmus zur Basis e

Im Gebiet X gibt es nur die Wirtschaftsabteilung A, das Gebiet ist damit strukturell homogen und entsprechend nimmt H2 den Wert 0,0 an. Bei gleicher Verteilung über alle Wirtschaftsabteilungen, wie im Gebiet Y, beträgt das Diversitätsmaß 1,0. Eine Zwischenstellung nimmt Gebiet Z ein, das Maß beträgt hier 0,58. In der Bezirksregion Tiergarten Süd erreicht H2 mit 0,90 den höchsten Berliner Wert. Zu dieser Bezirksregion gehören die Planungsräume Stülerstraße, Großer Tiergarten, Lützowstraße, Körnerstraße und Nördlicher Landwehrkanal. Gebiete mit hoher Diversität konzentrieren sich in Mitte und Tempelhof-Schöneberg, aber

Tab. 5 Einige fallbezogene Beispielergebnisse des lokalen Diversitätsmaßes H2

Gebiet	Wirtschafts- abteilung			Ins- gesamt	Wirtschafts- abteilung			Ins- gesamt	H2
	A	B	C		A	B	C		
	Absolutwerte				Anteile (Zeilen)				
X	50	0	0	50	1,00	0,00	0,00	1	0,0000
Y	25	25	25	75	0,33	0,33	0,33	1	1,0000
Z	100	50	0	150	0,67	0,33	0,00	1	0,5794

Tab. 6 Profil der Bezirksregionen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Bezirksregion	Südliche Fried- richstadt	Tempel- hofer Vorstadt	Luisenstadt		Karl-Marx-Allee		Frankfurter Allee	
			Nördl.	Südl.	Nord	Süd	Nord	Süd
	LOR-Schlüssel							
	020101	020202	020303	020304	020405	020407	020506	020508
Aktive Betriebe								
Anzahl.....	1 895	3 957	1 393	1 566	760	954	1 156	2 256
Anzahl je Hektar	6,5	8,5	10,7	10,8	3,5	4,0	9,0	5,5
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte								
Anzahl	19 004	15 354	5 147	4 925	6 352	7 618	4 920	9 348
Anzahl je Hektar	65,0	32,9	39,6	33,9	29,6	31,8	38,5	22,9
Durchschnittliche Größe der aktiven Betriebe	10,0	3,9	3,7	3,1	8,4	8,0	4,3	4,1
Dominante Wirtschaftsabteilung (WZ 2008) ¹	B, C	Q	N	S	Q	K	N	J
Lokale Diversität der Wirtschaftsstruktur (H2, WZ 2008) ..	0,73	0,82	0,75	0,69	0,32	0,70	0,62	0,81
Quotient sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeits- zu Wohnort.....	0,42	1,10	0,91	1,31	1,17	0,95	2,13	1,82

¹ Abschnitte nach WZ 2008:
 B, C Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe
 J Information und Kommunikation
 K Erbringung von Finanz- und Ver-
 sicherungsdienstleistungen
 N Erbringung von sonstigen
 wirtschaftlichen Dienstleistungen
 Q Gesundheits- und Sozialwesen
 S Erbringung von sonstigen Dienst-
 leistungen

auch Spandau Mitte, Westend und Frankfurter Allee Süd sind stark divers strukturiert (Karte 4. Umschlagseite, Abbildung oben).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitsort/ Wohnort: Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Unternehmensregister beziehen sich auf den Arbeitsort. Daneben stellt die Bundesagentur für Arbeit auch Daten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort zur Verfügung, die ebenfalls Teil des Datenpools sind. Der Quotient aus beiden lässt Rückschlüsse auf die Gebietsstruktur zu. Wenn der Quotient Werte größer als 1 annimmt, sind in der Bezirksregion mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig als dort wohnen. In der Bezirksregion Regierungsviertel wohnen 2934 svB, aber 44 959 sind dort laut URS in aktiven Betrieben tätig, der Quotient beträgt 15,3. An zweiter Stelle folgt Tiergarten Süd mit einem Quotienten von 11,6 (Karte 4. Umschlagseite, Abbildung unten).

Profil der Bezirksregionen: In Tabelle 6 werden die verschiedenen Indikatoren als Profil der Bezirksregionen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zusammengestellt. Die meisten aktiven Betriebe gibt es in der Tempelhofer Vorstadt, die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aber in der Südlichen Friedrichsstadt, die vom Verarbeitenden Gewerbe dominiert wird und die größte mittlere Betriebsgröße ausweist. Die größte Diversität weisen die Bezirksregionen Tempelhofer Vorstadt und Frankfurter Allee Süd auf. Am geringsten und damit homogener ist die in der Karl-Marx-Allee Nord. Gewerblich besonders geprägt ist die Frankfurter Allee Nord mit einem svB-Quotienten von 2,13. Zu der Bezirksregion gehören die Planungsräume Hausburgviertel und Samariterviertel.

Zusammenfassung

Die kleinräumigen Daten aus dem Unternehmensregister können wichtige Datenlücken verkleinern. Dringend erforderlich ist eine Lösung der methodischen Probleme der Masterbetriebe und der Sitzadressen, um eine größere empirische Gültigkeit und Belastbarkeit zu erreichen. Datenverluste, die durch die Anonymisierung verursacht werden, könnten durch die Bereitstellung von Indikatoren statt absoluter Werte umgangen werden. Mit den Nutzern des

Datenpools wird dieses Thema zu diskutieren sein. Über das Ergebnis soll dann in einem 2. Teil berichtet werden.

Im Landesnetz sind die Daten und die dazugehörigen Metadaten (Beschreibungen der Sachdaten) unter extranet.statistik-bbb.de abrufbar oder können beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg angefordert werden. Geometrien (Polygone) der kleinräumigen Gliederungen können über das Regionale Bezugssystem des AfS bezogen werden.

Autoren: Hartmut Bömermann,
Thomas Heymann

Quellennachweis

- Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates ABl. der EG Nr. L 61, S. 6).
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300, 2903). Artikel 1 enthält das Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters: Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz - StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553) StatRegG.
- Bömermann, H. / Nelius, K. / Jahn, S.: „Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“; Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, H. 8/2006, S. 366-371.
- Bömermann, H.: „Neuerungen in der amtlichen Bevölkerungs- und Sozialstatistik im Rahmen des abgestimmten Berliner Datenpools“ (Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, Heft 2/2009).
- Heymann, Th.: „Betriebe in Berlin 2004 nach Ortsteilen und Art der wirtschaftlichen Tätigkeit“ (Berliner Statistik - Monatsschrift 2005, ab Heft 6).
- Kathke, C.: „Das Unternehmensregister richtig auswerten – aber wie?“ (Brandenburg: Daten + Analysen II/2006).
- Mödinger, P., Katja Philipp: „Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister“ (Wirtschaft und Statistik 4/2007).
- Sturm, R. / Tümmeler, T.: „Das statistische Unternehmensregister – Entwicklungsstand und Perspektiven“ (Wirtschaft und Statistik 10/2006).
- Sturm, R. / Tümmeler, T., Opfermann, R.: „Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister“ (Wirtschaft und Statistik 8/2009).
- Theil, H. / Finezza, A.J.: „A Note on the Measurement of Racial Integration of Schools by Means of Informational Concepts“. Journal of Mathematical Sociology, 1971, Bd. 1, S. 187-194.

Binnenschifffahrt 2010 in den Ländern Berlin und Brandenburg

Die Binnenschifffahrt in den Ländern Berlin und Brandenburg als kostengünstigen, Umwelt verträglichen, im Energieverbrauch sparsamen sowie sicheren Verkehrsträger zu nutzen, ist seit Jahren ein hervorragendes Bemühen der Verkehrspolitik der Länder, um den auf den Straßen rasant wachsenden Güterverkehr auf andere Verkehrsträger zu verlagern. Die geografischen Voraussetzungen dazu sind mit den schiffbaren Wasserstraßen der Flüsse Havel, Spree, Oder und Elbe sowie der mit ihnen verbundenen Kanäle gegeben. Die Erfassung der in den Berliner und Brandenburger Häfen und an sonstigen Lade- und Löschplätzen ankommenden und abgehenden Schiffe sowie die von ihnen ein- und / oder ausgeladenen Güter sind Aufgaben der amtlichen Binnenschifffahrtsstatistik.

Vorbemerkung

In der Binnenschifffahrtsstatistik wird zwischen Güterumschlag und Güterbeförderung unterschieden. Bei der Darstellung des Güterumschlages wird der Güterempfang (Löschung) und -versand (Ladung) in jedem deutschen Hafen zugrunde gelegt. Somit wird die transportierte Gütermenge bei Verkehren innerhalb eines Bundeslandes zweimal erfasst – zum einen im Einlade-, zum anderen im Ausladehafen –, wogegen Binnenschifffahrtsverkehre, die durch Deutschland hindurch zwischen zwei ausländischen Häfen stattfinden, unberücksichtigt bleiben.

In der Güterbeförderung wird bei Verkehren innerhalb eines Bundeslandes jedes Gut nur einmal gezählt, Durchgangsverkehre dagegen mit einbezogen.

Statistische Auswertungen werden deshalb je nach Aussageziel für Umschlag oder Beförderung vorgenommen.

Berlin

Güterumschlag

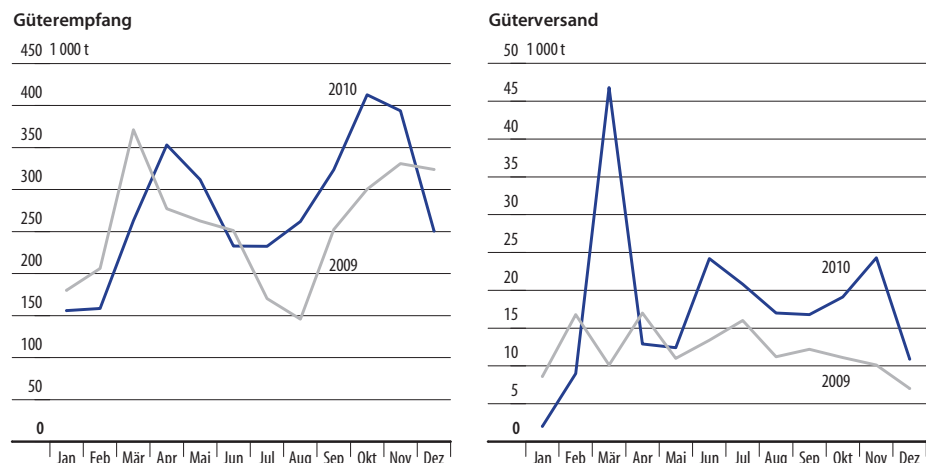
Im Jahr 2010 wurden in den Häfen und Umschlagstellen des Landes Berlin insgesamt 3,6 Mill. Tonnen Güter umgeschlagen, eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2009 um 10,8 %. Erhebliche Schwankungen in den Jahren sind bedingt durch

Witterungseinflüsse sowie notwendige Ausbau- und Baumaßnahmen an den Wasserstraßen und in den Häfen. 2001 erlebte die Binnenschifffahrt in Berlin einen Einbruch, von dem sie sich bisher nicht erholt hat. Im Jahr 2004 fand der geringste Güterumschlag innerhalb der letzten 10 Jahre statt. Er betrug 2,8 Mill. Tonnen und damit nur noch 69,9 % des Güterumschlages des Jahres 2001. Seitdem erfolgt eine leichte Steigerung auf niedrigem Niveau, sodass der Güterumschlag des Jahres 2010 bei 87,9 % des Jahres 2001 lag. Der größte Güterumschlag seit 2002 mit 3,7 Mill. Tonnen wurde im Jahr 2008 realisiert, das waren 92,3 % des Güterumschlages von 2001.

Mit 431,8 Tsd. Tonnen erreichte im Jahr 2010 die beförderte Gütermenge im Monat Oktober ihr höchstes Monatsergebnis. Die vom Eisgang und zugefrorener Flüsse und Kanäle geprägten Monate Januar und Februar wiesen mit einer Gütermenge von 157,8 bzw. 167,4 Tsd. Tonnen so niedrige Werte auf wie kein anderer Monat des Jahres (Abbildung 1).

Jahr	Ins- gesamt	Emp- fang	Ver- sand
	1 000 t		
2001 ...	4 054	3 844	210
2002 ...	3 148	2 929	219
2003 ...	2 929	2 826	103
2004 ...	2 833	2 707	126
2005 ...	3 490	3 276	214
2006 ...	3 654	3 413	241
2007 ...	3 681	3 411	269
2008 ...	3 742	3 457	285
2009 ...	3 217	3 073	145
2010 ...	3 565	3 349	216

Abb. 1 Güterumschlag in den Binnenhäfen Berlins 2009 und 2010 nach Monaten



Der Hafen Rummelsburg ist seit Jahren mit seinem hohen Umschlagsvolumen der bedeutendste Hafen in Berlin. Sein Anteil am gesamten Güterumschlag 2010 betrug 47,9 %. Die Güterarten feste mineralische Brennstoffe und Steine und Erden beim Empfang werden am häufigsten über die Kaikante umgeschlagen.

Containerumschlag

Der im Berliner Westhafen durchgeführte Containerumschlag konnte im Jahr 2010 bei den 20-Fuß Containern um 21,7 % und bei den 40-Fuß Containern um 5,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert werden.

Güterbeförderung

Im grenzüberschreitenden EU-Verkehr im Jahr 2010 wurden 25,3 % der Gesamtbeförderung bzw. 874 Tsd. Tonnen Güter bewegt. 98,6 % davon kamen aus dem Ausland nach Berlin, nur 1,4 % der Güter wurden in das Ausland versandt. Gegenüber dem Vorjahr stieg der grenzüberschreitende Verkehr um 6,3 % bzw. 51 Tsd. Tonnen.

Von den 2,6 Mill. Tonnen umgeschlagener Güter innerhalb Deutschlands wurden in 2010 knapp 5 % der Gütermenge zwischen den Häfen und Umschlagstellen innerhalb Berlins befördert. Die anderen 95 % bewegten die Binnenschiffer 2010 zwischen Berlin und den anderen Bundesländern. Der Güterverkehr mit Brandenburg hatte auch 2010 die größte Bedeutung für die Berliner Schifffahrt, allein 1,7 Mill. Tonnen Güter wurden von und nach Brandenburg transportiert. Das war ein Anteil an der gesamten Güterbeförderung innerhalb Deutschlands von 67,5 %. Die Schiffswege dienten außerdem der Güterbeförderung mit den Bundesländern Hamburg von 13,0 %, Sachsen-Anhalt von 11,8 % und Niedersachsen von 5,8 %. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bundesländer.

Transportierte Güter

91,0 % der gesamten Güterbeförderung konzentrierten sich 2010 hauptsächlich auf die zwei Güterabteilungen feste mineralische Brennstoffe mit 71,5 % sowie Steine und Erden mit 19,5 %.

Die Güterbeförderung der festen mineralischen Brennstoffe betrug 2010 insgesamt 2,47 Mill. Tonnen. Am Vorjahr gemessen stieg sie damit um 11,7 % bzw. 258 Tsd. Tonnen. Überwiegend wurden Braunkohle, Braunkohlebriketts und Torf sowie Steinkohle und Steinkohlebriketts in Berliner Häfen empfangen.

Steine und Erden wurden 2010 in der gleichen Größenordnung wie 2009 (674 Tsd. Tonnen) auf dem Schiffswege nach Berlin befördert. Hauptsächlich wurden Sand, Kies, Schlacken, Zement und Kalk verschifft (Abbildung 2).

Schiffsankünfte und -abgänge

Unter den 5424 gezählten beladenen Schiffen mit und ohne Antrieb fuhren 64,1 % unter deutscher Flagge und 34,7 % unter polnischer Flagge. 1,2 % der Schiffe hatten eine andere Flagge gehisst.

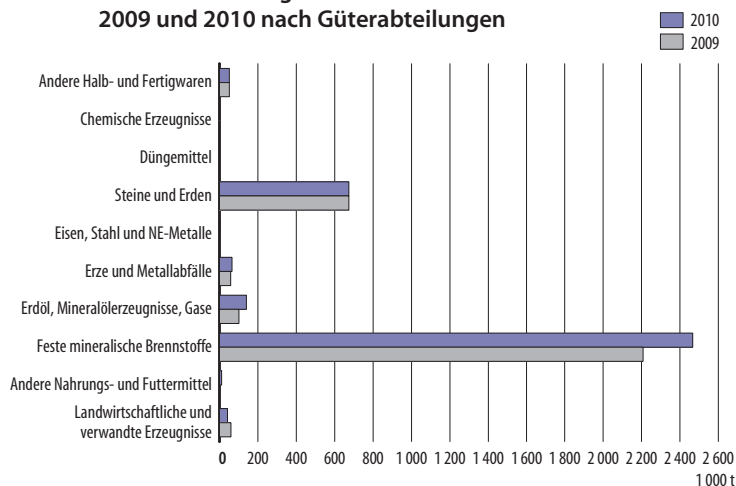
Land Brandenburg

Güterumschlag

Im Jahr 2010 wurden in den Häfen und Umschlagstellen des Landes Brandenburg insgesamt 4,0 Mill. Tonnen Güter umgeschlagen, das war eine Steigerung gegenüber 2009 um 3,4 %. Witterungseinflüsse sowie notwendige Ausbau- und Baumaßnahmen an den Wasserstraßen und in den Häfen erklären die Schwankungen in den Jahren. Im Jahr 2003 fand der geringste Güterumschlag innerhalb der letzten 10 Jahre statt. Er betrug mit 3,7 Mill. Tonnen nur 75,0 % des Güterumschlages des Jahres 2001. Seitdem erfolgt eine leichte Steigerung auf niedrigem Niveau, sodass der Güterumschlag des Jahres 2010 bei 82,4 % des Jahres 2001 lag. Der größte Güterumschlag im Betrachtungszeitraum mit 4,6 Mill. Tonnen wurde im Jahr 2007 realisiert und betrug 94,5 % des Güterumschlages von 2001 (Tabelle 1).

Mit 489,0 Tsd. Tonnen erreichte im Jahr 2010 die beförderte Gütermenge im Monat November ihr höchstes Monatsergebnis. Die vom Eisgang und zugefrorener Flüsse und Kanäle geprägten Monate Januar und Februar wiesen mit einer Gütermenge von 175,5 bzw. 173,6 Tsd. Tonnen so niedrige Werte auf wie in keinem anderen Monat des Jahres (Abbildung 3).

Abb. 2 Güterbeförderung in den Binnenhäfen Berlins 2009 und 2010 nach Güterabteilungen



Tab. 1 Güterumschlag in den Binnenhäfen bzw. den öffentlichen Häfen Brandenburgs 2001 bis 2010

Jahr	Binnenhäfen					
	ins- gesamt	davon		darunter öffentliche Häfen		
		Empfang	Versand	insgesamt	Empfang	Versand
2001 ...	4 895	1 973	2 922	2 913	613	2 300
2002 ...	4 423	2 144	2 278	2 355	643	1 713
2003 ...	3 669	1 522	2 147	2 172	426	1 747
2004 ...	4 052	1 514	2 538	2 352	395	1 957
2005 ...	4 400	1 496	2 903	2 616	540	2 076
2006 ...	4 033	1 566	2 467	2 349	510	1 839
2007 ...	4 627	1 730	2 896	2 752	607	2 145
2008 ...	3 968	1 303	2 666	2 573	501	2 072
2009 ...	3 902	1 042	2 861	2 539	499	2 040
2010 ...	4 035	947	3 088	2 608	424	2 184

Abb. 3 Güterumschlag in den Binnenhäfen Brandenburgs 2009 und 2010 nach Monaten

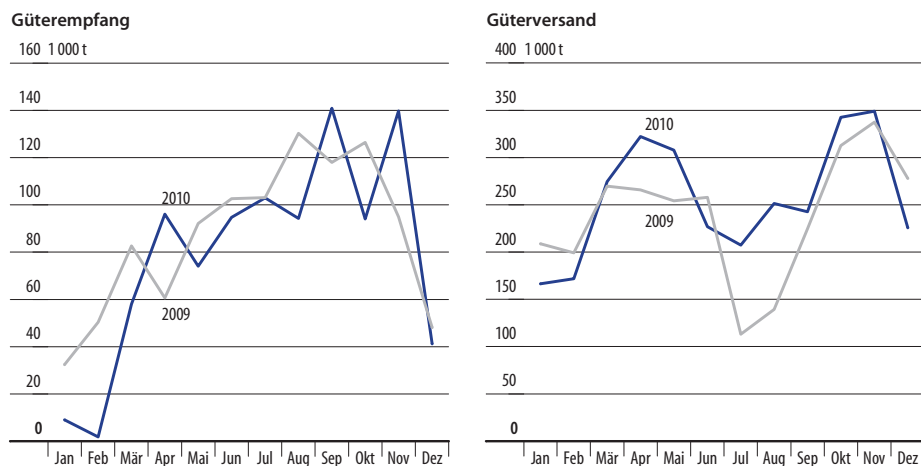
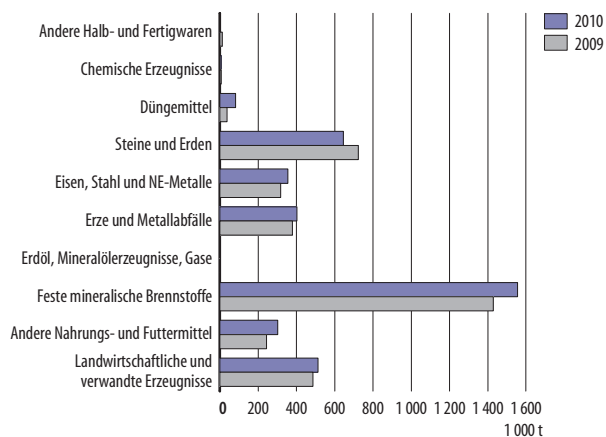


Abb. 4 Güterbeförderung in den Binnenhäfen Brandenburgs 2009 und 2010 nach Güterabteilungen



Güterbeförderung

Im grenzüberschreitenden EU-Verkehr im Jahr 2010 wurden 15,1 % der Gesamtbeförderung bzw. 582 Tsd. Tonnen Güter bewegt. 69,4 % davon wurden in das Ausland versandt und 30,6 % dieser Güter kamen aus dem Ausland. Gegenüber dem Vorjahr stieg der grenzüberschreitende Verkehr um 15,5 % bzw. 77 Tsd. Tonnen.

Von den 3,0 Mill. Tonnen umgeschlagener Güter innerhalb Deutschlands wurden in 2010 knapp 10 % der Gütermenge zwischen den Häfen und Umschlagstellen innerhalb Brandenburgs befördert. Die anderen 90 % bewegten die Binnenschiffer zwischen Brandenburg und den anderen Bundesländern. Der Güterverkehr mit Berlin hatte auch 2010 die größte Bedeutung für die brandenburgische Schifffahrt, allein 1,9 Mill. Tonnen Güter wurden von und nach Berlin transportiert. Das war ein Anteil an der gesamten Güterbeförderung innerhalb Deutschlands von 62,7 %. Die Schiffswege dienten außerdem der Güterbeförderung mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen von 13,4 %, Niedersachsen von 11,1 % und Hamburg von 3,8 %. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bundesländer.

Transportierte Güter

80,6 % der gesamten Güterbeförderung konzentrierte sich 2010 hauptsächlich auf die vier Güterabteilungen feste mineralische Brennstoffe mit 40,2 %, Steine und Erden mit 16,7 %, landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse mit 13,3 % und Erze und Metallabfälle mit 10,4 %.

Die Güterbeförderung der festen mineralischen Brennstoffe betrug 2010 insgesamt 1,55 Mill. Tonnen. Am Vorjahr gemessen stieg sie damit um 8,8 % bzw. 126 Tsd. Tonnen. Überwiegend wurden Braunkohle, Braunkohlebriketts und Torf aus Brandenburger Häfen zu anderen deutschen Häfen versandt.

Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse wurden 2010 zu 5,6 % bzw. 27 Tsd. Tonnen mehr über die Wasserstraßen befördert. Hauptsächlich wurde Getreide transportiert.

Die Güterbeförderung von Erzen und Metallabfällen konnte ebenfalls eine Steigerung verzeichnen. Sie stieg 2010 um 6,4 % bzw. 24 Tsd. Tonnen. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich bestimmt durch den Empfang und den Versand von Eisen- und Stahlabfällen sowie -schrott.

Steine und Erden wurden 2010 zu 10,8 % bzw. 78 Tsd. Tonnen weniger auf dem Schiffswege befördert als im Vorjahr. Hauptsächlich wurden Sand, Kies, Schlacken, Zement und Kalk verschifft.

Der Hafen Königs Wusterhausen ist seit Jahren mit seinem hohen Umschlagsvolumen der bedeutendste Hafen des Landes. Sein Anteil am gesamten Güterumschlag 2010 betrug 45,2 %. Die Güterarten feste mineralische Brennstoffe beim Versand und Steine und Erden beim Empfang und Versand werden am häufigsten über die Kaikante umgeschlagen (Abbildung 4).

Schiffsankünfte und -abgänge

Unter den 6514 gezählten beladenen Schiffen mit und ohne Antrieb fuhren 69,6 % unter deutscher Flagge und 27,5 % unter polnischer Flagge. 2,9 % der Schiffe hatten eine andere Flagge gehisst.

Autoren:

Jürgen Keiser
Marion Kresse,

Verkehrsunfallgeschehen 2010 in Berlin und im Land Brandenburg

Vorbemerkung

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschaden verursacht

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das Unfallgeschehen im Straßenverkehr von Berlin und dem Land Brandenburg im Jahr 2010 und weist auf Tendenzen bei Schwerpunkten der Unfallstatistik im Vergleich der letzten zehn Jahre und zum Vorjahr hin. Dabei wird vorrangig auf Unfälle mit Personenschaden eingegangen. Es wird u. a. aufgezeigt, dass auf den Straßen immer noch oft zu schnell gefahren wird. Neben den Unfallursachen werden Verunglückte, Verursacher von Unfällen, Unfälle nach der Ortslage, die regionale Unfallentwicklung sowie Baum- und Alkoholunfälle näher beleuchtet. Zu beachten ist dabei, dass Berlin als Großstadt gegenüber dem (Flächen-) Land Brandenburg einige Besonderheiten aufweist. In Berlin ist zum Beispiel eine Aussage zu Unfällen nach Ortslage nicht sinnvoll, da es keine echten „außerorts Unfälle“ gibt. Auch Baumunfälle haben in Berlin nicht den Stellenwert, den sie im Land Brandenburg mit seinen Alleenstraßen einnehmen.

werden, wird eine Bundesstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz-StVUnfStatG) vom 15. Juni 1990 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 298 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen des Landes. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur solche Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde.

Unfälle werden unterschieden nach der Schwere der Unfallfolgen in Unfälle mit Personenschaden und Unfälle mit nur Sachschaden.

Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen getötet oder verletzt wurden.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) sind solche, bei denen von der Polizei eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat im Straßenverkehr festgestellt wurde und bei denen gleichzeitig mindestens ein Kraftfahrzeug von der Unfall-

Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst oder deren Fahrzeug Schaden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.

Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach erster Einschätzung der Polizei die Hauptschuld am Unfall trägt.

Als Verunglückte zählen Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden.

Berlin

Unfallentwicklung im Jahr 2010

Auf Berlins Straßen wurden 2010 insgesamt 130 038 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 4,3 %. Von den registrierten Unfällen wurden 117 477 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst. Auch dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Sachschadensunfälle insgesamt um 5,9 %. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: 98,4 % aller Sachschadensunfälle (115 604) zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen. Zum Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs um 6,1 %. 1 043 (0,9 %) aller Unfälle waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und 830 (0,7 %) aller Unfälle gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung und dem Einfluss berauschender Mittel. Das bedeutet bei dieser Unfallkategorie gegenüber dem Jahr 2001 einen Rückgang der Unfallzahlen um 44,0 %.

Tab. 1

Straßenverkehrsunfälle in Berlin 2010 nach Kategorien

Kategorie	2010	Veränderung 2010 gegenüber				
		2001	2003	2005	2007	2009
		%				
Unfälle mit Personenschaden.....	12 561	- 15,1	- 10,0	- 9,2	- 13,4	- 8,5
Unfälle mit nur Sachschaden.....	117 477	- 7,7	3,0	10,3	7,2	5,9
davon						
schwerwiegende						
Sachschadensunfälle.....	1 043	- 20,4	- 3,1	- 8,2	- 15,4	- 5,5
sonstige Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung ¹	830	- 44,0	- 33,2	- 13,8	- 18,9	- 8,8
übrige Sachschadensunfälle.....	115 604	- 7,1	3,5	10,7	7,7	6,1

¹ ab 2008: unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln

stelle abgeschleppt werden musste. Unter sonstigem Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung sind die Unfälle gemeint, bei denen ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinfluss stand, aber alle Kraftfahrzeuge noch fahrbereit waren. Ab 1. Januar 2008: Unfälle mit sonstigem Sachschaden unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln und, falls Kfz beteiligt waren, diese alle noch fahrbereit waren. Bei allen sonstigen Sachschadensunfällen erfolgt der Nachweis nur zahlenmäßig nach der Ortslage.

Es entstand im letzten Jahr bei 12 561 Unfällen (9,7 % aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2009 sank die Zahl um 8,5 % und gegenüber 2001 konnte sogar ein Rückgang um 15,1 % verzeichnet werden (Tabelle 1).

Im Jahr 2010 starben auf Berlins Straßen 44 Personen. Das waren vier Personen weniger als im Vorjahr und damit erstmals so wenig Verkehrstote wie noch nie in einem Jahr seit der Wiedervereinigung. Gegenüber dem Jahr 2001 (65 Verkehrstote) ist die Zahl um fast ein Drittel gesunken. Je 1 Million Einwohner starben bei Verkehrsunfällen im letzten Jahr 13 Personen, deutschlandweit waren es 45. Damit lag das Land Berlin (wie alle Stadtstaaten) im positiven Sinne deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 1 688 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär im Krankenhaus aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 13 069 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte) (Abbildung 1).

Gegenüber 2009 wurden 2,4 % weniger Personen schwer verletzt, die Anzahl der Leichtverletzten sank um 9,4 %. Die Zahl der verunglückten Personen je Unfall mit Personenschaden war in den letzten Jahren nur leicht rückläufig. 2001 verunglückten 121 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden, 2010 waren es 118 Personen. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2010 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Berlins Straßen alle 199 Stunden ein Mensch getötet und täglich 40 Personen verletzt wurden (Abbildung 2).

Das Unfallgeschehen 2010 stellt sich wie folgt dar, im Jahresdurchschnitt ereignete sich:

- alle 4 Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- alle 6 Stunden ein durch einen 18- bis unter 25-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle 6 Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle 83 Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Bei Unfällen wurde alle 36 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle 4 Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle 8 Stunden ein Kind und alle 2 Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2010 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten (681 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 8,5 % betrug, entfielen 13,5 % der Unfallopfer auf diese Altersgruppe. Von den 1 995 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden fünf getötet, 219 schwer und weitere 1 771 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 11,5 % und die der Getöteten um 1 Person.

Das zweitgrößte Risiko, im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 25- bis unter 35-Jährigen. Auch sie waren mit 573 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

Die Seniorinnen und Senioren (Altersgruppe ab 65 Jahre) trugen mit 209 Verunglückten je 100 000 Einwohner das geringste Unfallrisiko. In den letzten 10 Jahren hat die Mobilität und damit die Aktivität der Senioren ab 65 Jahre zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte 2001 alle 8 Stunden ein Senior, wurde im Jahr 2010 schon alle sechs Stunden ein Senior als verunglückt erfasst.

Verunglückte Kinder

Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 11,0 % auf 1 048 Kinder, die Zahl der Getöteten betrug drei. 2009 wurde erfreulicherweise kein Kind im Straßenverkehr getötet.

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 1 307 Kinder in Berlin.

Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 2001 noch 1 529 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2010 auf 1 051 (-31,3 %). Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder, als Fußgänger zu verunglücken, mit 41,8 % am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern mit 28,7 %, gefolgt von den Mitfahrern in PKW mit 23,6 % (Abbildung 3).

Abb. 1 Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes in Berlin 2001 bis 2010

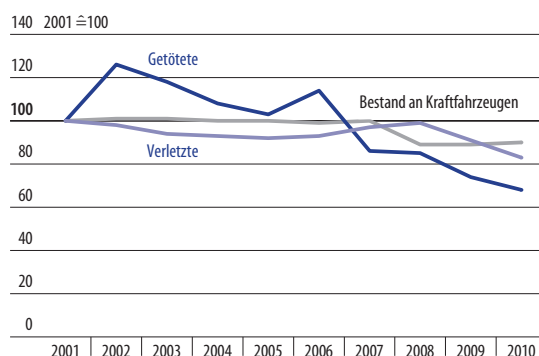
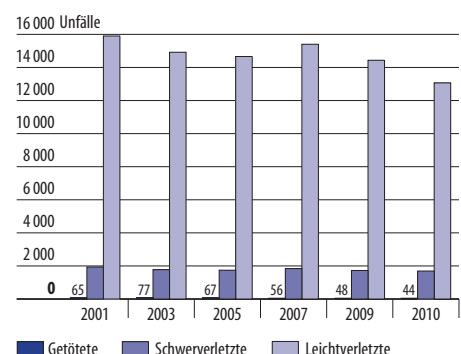


Abb. 2 Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden in Berlin 2001 bis 2010



Tab. 2 Verunglückte Kinder in Berlin
2001 bis 2010

Jahr	insgesamt	Getötete	schwer Verletzte	leicht Verletzte
2001	1 529	1	228	1 300
2002	1 521	3	211	1 307
2003	1 523	3	213	1 307
2004	1 354	1	178	1 175
2005	1 297	3	169	1 125
2006	1 180	1	178	1 001
2007	1 231	1	179	1 051
2008	1 205	1	153	1 051
2009	1 177	–	142	1 035
2010	1 051	3	154	894

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von 17,1 % ereigneten sich im Jahr 2010 donnerstags die meisten Unfälle mit Personenschaden, gefolgt vom Dienstag mit 16,2 %. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (7,8 %) registriert.

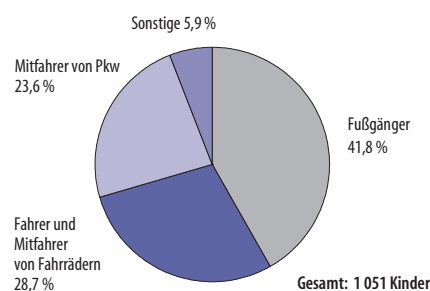
Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten. So hat sich bei der Zahl der Personenschadensunfälle (2 146 Unfälle) als auch bei der Verunglücktenzahl der Donnerstag mit 2 477 Verunglückten herauskristallisiert. Bei der Zahl der Getöteten ist festzustellen, dass mittwochs und an Freitagen mit je 10 Getöteten die meisten Menschen ums Leben kamen. Von Freitag bis Sonntag wurden 2010 insgesamt 19 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 46,2 % mehr als im Vorjahr. 2009 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 27,1 %, 2010 wuchs dieser Anteil an den Getöteten insgesamt auf 43,2 %.

Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2010 zwischen 2 und 4 Uhr die wenigsten Personen (153 bzw. 1,0 %). Mit zunehmenden Berufs- und Schülerverkehr zwischen 7 und 10 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft auf 2 214 (15,0 %). Danach ist ein allmählicher Anstieg zu verzeichnen bis auf den Höchstwert von 6 875 verunglückten Personen (46,4 %) zwischen 13 und 19 Uhr. Speziell in der Zeit zwischen 15 und 17 Uhr waren es mit 2 516 Personen 17,0 % aller Verunglückten. Nach 19 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am Nachmittag (zwischen 15 und 19 Uhr) und einem sprunghaften Anstieg am Morgen zwischen 7 und 10 Uhr ermittelt. 15,4 % dieser Altersgruppe verunglückten in den Nachtstunden zwischen 20 und 24 Uhr. Bei den Verunglückten aller Altersgruppen verunglückten zu dieser Uhrzeit nur 9,6 %.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2010 registrierten 12 561 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 11 145-mal ein Fehlverhalten von Kraftfahrzeugführern registriert.

Abb. 3 Verunglückte Kinder in Berlin 2010
nach der Art der Verkehrsbeteiligung

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 3 672-mal (26,9 %) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren,
 - 2 663-mal (19,5 %) ungenügender Abstand,
 - 749-mal (12,8 %) Vorfahrt, Vorrang,
 - 1 257-mal (9,2 %) falsches Verhalten gegenüber Fußgängern und
 - 1 103-mal (8,1 %) nicht angepasste Geschwindigkeit.
- Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren“ war im Jahr 2010 die häufigste Unfallursache. Hierbei verunglückten 4 226 Personen (28,6 % aller Verunglückten), sieben Personen wurden getötet (15,9 %). Bei Unfällen mit der Ursache „Abstand“ verunglückten 3 286 Personen. Getötet wurde bei dieser Unfallursache keine Person.

Fußgänger waren 2010 durch ihr Fehlverhalten 1 397-mal Verursacher von Unfällen mit Personenschaden, hauptsächlich durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (1 207-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs (693-mal) und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sicht Hindernissen (216-mal).

Allgemeine Unfallursachen, wie beeinträchtigende Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z.B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 689-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden.

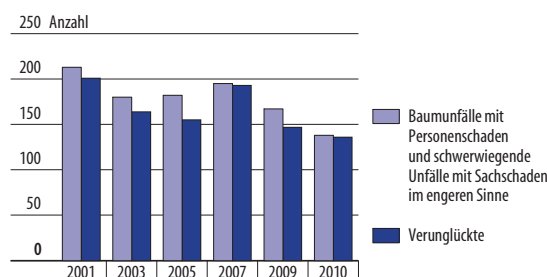
Technische und wartungsbedingte Mängel an den Fahrzeugen, hauptsächlich Mängel an der Beleuchtung, waren 111-mal Ursache für Personenschadensunfälle.

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

Mehr als ein Fünftel der Kraftfahrzeugführer, die Unfälle mit Personenschaden verursachten, war zwischen 40 bis unter 50 Jahre alt, gefolgt von den 25- bis unter 35-Jährigen mit 19,4 % und den 50- bis unter 60-Jährigen mit 15,3 %.

80,0 % bzw. 7 777 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personenschadensunfällen. 9,8 % bzw. 956 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 8,4 % bzw. 817 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 14,1 % und der der Fußgänger 7,9 %.

Abb. 4 **Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne sowie Verunglückte in Berlin 2001 bis 2010**



Den größten Anteil der Hauptverursacher als Fahrer von Personenkraftwagen bildeten 2010 mit je 10,3 % die Altersgruppen der 40- bis unter 45-Jährigen und der 45- bis unter 50-Jährigen.

Baumunfälle

Im letzten Jahr ereigneten sich 138 Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten über drei Viertel der Unfälle mit Personenschaden und 23,2 % mit schwerwiegendem Sachschaden im engeren Sinne. Seit 2001 sank die Zahl der Unfälle um 35,2 %. Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden zwei Personen getötet und weitere 22 schwer sowie 112 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 2010 nur 0,8 % aller Unfälle mit Personenschaden Baumunfälle waren, aber 4,5 % aller Getöteten hierbei ums Leben kamen. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 1,3 % (Abbildung 4).

Die Hauptursache von schweren Baumunfällen war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit, 66,0 % der Unfälle waren auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinfluss. Zu 17 % wurde bei den Unfallbeteiligten Alkoholeinwirkung festgestellt. Als weitere Unfallursache kristallisierten sich das Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und

Tab. 3 **Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen in Berlin 2001 bis 2010**

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	davon	
			Getötete	Verletzte
			%	
2001	5,2	5,5	10,8	5,5
2003	5,2	5,3	13,0	5,3
2005	5,1	5,3	9,0	5,3
2007	4,7	4,8	8,9	4,8
2009	4,6	4,6	14,6	4,6
2010	4,0	4,1	9,1	4,1

Anfahren und der ungenügende Sicherheitsabstand (zusammen 15,1 %) heraus.

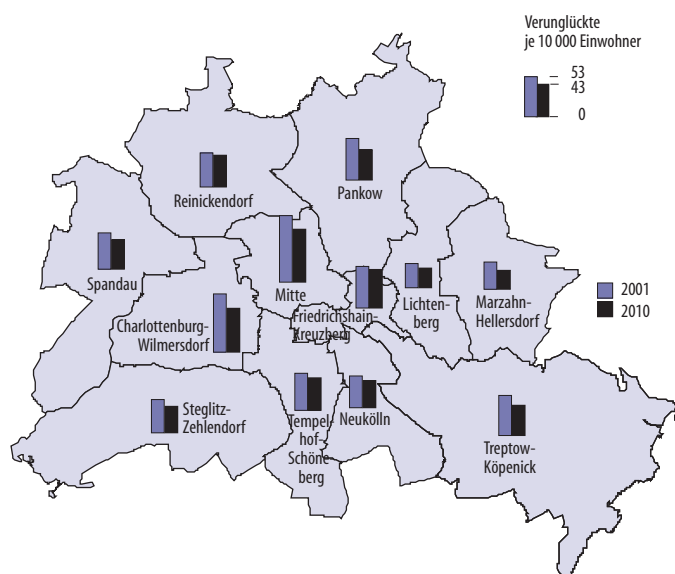
2010 geschahen die meisten Baumunfälle an Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereigneten sich knapp die Hälfte aller Unfälle, wobei die Unfallfolgen häufig schwerwiegender waren als an den anderen Wochentagen. Die Hälfte aller bei Baumunfällen Verunglückten wurde in diesen drei Tagen verletzt. Die zwei bei Baumunfällen Getöteten kamen an einem Freitag ums Leben.

Von der Polizei wurden 27 Baumunfälle mit Personenschaden aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 18 bis unter 25 Jahren war. Bei diesen Unfällen wurde eine Person getötet, fünf schwer und 30 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der durch 18- bis unter 25-Jährige verursachten Baumunfälle mit Personenschaden um 10 % gesunken, es verunglückten zwei Personen weniger als 2009.

Alkoholunfälle

Von den registrierten insgesamt 12 561 Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2010 waren 498 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 4,0 % an den Gesamtunfällen mit Personenschaden verringerte sich um 20,4 % gegenüber dem Vorjahr. Bei Alkoholunfällen wurden 490 Verkehrsteilnehmer leicht und 110 schwer verletzt sowie vier getötet. Im Vergleich zum Vorjahr verunglückten 19,7 % weniger Personen, wobei sich die Zahl der Getöteten um drei verringerte. Aus den Betrachtungen der Alkoholunfälle 2010 in den einzelnen Stadtbezirken ergeben sich einige Unterschiede: Die niedrigsten Anteile der Alkoholunfälle an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in den Stadtbezirken Steglitz-Zehlendorf (5,0 %) und Tempelhof-Schöneberg (5,3 %) ermittelt. Weitere Bezirke unter dem Landesdurchschnitt (6,3 %) waren Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow und Mitte. Alle anderen sieben Stadtbezirke lagen über dem Durchschnitt, wobei Lichtenberg den höchsten Wert mit 9,7 % verzeichnete, gefolgt von Marzahn-Hellersdorf (9,1 %).

Abb. 5 **Verunglückte je 10 000 Einwohner in Berlin 2001 und 2010**



Bezirkliche Unfallentwicklung

In den Berliner Bezirken verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2010 wie in den Vorjahren sehr differenziert, wobei als Trend eingeschätzt werden kann, dass es in den Außenbezirken weniger Verunglückte gibt. Demzufolge verzeichnet der Bezirk Mitte seit Jahren den Spitzenwert, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Auch bei den Getötetenzahlen war eine instabile Entwicklung festzustellen. So gab es in den letzten Jahren dort keinen einheitlichen Trend wie beispielsweise bei den Verunglückten. Es ist lediglich festzustellen, dass in den bevölkerungsstärksten Bezirken die meisten Getöteten erfasst werden, wobei die Gesamtentwicklung erfreulicherweise einen Rückgang belegt.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag hier der Durchschnitt in Berlin 2010 bei 43 Verunglückten je 10 000 Einwohner. Unter diesem Durchschnitt lagen insgesamt acht Bezirke, wobei Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg die besten Werte verzeichneten. Weiter lagen u.a. Steglitz-Zehlendorf, Neukölln, Spandau, Pankow, Treptow-Köpenick sowie Reinickendorf unter dem Durchschnitt. Die mit Abstand höchsten Werte wurden in Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf mit 70 bzw. 58 Verunglückten je 10 000 Einwohner errechnet (Abbildung 5).

Brandenburg

Unfallentwicklung im Jahr 2010

Auf Brandenburgs Straßen wurden 2010 insgesamt 89 629 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Bedingt durch die extremen Witterungsverhältnisse war das eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8,1 %.

Von den registrierten Unfällen wurden 81 450 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme der Sachschadensunfälle insgesamt um 9,7 %. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: 94,3 % aller Unfälle (76 820) zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen. Zum Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 8,1 %. 4 138 (5,1 % aller Unfälle) waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden

und 492 (0,6 % aller Unfälle) gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung und dem Einfluss berauschender Mittel. Das bedeutet bei dieser Unfallkategorie gegenüber dem Jahr 2001 eine Halbierung der Unfallzahlen.

Es entstand im letzten Jahr bei 8 179 Unfällen (9,1 % aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2009 sank die Zahl um 5,0 %, gegenüber 2001 sogar um mehr als ein Drittel (Tabelle 2).

Im Jahr 2010 starben auf Brandenburgs Straßen 192 Personen. Das waren 10 Personen bzw. 5,0 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 2001 (375 Verkehrstote) ist die Zahl um fast die Hälfte gesunken und erreichte damit den niedrigsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 1991.

Deutschlandweit starben je 1 Million Einwohner bei Verkehrsunfällen im letzten Jahr 45 Personen, im Land Brandenburg waren es 77. Damit lag das Land Brandenburg in negativer Hinsicht deutlich über dem Durchschnitt; im Vergleich aller Bundesländer war das die schlechteste Bilanz.

Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 2 398 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär im Krankenhaus aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 7 920 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte), (Abbildung 6).

Gegenüber 2009 wurden 4,4 % weniger Personen schwer und 3,2 % weniger Personen leicht verletzt. Die Zahl der verunglückten Personen je Unfall mit Personenschaden war in den letzten Jahren rückläufig. Während 2001 noch 132 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden verunglückten, waren es 128 Personen im Jahr 2010. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2010 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Brandenburgs Straßen alle 46 Stunden ein Mensch getötet und täglich 28 Personen schwer bzw. leicht verletzt wurden (Abbildung 7).

Das Unfallgeschehen 2010 stellt sich wie folgt dar, im Jahresdurchschnitt ereignete sich:

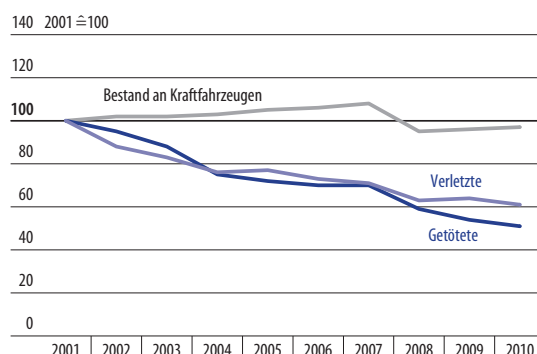
- alle 6 Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- alle 6 Stunden ein durch einen 18- bis unter 25-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle 7 Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle 9 Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Tab. 4 Straßenverkehrsunfälle im Land Brandenburg 2010 nach Kategorien

Kategorie	2010	Veränderung 2010 gegenüber					
		2001	2003	2005	2007	2009	
		%					
Unfälle mit Personenschaden.....	8 179	-37,2	-26,8	-20,6	-14,6	-5,0	
Unfälle mit nur Sachschaden.....	81 450	-3,1	9,4	8,6	9,3	9,7	
davon							
schwerwiegende							
Sachschadensunfälle.....	4 138	0,5	37,2	42,7	61,9	53,5	
sonstige Sachschadensunfälle							
unter Alkoholeinwirkung ¹	492	-52,2	-34,5	-27,9	-22,0	-1,0	
übrige Sachschadensunfälle.....	76 820	-2,6	8,6	7,6	7,7	8,1	

¹ ab 2008: unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln

Abb. 6 Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes im Land Brandenburg 2001 bis 2010



Bei Unfällen wurde alle 50 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle 13 Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle 10 Stunden ein Kind und alle 4 Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2010 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten (1 038 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 7,4 % betrug, entfielen immerhin 18,3 % der Unfallopfer auf diese Altersgruppe.

Von den 1 922 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden 32 getötet, 422 schwer und weitere 1 468 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 11,2 % und die der Getöteten um 22,0 % (-9 Personen).

Das zweitgrößte Risiko, im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 15- bis unter 18-Jährigen. Auch sie waren mit 773 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

Die Seniorinnen und Senioren (Altersgruppe ab 65 Jahren) trugen mit 239 Verunglückten je 100 000 Einwohner das geringste Unfallrisiko. In den letzten 10 Jahren hat die Mobilität und damit die Aktivität der Senioren ab 65 Jahre zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte 2001 alle acht Stunden ein Senior, wurde im Jahr 2010 alle sieben Stunden ein Senior als Verunglückter erfasst.

Verunglückte Kinder

Kinder (Altersgruppe von 0 bis unter 15 Jahren) als die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer gehören vor allem durch ihr geringeres Reaktionsvermögen zu den besonderen Risikogruppen im Straßenverkehr. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Verletzten um 2,5 % auf 891 Kinder, die Zahl der Getöteten (sechs Kinder) verdoppelte sich zum Vorjahr.

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 1 073 Kinder im Land Brandenburg, darunter sechs tödlich.

Tab. 5 Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 2001 bis 2010

Jahr	insgesamt	Getötete	schwer Verletzte	leicht Verletzte
2001	1 612	14	393	1 205
2002	1 365	16	312	1 037
2003	1 267	5	278	984
2004	1 071	4	234	833
2005	1 044	3	236	805
2006	892	5	184	703
2007	917	5	176	736
2008	790	–	138	652
2009	872	3	167	702
2010	897	6	164	727

Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 2001 noch 1 612 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2010 auf 897 (-44,4 %). Das Risiko, als Kind im Straßenverkehr getötet zu werden, war 2001 mit 14 Getöteten mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2010 mit sechs Getöteten.

Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder, als Pkw-Insassen zu verunglücken, mit 43,3 % am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern mit 32,6 %, gefolgt von den Fußgängern mit 19,4 % (Abbildung 8).

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von 17,3 % ereigneten sich im Jahr 2010 freitags die meisten Unfälle mit Personenschaden. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (10,4 %) registriert. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten. Während sich sowohl bei der Zahl der Personenschadensunfälle (1 414 Unfälle) als auch bei der Verunglücktenzahl (1 787 Personen) der Freitag als der Unglückstag herauskristallisierte, ist bei der Zahl der Getöteten festzustellen, dass an Sonntagen (46 Getötete), gefolgt von Freitagen (31 Getötete), die meisten Menschen ums Leben kamen. Von Freitag bis Sonntag wurden 2010 insgesamt 106

Abb. 7 Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden im Land Brandenburg 2001 bis 2010

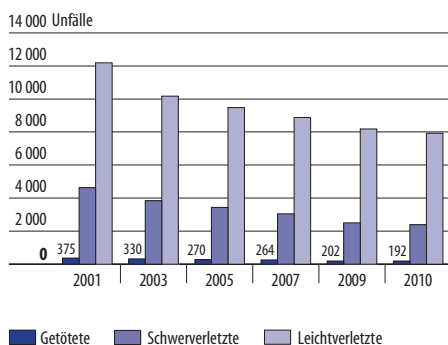
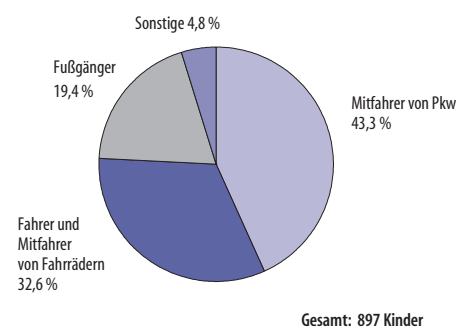


Abb. 8 Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 2010 nach der Art der Verkehrsbeteiligung



Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 3,9 % mehr als im Vorjahr. 2009 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 50,5 %, 2010 wuchs dieser Anteil an den Getöteten insgesamt auf 55,2 %. Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2010 zwischen 0 und 4 Uhr die wenigsten Personen (333 bzw. 3,2 %). Mit zunehmenden Berufs- und Schülerverkehr zwischen 6 und 8 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft auf 988 (9,4 %). Danach ist zunächst ein leichter Rückgang zwischen 8 und 10 Uhr zu verzeichnen, um dann wieder allmählich anzusteigen bis auf den Höchstwert von 4 490 verunglückten Personen (42,7 %) zwischen 10 und 16 Uhr. Speziell in der Zeit zwischen 15 und 18 Uhr waren es mit 2 641 Personen 25,1 % aller Verunglückten. Nach 20 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am späten Nachmittag (zwischen 14 und 19 Uhr) und am Morgen (zwischen 6 und 8 Uhr) ermittelt, 35,7 % dieser Altersgruppe verunglückten am Nachmittag zwischen 14 und 19 Uhr. Bei den Verunglückten aller Altersgruppen waren es zu dieser Uhrzeit 38,8 %. Die Anzahl der Verunglückten der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen bei sogenannten „Disco-Unfällen“ zwischen 20 und 24 Uhr betrug 11 %. Im Jahr 2009 waren es noch 14 % und 2001 verunglückten sogar 16 % zu dieser Uhrzeit.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2010 registrierten 8 179 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 10 124-mal ein Fehlverhalten von Fahrzeugführern registriert.

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 1 630-mal (16,1 %) nicht angepasste Geschwindigkeit,
- 1 524-mal (15,1 %) Nichtbeachten der Vorfahrt,
- 1 387-mal (13,7 %) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Ausfahren,
- 1 214-mal (12,0 %) ungenügender Abstand und
- 504-mal (5,0 %) Alkoholeinwirkung und der Einfluss anderer berauschender Mittel.

Unfälle mit der Ursache „Nicht angepasste Geschwindigkeit“, die allein oder in Verbindung mit anderen Unfallursachen auf zu schnelles Fahren eines oder mehrerer Beteiligten zurückzuführen sind, waren im Jahr 2010 überdurchschnittlich schwer: 2 248 Verunglückte (21,4 % aller Verunglückten) und 65 Getötete (33,9 % aller Unfalldoten) wurden bei diesen Personenschadensunfällen registriert.

Die Zahl der „Geschwindigkeitsunfälle“ stieg um 17,1 % und der dabei Verunglückten um 20,1 % gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Unfallopfer, die infolge zu schnellen Fahrens starben, ging um 9,7 % (sieben Personen) zurück.

Fußgänger waren 2010 durch ihr Fehlverhalten 325-mal an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. So verursachten sie Verkehrsunfälle hauptsächlich

durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (251-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs (135-mal) und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen (42-mal).

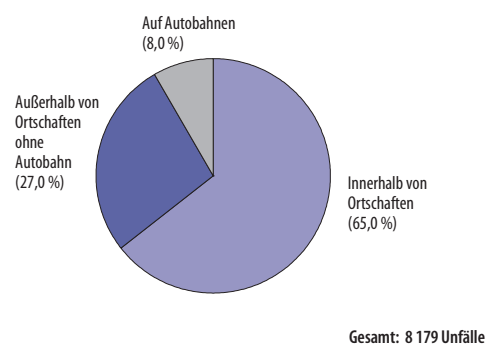
Allgemeine Unfallursachen, wie beeinträchtigten Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z. B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 1 363-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden. Technische und wartungsbedingte Mängel an den Fahrzeugen, hauptsächlich Mängel an der Bereifung, waren 120-mal Ursache für Personenschadensunfälle.

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

Knapp jeder fünfte Kraftfahrzeugführer, der einen Unfall mit Personenschaden verursachte, war zwischen 18 bis unter 25 Jahre alt, gefolgt von den 45- bis unter 55-Jährigen mit 17,6 % und den 25- bis unter 35-Jährigen mit 16,9 %.

70,6 % bzw. 5 777 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personenschadensunfällen. 9,1 % bzw. 746 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 6,5 % bzw. 534 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 8,9 % und der der Fußgänger 1,7 %. Den größten Anteil der Hauptverursacher als Führer von Personenkraftwagen bildete auch 2010 mit 11,6 % (2009: 10,2 %) die Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen.

Abb. 9 Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2010 nach Ortslage



Tab. 6 Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2010 nach der Ortslage

Ortslage	2010	Veränderung 2010 gegenüber	
		2001	2009
	Anzahl	%	
Innerhalb von Ortschaften.....	5 271	- 32,3	- 7,1
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn).....	2 224	- 45,0	- 3,8
Auf Autobahnen.....	684	- 42,9	9,4

Unfälle nach der Ortslage

Im Jahr 2010 ereigneten sich 5 271 Unfälle mit Personenschaden auf Straßen innerhalb von Ortschaften. Das waren 7,1 % weniger Unfälle als 2009. Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) sank die Zahl der Unfälle um 3,8 % auf 2 224; auf den Autobahnen wurden 9,4 % mehr Unfälle mit Personenschaden von der Polizei registriert, das war eine Steigerung um 59 auf 684 Unfälle (Abbildung 9 und Tabelle 3).

Der Vergleich der Zahlen der Verkehrstoten nach Ortslage im Jahr 2010 gegenüber 2009 zeigt, dass die Getötetenzahlen innerhalb von Ortschaften um 21 auf 41 und außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen) um 10 auf 105 zurückgingen, während sie sich auf Autobahnen um 21 auf 46 erhöhten.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich auch 2010 fast zwei Drittel der Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften, der Anteil der dabei Getöteten lag jedoch nur bei 21,4 %. Auf den Außerortstraßen (ohne Autobahn) nahm die Polizei 27,2 % der Personenschadensunfälle auf. Aufgrund überhöhter Fahrgeschwindigkeit und der Besonderheit der Baumalleen im Land Brandenburg verloren hier 54,7 % der Unfallopfer ihr Leben. Auf den Autobahnen des Landes wurden 8,4 % aller Unfälle mit Personenschaden und 24,0 % der Getöteten registriert.

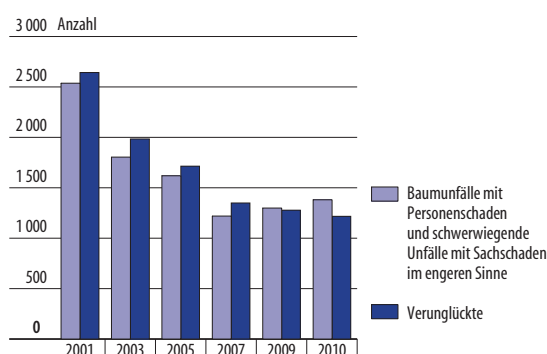
Baumunfälle

2010 ereigneten sich 1 381 Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten zwei Drittel der Unfälle mit Personenschaden und ein Drittel mit schwerwiegendem Sachschaden im engeren Sinne. Seit 2001 sank die Zahl der Unfälle um 45,5 %.

Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden 74 Personen getötet und weitere 452 schwer sowie 689 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 11,4 % aller Unfälle mit Personenschaden im Jahr 2010 Baumunfälle waren. Die Folgen von Baumunfällen sind häufig schwerer als bei anderen Unfällen. 38,5 % aller Getöteten kamen bei Baumunfällen ums Leben. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 18,8 % (Abbildung 10).

Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) wurden 72,5 % aller Baumunfälle registriert. Dabei kamen 82,4 % aller bei Baumunfällen Getöteten ums Leben, verletzt wurden 72,7 %.

Abb. 10 **Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne sowie dabei Verunglückte im Land Brandenburg 2001 bis 2010**



Tab. 7 **Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen im Land Brandenburg 2001 bis 2010**

Jahr	Unfälle mit Per- sonen- schaden	Ver- un- glückte	davon	
			Getötete	Ver- letzte
			%	
2001	8,2	8,0	9,6	7,9
2003	8,0	7,9	6,4	7,9
2005	7,8	7,5	9,3	7,5
2007	7,6	7,5	10,2	7,4
2009	6,2	6,1	4,5	6,1
2010	6,2	5,8	2,1	5,9

Der höchste Anteil der Baumunfälle mit Personenschaden von 42,6 % wurde auf den Landstraßen gezählt, die über die Hälfte des überörtlichen Straßennetzes einnehmen. Obwohl das Kreisstraßennetz des Landes länger als das der Bundesstraßen ist, wurden auf den Kreisstraßen erheblich weniger schwere Baumunfälle gezählt (11,7 %) als auf den Bundesstraßen (27,9 %). Die Bundesautobahnen spielten mit einem Anteil von 1,9 % aller Baumunfälle eine untergeordnete Rolle. Die Hauptursache von Baumunfällen mit Personenschaden war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit. 53,6 % der Unfälle war auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinwirkung oder dem Einfluss berauschender Mittel (14,4 %). Als weitere Unfallursachen kristallisierten sich das falsche Benutzen der Fahrbahn oder der Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot (9,7 %) sowie das falsche Überholen (6,5 %) heraus. Die meisten Baumunfälle geschahen 2010 an Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereigneten sich 46,2 % aller Unfälle, wobei die Unfallfolgen häufig schwerwiegender waren als an den anderen Wochentagen. So lag der Anteil der an den Wochenenden der durch einen Baumunfall Getöteten bei 51,5 %.

In den Morgenstunden zwischen 5 und 9 Uhr (25,6 %) sowie in den Nachmittagsstunden zwischen 13 und 18 Uhr (36,9 %) war die Gefahr am größten, bei einem Unfall im Zusammenhang mit einem Aufprall an einen Baum zu verunglücken.

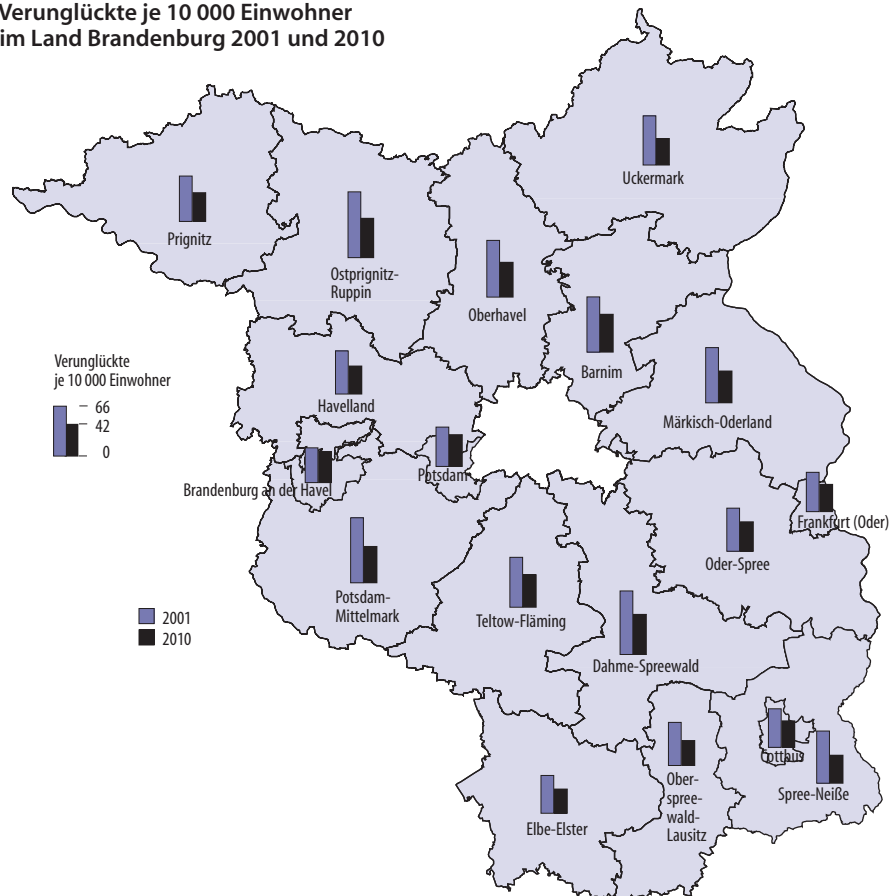
Im Jahr 2010 wurden 269 Baumunfälle mit Personenschaden von der Polizei aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 18 bis unter 25 Jahren war. Bei diesen Unfällen wurden 16 Personen getötet, 116 schwer und 158 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der durch 18- bis unter 25-Jährige verursachten Baumunfälle mit Personenschaden um 21,6 % gesunken, es starben sieben Menschen weniger bei Baumunfällen und 82 wurden weniger verletzt.

Alkoholunfälle

Alkoholunfälle mit Personenschaden sind Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter unter Alkoholeinfluss stand und mindestens eine Person verletzt oder getötet wurde.

Von den im Jahr 2010 registrierten 8 179 Unfällen mit Personenschaden gab es 505 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl

Abb. 11 Verunglückte je 10 000 Einwohner
im Land Brandenburg 2001 und 2010



der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 6,2 % an allen Unfällen mit Personenschaden sank gegenüber dem Vorjahr um 5,1 %.

Im Jahr 2010 wurden bei Alkoholunfällen 393 Verkehrsteilnehmer leicht und 213 schwer verletzt sowie vier getötet. Im Vergleich zu Vorjahr verunglückten 8,3 % weniger Personen, bei den Getöteten waren es fünf Personen weniger.

Aus den Betrachtungen der Alkoholunfälle 2010 in den einzelnen Verwaltungsbezirken ergeben sich erhebliche Unterschiede:

Die niedrigsten Anteile der Alkoholunfälle an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in der Stadt Potsdam (3,8 %) sowie in den Landkreisen Oberhavel (4,1 %) und Potsdam-Mittelmark (4,2 %) ermittelt. Dagegen wurden in den Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) mit je 11,4 % und im Landkreis Prignitz (7,9 %) teilweise deutlich über dem Landesdurchschnitt (5,9 %) liegende Anteile registriert.

Regionale Unfallentwicklung

In den Kreisen des Landes Brandenburg verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2010 wie in den Vorjahren sehr differenziert. Einen besonders hohen Anstieg bei den Verunglücktenzahlen zum Vorjahr hatten die Landkreise Dahme-Spreewald (+13,2 %), Barnim (9,5 %) und Ostprignitz-Ruppin (9,1 %). Erheblich weniger Verunglückte wurden in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz (-18,5 %), Prignitz (-11,8 %) sowie in der Stadt Cottbus (-9,0 %) ermittelt.

Auch bei den Getötetenzenzahlen war eine sehr uneinheitliche Entwicklung festzustellen. Starke Rückgänge waren in der Stadt Frankfurt (Oder) zu verzeichnen. Im Jahr 2010 wurde hier bei Verkehrsunfällen keine Person getötet, im Jahr davor waren es noch fünf Personen. Ebenfalls einen starken Rückgang verzeichneten die Landkreise Uckermark (-66,7 % bzw. 10 Personen), Märkisch-Oderland (-54,5 % bzw. 12 Personen) und Ostprignitz-Ruppin (-30 % bzw. drei Personen). Eine teilweise starke Zunahme gegenüber 2009 wurde dagegen in den Landkreisen Potsdam Mittelmark (+11 Getötete) und Dahme-Spreewald (+4 Getötete) registriert.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag der Landesdurchschnitt 2010 bei 42 Verunglückten je 10 000 Einwohner, 2001 waren es noch 66 Verunglückte (Abbildung 11).

Autoren: Jürgen Keiser,
Marion Kresse

Kinderarmut in Berlin – Eine Analyse mit dem Mikrozensus

Armut als relatives Phänomen

Jede Bestimmung einer Armutsgrenze sowie einer Armutsdefinition ist von der betrachteten Gesellschaft und deren Wohl-

Zu den vorrangigen Aufgaben einer jeden Gesellschaft gehört es, ausnahmslos jedem Kind, egal in welchem sozialen Umfeld es geboren wurde, die Möglichkeit zu geben, eine erfüllte Kindheit zu erleben und sich optimal auf das Leben vorzubereiten.

In den heutigen modernen Gesellschaften denkt man beim Stichwort Kinderarmut gerne an Kinder in der Dritten Welt. Das Bild von absoluter Armut, verbunden mit einem notleidenden Kind, verhindert den Blick auf andere Formen von Armut. Jenes Bild, das von einem Elend weit weg von der eigenen Haustür berichtet, ist gleichzeitig verbunden mit dem Glauben, dass Armut in reichen Industrienationen weniger problematisch sei. Für die Betroffenen im eigenen Land, gerade auch für Kinder, ist die Situation jedoch oft erniedrigend, da sie sich in der heutigen Konsumgesellschaft einem enormen Druck ausgesetzt fühlen. Kinder in Armut sind oft in einer ausweglosen Lage, sind sie doch zum einen von der finanziellen Situation der Eltern abhängig, zum anderen an die Anforderungen des sozialen Umfelds gebunden.

Ausgehend von der Überlegung, dass Kinderarmut in besonderem Maße durch das Einkommen der Eltern beeinflusst wird, aber auch durch Faktoren wie Alter des Kindes, Familienform, Migrationshintergrund, Erwerbssituation sowie Bildungsniveau der Eltern, soll in diesem Beitrag die Situation von Berliner Kindern beschrieben und analysiert werden.

standsniveau abhängig und auch nur in diesem Kontext gültig. Die zeitliche Perspektive ist ebenso von Bedeutung, da mit einer Änderung der äußeren Rahmenbedingungen zwangsläufig auch Änderungen im Wohlstandsgefüge stattfinden.

Die Ressourcen, die einem Haushalt oder einer Familie zur Verfügung stehen, sind die Grundlage der Armutsmessung. In diesem Sinne werden „Personen oder Familien (Haushalte), die über nur so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in der [jeweiligen Gesellschaft] als unterste Grenze des Akzeptablen annehmbar ist“, als arm angesehen¹. Von Armut betroffene Personen können nicht in dem entsprechenden Maße am vorherrschenden soziokulturellen Leben teilhaben wie Nichtbetroffene.

Da Armut als ein relatives Phänomen betrachtet wird, muss ein Haushalt, der in der Referenzgesellschaft als arm eingestuft wird, in einer anderen Gesellschaft nicht zwangsläufig in einer prekären Situation sein. Durch die relative Armut wird demzufolge ein Schwellenwert beschrieben, der im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext ermittelt wird und somit auch nur in diesem Kontext seine Gültigkeit hat.

Einkommensarmut

Unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder gemeinsam wirtschaften, hat sich in der Armutsforschung das Haushaltsnettoeinkommen als Ausgangspunkt für die Bestimmung von Einkommensarmut durchgesetzt. Das Haushaltsnettoeinkommen setzt sich aus der Summe aller Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder zusammen. So werden auch Haushaltsmitglieder in die Betrachtung einbezogen, die selbst über kein oder kein nennenswertes Einkommen verfügen. Befindet sich das daraus berechnete bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, liegt Armut vor.

Zur Bedarfsgewichtung wird die neue OECD-Skala verwendet, durch die größeren Haushalten Einspar-effekte durch gemeinsames Wirtschaften unterstellt werden. Das erste erwachsene Haushaltsmitglied erhält den Faktor 1. Jede weitere Person ab 14 Jahren erhält ein Gewicht von 0,5 und alle Personen unter 14 Jahren werden mit 0,3 gewichtet. Eine vierköpfige Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren erhält so eine bedarfsgewichtete Größe von 2,1, durch die das Haushaltsnettoeinkommen geteilt wird. Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung können so miteinander verglichen werden. Jedem Haushaltsmitglied wird dabei das gleiche Äquivalenzeinkommen zugewiesen.

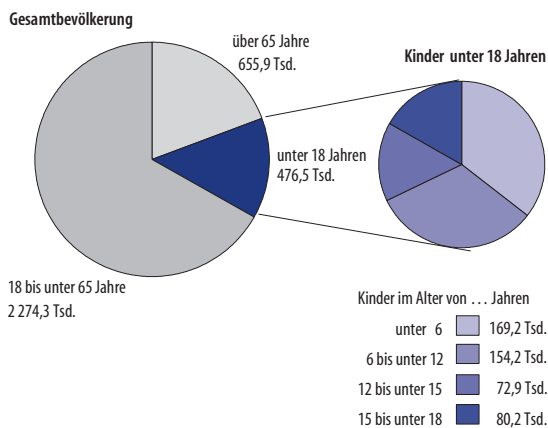
Um zu ermitteln, was als gesellschaftlicher Durchschnitt anzunehmen ist, wird der Median bestimmt. Seine Verwendung verhindert, dass extrem hohe oder extrem niedrige Einkommen das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen in die eine oder andere Richtung verzerren. Um auch mit anderen Studien vergleichbar zu sein, werden all jene Personen als armutsgefährdet betrachtet, die über weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens verfügen.

Zur Berechnung der Armutsrisikoquoten wird der Landesmedian herangezogen, d.h., das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen Berlins wird zugrunde gelegt.

Das soziale Umfeld von Kindern in Armut

Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention gelten alle ledigen Personen unter 18 Jahren ohne Lebenspartner und ohne eigene Kinder, die in einem Haushalt mit mindestens einem Elternteil leben, als „Kinder“. Kinder über 18 Jahren, die evtl. ebenfalls im Haushalt der Eltern leben oder die bereits ausgezogen sind, gehen in die Berechnungen nicht mit ein.

¹ Hurrelmann, K. / Klocke, A. (Hrsg.): Kinderarmut und Jugendliche in Armut – Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen; Wiesbaden 2001; S. 12.

Abb. 1 **Bevölkerung in Berlin nach Altersgruppen im Jahr 2009**

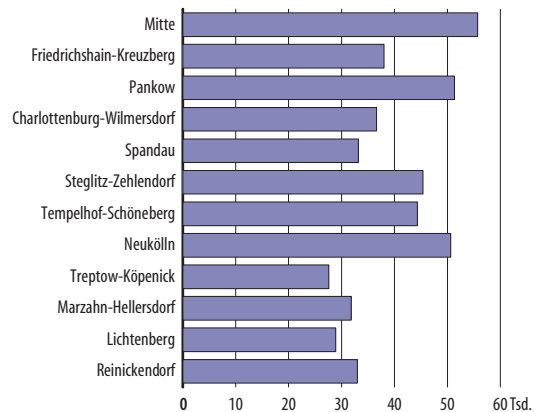
Bei der Beschreibung von Kinderarmut wird die Familiensituation sowie die Familienzusammensetzung betrachtet, da die Familie in der Regel das erste soziale Netzwerk für Kinder bildet und so die Entwicklung des Kindes entscheidend beeinflusst wird. Eine Familie ist eine Lebensgemeinschaft von miteinander verwandten Personen. Entsprechend dem Lebensformenkonzept im Mikrozensus zählen alle Lebensformen mit Kindern zu den Familien. Alleinerziehende (Mütter und Väter), Ehepaare sowie nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern im Haushalt bilden also im statistischen Sinne eine Familie. Weitere die Lebenslage des Kindes beeinflussende Risikolagen wie das „soziale Risiko“ – die Eltern sind nicht erwerbstätig, das „Bildungsrisiko“ – die Eltern haben keinen beruflichen Abschluss, der familiäre Hintergrund und der Migrationshintergrund werden ebenfalls betrachtet.

Bevölkerungsentwicklung allgemein

In Berlin lebten im Jahr 2009 etwa 3,44 Mill. Menschen. Kinder bilden mit einem Anteil von 13,9 % an der Gesamtbevölkerung, was etwa 476,5 Tsd. Personen entspricht, die kleinste Gruppe. Des Weiteren verringert sich die Zahl der Kinder im Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2009 stetig. Insgesamt ging die Zahl um 25,8 Tsd. Personen zurück. Die Zahl der 18- bis 64-Jährigen ist im Vergleich zu 2005 um 36,6 Tsd. auf etwa 2,27 Mill. Menschen ebenfalls gesunken. Lediglich die Bevölkerung über 64 Jahre ist von 551,0 Tsd. (2005) auf 655,9 Tsd. (2009) gestiegen und nimmt bereits einen beachtlichen Anteil von 19,3 % an der Gesamtbevölkerung ein (Abbildung 1).

Bei den unter 6-Jährigen zeigt sich ein leichter Anstieg von 167,2 Tsd. (2005) auf 169,2 Tsd. (2008). Dieser Zuwachs reicht allerdings nicht aus, um den starken Rückgang bei den 15- bis unter 18-Jährigen aufzufangen. Jene Kinder sind 1990 oder kurze Zeit später geboren, weshalb der massive Rückgang in dieser Altersgruppe mit dem Einbruch der Geburten nach der Wende erklärt werden kann.

Zu den kinderreichsten Berliner Bezirken zählen Mitte, Pankow sowie Neukölln, während in Treptow-Köpenick und Lichtenberg die wenigsten Kinder wohnen (Abbildung 2).

Abb. 2 **Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in Berlin nach Bezirken im Jahr 2009**

Allgemeine Armutsgefährdung von Kindern in Berlin

Abbildung 3 zeigt, dass die Armutsgefährdungsquote für die Gesamtbevölkerung von 16,1 % in 2005 auf 14,1 % in 2009 gesunken ist. Das heißt, dass im Jahr 2009 etwa 480,4 Tsd. Berliner mit einem Einkommen von 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens (=743 EUR; siehe Tabelle 1) oder weniger auskommen müssen. Im Vergleich zu Personen zwischen 18 und 64 Jahren sowie Personen ab 65 Jahren sind Kinder häufiger von Armut betroffen. Mit einer Armutsquote von 18,6 % in 2009 sind Kinder 3-mal häufiger von Armut gefährdet als Ältere (2009: 5,2 %). Beinahe jedes fünfte Kind in Berlin wächst mit einem Armutsrisiko auf.

Das geringste Armutsrisiko haben Kinder zwischen 6 und 11 Jahren mit 15,9 % (2009), gefolgt von unter 6-Jährigen mit 17,5 % (2009) (Abbildung 4). Kinder von 12 bis 14 Jahren sowie Jugendliche von 15 bis unter 18 Jahren sind mit 22,2 % bzw. 22,7 % am häufigsten armutsgefährdet. Das ist insofern überraschend, wenn man davon ausgeht, dass sich Beruf und Familie für die Eltern besser vereinbaren lassen, je älter das Kind ist und dementsprechend die Erwerbstätigkeit von familiärer Seite weniger stark eingeschränkt wird. Der Zeitvergleich zeigt, dass das Armutsrisiko für Kinder ab 12 Jahren zugenommen hat.

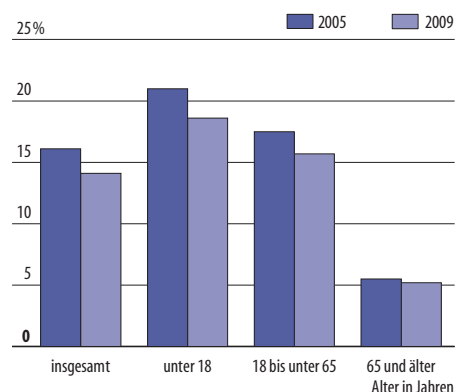
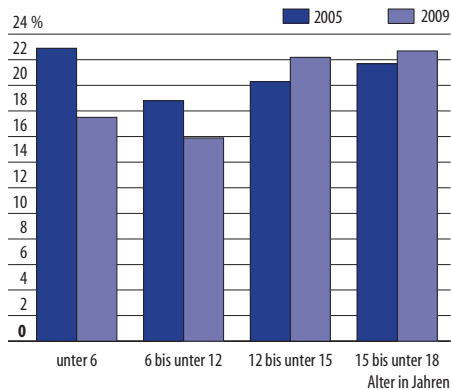
Abb. 3 **Armutsgefährdungsquote in Berlin 2009 nach Altersgruppen**

Abb. 4 **Armutsgefährdungsquote von Berliner Kindern unter 18 Jahren 2005 und 2009 nach Altersgruppen**



Armutsgefährdung und Anzahl der Kinder in der Familie

Wie stark ein Kind armutsgefährdet ist, wird durch die Zahl der Familienmitglieder beeinflusst. Auf Grund der Gewichtung durch die neue OECD-Skala geht jedes Familienmitglied in die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens ein und beeinflusst dieses dementsprechend. Die meisten Kinder wachsen nach wie vor mit einem Geschwisterkind auf (2009: 39,7 %), wobei die Form der Ein-Kind-Familien ebenfalls weit verbreitet ist (2009: 38,0 %). Mit einem Anteil von 22,4 % fällt der Anteil von Kindern, die in Großfamilien mit zwei und mehr Geschwistern aufwachsen, relativ gering aus.

Betrachtet man die Armutsgefährdungsquoten (Abbildung 5), fällt auf, dass Kinder in Ein- und Zwei-Kind-Familien ein ähnlich hohes Risiko haben. Beide Gruppen sind mit 15,3 % bzw. 15,2 % in 2009 unter-

Abb. 5 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern unter 18 Jahren 2009 nach Anzahl der Kinder in der Familie**

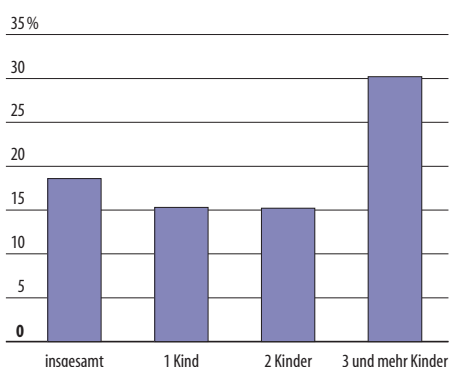
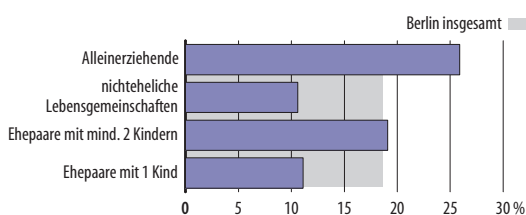


Abb. 6 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern in Familien 2009 nach der Familienform**



durchschnittlich gefährdet. Das Vorhandensein von mindestens einem dritten Kind in der Familie hingegen verdoppelt das Risiko nahezu (2009: 30,2 %).

Armutsgefährdung und Familienform

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor zur Beschreibung des Armutsrisikos von Kindern ist die Familienform, in der ein Kind aufwächst. Es hängt viel davon ab, ob es in einer Familie zwei potenzielle Einkommensbezieher (Ehepaar oder nicht-eheliche Lebensgemeinschaft) oder ob es nur einen möglichen Einkommensbezieher gibt (Alleinerziehende).

Trotz rückläufiger Zahlen wachsen nach wie vor mehr als die Hälfte aller Kinder (2009: 57,5 %) in Familien mit verheirateten Eltern auf, gefolgt von Kindern von Alleinerziehenden mit 28,8 % sowie Kindern, die in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft leben (2009: 13,8 %).

Für Kinder in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften besteht ein erstaunlich niedriges Armutsrisiko von 10,6 %. Kinder von Ehepaaren, insbesondere wenn nur ein Kind in der Familie vorhanden ist, haben ebenfalls ein unterdurchschnittliches Risiko (2009: 11,1 %). Erwartungsgemäß sind die Kinder von Alleinerziehenden dem größten Armutsrisiko ausgesetzt. Etwa ein Viertel aller unter 18-Jährigen dieser Gruppe gilt als gefährdet (2009: 25,9 %), (Abbildung 6).

Armutsgefährdung und soziales Risiko

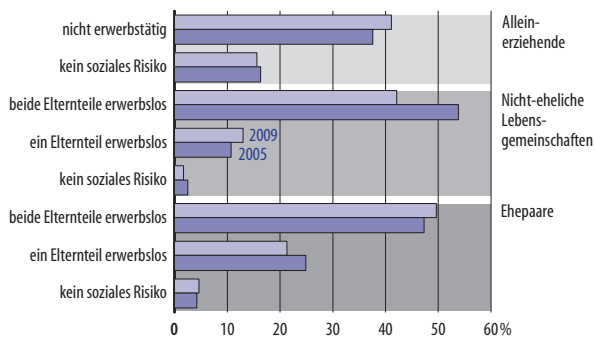
Neben wirtschaftlichen Ressourcen sind auch soziale und kulturelle Ressourcen unterschiedlich auf Familien und deren Kinder verteilt. Im nationalen Bildungsbericht sowie im regionalen Bildungsbericht Berlin-Brandenburg werden sogenannte Risikolagen gebildet, die zur Beschreibung der Situation von Kindern herangezogen werden². Ein soziales Risiko liegt dann vor, wenn kein Elternteil bzw. wenn das alleinerziehende Elternteil nicht erwerbstätig ist. Damit wird die Vorbildwirkung des Elternhauses in Bezug auf die erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt für eine spätere selbstständige Lebensführung der betroffenen Kinder unabhängig von Transfereinkommen problematisiert.

So ist das Risiko für Kinder, in Armut zu leben, stark von der Erwerbstätigkeit der Eltern abhängig. In Abbildung 7 ist deutlich zu erkennen, dass die Armutsrisikoquote für Kinder, deren Eltern erwerbstätig sind, mit 7,6 % am geringsten ausfällt. Dies gilt über alle untersuchten Familienformen hinweg. Allerdings unterscheidet sich die Armutsgefährdung der Kinder von Alleinerziehenden sehr deutlich von denen der anderen Familienformen, da ihnen ein potenzielles zweites Einkommen, das zur Sicherung des Lebensunterhaltes beiträgt, fehlt. Liegt kein soziales Risiko vor, haben Kinder folgendes Armutsrisiko: 4,6 % bei Ehepaaren, 1,7 % in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und 15,6 % in alleinerziehenden Familien. Fällt das Erwerbseinkommen eines Elternteils weg, so erhöht sich das Armutsrisiko um ein Vielfaches auf insgesamt 20,2 %, auf 21,3 % für Kinder bei Ehepaaren und auf 13,0 % für Kinder in nicht-ehelichen

² Autorengruppe Regionale Bildungsberichterstattung Berlin-Brandenburg (Hg.), 2010: Bildung in Berlin und Brandenburg 2010.

Berlin. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.), 2010: Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld: Bertelsmann.

Abb. 7 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern unter 18 Jahren 2005 und 2009 nach Familienform und sozialem Risiko**



Lebensgemeinschaften. Besonders alarmierend sind die Quoten für unter 18-Jährige in erwerbslosen Familien. Mehr als 40 % dieser Kinder leben mit einem Armutsrisiko.

Armutsgefährdung und bildungsbezogenes Risiko

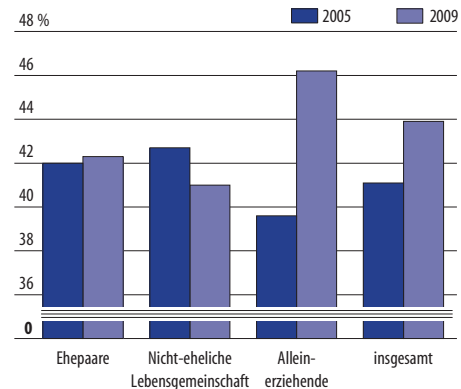
Bildung ist der entscheidende Einflussfaktor für Arbeitsmarktbeteiligung und wirkt sich so auch auf das Armutsrisiko aus. Weiterhin hängt es zu einem großen Teil immer noch vom Bildungsniveau der Eltern ab, welche Bildungsabschlüsse Kinder erreichen. Auch auf diese Weise können Armutsbiografien vererbt werden. Ein Bildungsrisiko für das Kind liegt vor, wenn kein Elternteil einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher besitzt (ISCED 0-2). Zur Klassifizierung des Bildungsniveaus wird ein von der UNESCO festgelegter Standard verwendet, die sogenannte ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education). Durch die Kombination von schulischen und beruflichen Bildungsabschlüssen sollen Bildungsstufen auf internationaler Ebene vergleichbar gemacht werden.

Knapp 80 % (378,8 Tsd.) aller Kinder unterliegen keinem Bildungsrisiko im Sinne der Definition. Dennoch gibt es 99 Tsd. Kinder, die in einer Familie leben, in der kein Elternteil einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher hat.

Erwartungsgemäß haben Kinder, die mit einem Bildungsrisiko aufwachsen, das höchste Armutsrisiko (Abbildung 8). Mit 43,9 % (2009) liegt die Armutsrisikoquote dieser Kinder etwa 3-mal höher als bei jenen ohne Bildungsrisiko. Diese Tendenz lässt sich ebenfalls bei der Betrachtung der Familienformen wiedererkennen (Abbildung 8). Über alle Ausprägungen hinweg beträgt das Armutsrisiko der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mehr als 40 %. Kinder von Alleinerziehenden sind mit 46,2 % (2009) am häufigsten betroffen. Der Zeitvergleich zeigt, dass sich das Armutsrisiko für Kinder aus bildungsfernen Familien seit 2005 für fast alle Familienformen vergrößert hat. Lediglich bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften ging das Armutsrisiko von 42,7 % auf 41,0 % zurück. Am höchsten

3 aus: www.amtliche-sozialbericht-erstattung.de

Abb. 8 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern mit einem Bildungsrisiko 2005 und 2009 nach Familienformen**

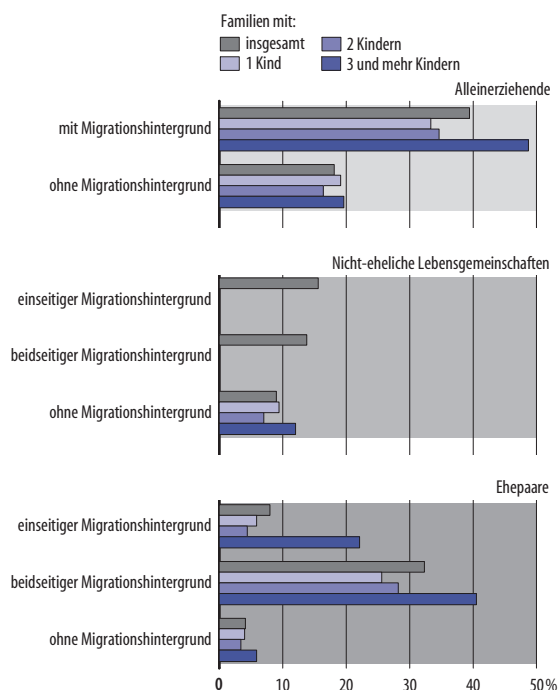


von 39,6 % in 2005 auf 43,9 % in 2009 erhöhte. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern, die ohne ein Bildungsrisiko aufwachsen, ist seit 2005 rückläufig und liegt mit insgesamt 11,9 % in 2009 unter dem Berliner Durchschnitt.

Armutsgefährdung und Migrationshintergrund

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass eine Person einen Migrationshintergrund hat, wenn sie entsprechend der Definition des Statistischen Bundesamtes für den Mikrozensus „eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder zumindest ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt“³. Mit einem Migrations-

Abb. 9 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern unter 18 Jahren 2009 nach Migrationsstatus, Familienform und der Anzahl der Kinder in der Familie**



Aufgrund niedriger Fallzahlen können bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht alle Ausprägungen dargestellt werden

Tab. 1 **Armutschwellen für Berlin nach Haushaltstypen in EUR 2005 und 2009**

Medianes Netto-Äquivalenzeinkommen in Höhe von ... %	2005	2009
Einpersonenhaushalt		
40	460	495
50	576	619
60	691	743
Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren		
40	599	644
50	748	805
60	898	966
Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 14 Jahren		
40	737	792
50	921	990
60	1 105	1 188
Haushalt mit zwei Erwachsenen		
40	691	743
50	863	928
60	1 036	1 114
Haushalt mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren		
40	829	891
50	1 036	1 114
60	1 243	1 337
Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren		
40	967	1 040
50	1 209	1 300
60	1 450	1 560
Haushalt mit zwei Erwachsenen und einem Kind ab 14 Jahren		
40	921	990
50	1 151	1 238
60	1 381	1 485
Haushalt mit zwei Erwachsenen, einem Kind unter 14 Jahren und einem Kind ab 14 Jahren		
40	1 059	1 139
50	1 324	1 424
60	1 588	1 708

Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Berechnungen.

hintergrund können verschiedene Problemlagen assoziiert sein, zu denen auch eine erhöhte Armutsgefährdung gehört.

In dieser Analyse wird nach einseitigem und beidseitigem Migrationshintergrund differenziert. Ein einseitiger Migrationshintergrund bedeutet, dass entweder Mutter oder Vater einen Migrationshintergrund haben. Bei einem beidseitigen Migrationshintergrund haben beide Elternteile eine Zuwanderungsgeschichte.

Bei einem beidseitigen Migrationshintergrund von Ehepaaren verachtfacht sich das Armutsrisiko gegenüber Kindern deutschstämmiger Ehepaare sowie vervierfacht sich gegenüber Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund. Bei Alleinerziehenden führt das Hinzutreten ausländischer Wurzeln zu einer Verdoppelung des Armutsrisikos.

Gleichzeitig nimmt die Armutsgefährdung mit steigender Kinderzahl zu. Während in Familien ohne sowie mit einseitigem Migrationshintergrund das Hinzutreten eines zweiten Kindes einen positiven Effekt hat und erst ein drittes Kind das Armutsrisiko erhöht, steigt das Armutsrisiko für Kinder in der Gruppe mit beidseitigem Migrationshintergrund kontinuierlich auf bis zu 40,5 % (2009, wenn mindestens drei Kinder in der Familie leben), (Abbildung 9).

Migrationshintergrund, Familienform und soziales Risiko

Zu einer angemessenen Erfassung des Armutsrisikos und der Bedeutung des Migrationshintergrundes gehört auch die Betrachtung des Erwerbsstatus der Eltern, der das Armutsrisiko entscheidend beeinflusst (Abbildung 10).

Die Armutsrisikoquoten von Kindern, die bei Ehepaaren aufwachsen, zeigen, dass die Erwerbstätigkeit einen großen Teil zur Verringerung des Armutsrisikos beiträgt. Dies trifft auch im Zusammenhang mit einem Migrationshintergrund zu. Kinder, bei denen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben über alle Migrationstypen hinweg ein unterdurchschnitt-

Abb. 10 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund 2005 und 2009 nach Familienform und sozialem Risiko**



liches Risiko, in Armut zu geraten. Ist ein Elternteil eines Ehepaars mit beidseitigem Migrationshintergrund nicht erwerbstätig, so erhöht sich das Armutsrisiko der Kinder auf 33,1 %. Geht keines der Elternteile einer Arbeit nach, so ist jedes zweite Kind dieser Gruppe von Armut gefährdet.

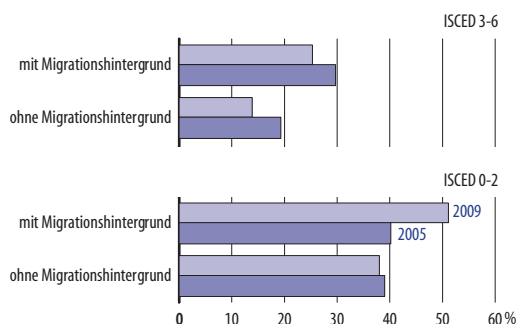
Die Kinder von deutschstämmigen Alleinerziehenden haben mit 11,3 % (2009) ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko, wenn Mutter oder Vater einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Das Hinzukommen des Migrationshintergrundes erhöht das Risiko auf 29,2 % (2009), auch wenn das Elternteil eine Arbeit hat. Lebt das Kind bei einem nichterwerbstätigen Alleinerziehenden, so beträgt im Jahr 2009 das Armutsrisiko 35,4 % für Kinder ohne Migrationshintergrund und 46,1 % für Kinder mit Migrationshintergrund.

Tritt also zum Risiko der Nichterwerbstätigkeit zusätzlich der Migrationshintergrund hinzu, erhöht sich das Armutsrisiko für Kinder auf bis zu 50 %. Besonders Kinder von Alleinerziehenden sind erneut am stärksten betroffen. Trotz einer Erwerbstätigkeit des Elternteils steigt das Risiko auf nahezu 30 %, wenn ein Migrationshintergrund vorliegt.

Migrationshintergrund, Familienform und Risiko der Bildungsferne

Ebenso wie der Erwerbsstatus der Eltern ist der Bildungshintergrund der Eltern vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund von essenzieller Bedeutung. Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto gerin-

Abb. 11 **Armutsgefährdung von Berliner Kindern unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund 2005 und 2009 von Alleinerziehenden nach Bildungsrisiko**



ger ist das Armutsrisiko – wobei der Migrationshintergrund das Armutsrisiko auf allen Bildungsstufen noch einmal erhöht (Abbildung 11).

Kinder von Alleinerziehenden, die weder einen Migrationshintergrund noch ein Bildungsrisiko haben, weisen mit 13,9 % (2009) ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Durch das Hinzukommen des Migrationshintergrundes erhöht sich die Armutsgefährdungsquote von Kindern ohne Bildungsrisiko auf 25,3 %. Wachsen Kinder von Alleinerziehenden mit einem Bildungsrisiko auf, so wird das Armutsrisiko im Vergleich zu Kindern ohne Bildungsrisiko mindestens verdoppelt, unabhängig vom Migrationsstatus. Der Zeitvergleich zeigt einen beträchtlichen Anstieg der Armutsgefährdungsquote von Kindern bildungsferner Alleinerziehender mit Migrationshintergrund von 40,2 % in 2005 auf 51,1 % in 2009.

Fazit

Das Problem „Kinderarmut“ kann nicht auf einen zentralen Faktor begrenzt werden, welcher in eine prekäre Situation führt. Die Lebenslage von Kindern wird von zahlreichen Lebensbereichen in ihrem sozialen Umfeld beeinflusst, die verschiedene Risikofaktoren für Kinder bereithalten.

Alarmierend ist das zum Teil enorme Ausmaß der Armutsgefährdung, dem Kinder ausgesetzt sind. 18,6 % aller Kinder in Berlin sind von Armut gefährdet. Beinahe jedes fünfte Kind wächst also in einer Familie auf, deren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt. Vor allem in den Berliner Bezirken Mitte und Neukölln ist das Risiko für Kinder besonders groß.

Insgesamt ist überraschend, dass Kinder, die in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften aufwachsen, das geringste Armutsrisiko haben, während der Nachwuchs von Alleinerziehenden erwartungsgemäß der größten Armutsgefährdung ausgesetzt ist. Verstärkt wird die Armutsgefährdung durch eine

hohe Kinderzahl in der Familie und das Hinzukommen eines Migrationshintergrundes. Für Kinder von Ehepaaren und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften gilt, dass das Armutsrisiko erst merklich steigt, wenn mindestens ein drittes Kind in der Familie lebt.

Die Erwerbsarbeit als die bedeutendste Einkommensquelle beeinflusst die finanzielle Situation aller Familienmitglieder. Mit zunehmender Erwerbstätigkeit der Eltern geht das Armutsrisiko für Kinder zurück.

Kinder aus bildungsfernen Familien haben ein bis zu 5-mal höheres Risiko, in Armut zu geraten, als Kinder, deren Eltern mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben. Je höher das Bildungsniveau der Eltern ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit einem Armutsrisiko aufwachsen. Vor allem für Kinder von Alleinerziehenden und Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund wirkt sich die Bildungsferne stark negativ aus.

Der Migrationshintergrund eines Kindes spielt eine entscheidende Rolle für sein Armutsrisiko. Das Risiko von Kindern ohne Migrationshintergrund war in allen betrachteten Fällen geringer als das Risiko von Kindern, die einen Migrationshintergrund haben. Kinder mit einem einseitigen Migrationshintergrund haben ein geringeres Risiko, in Armut zu geraten, als jene mit einem beidseitigen Migrationshintergrund. Ebenso wie die Kombination von sozialem Risiko und Migrationshintergrund starke negative Effekte auf die Armutsgefährdungsquote von Kindern hat, so hat auch die Kombination Bildungsferne und Migrationshintergrund negative Auswirkungen.

Autorin: Claudia Schmeißer

Frau Schmeißer absolvierte ein Praktikum im Referat Mikrozensus des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Sozialberichte. Die Auswertung der Mikrozensusdaten erfolgte im Rahmen einer Magisterarbeit.

Quellennachweis

- Autorengruppe Regionale Bildungsberichterstattung Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Bildung in Berlin und Brandenburg 2008 – Ein indikatorengestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf; Berlin 2008.
- Bundesministerium für Soziales und Arbeit: Lebenslagen in Deutschland – Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; 2008.
- Butterwegge, Christoph: Maßnahmen zur Verringerung und Vermeidung von Kinderarmut; In: WSI Mitteilungen 5/2005; S. 244-249.
- Butterwegge, Christoph: Kinderarmut in einem reichen Land – ein Armutszeugnis für die ganze Gesellschaft; In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik; Heft 4/2007; S. 439 – 444.
- Chassé, Karl August: Kinderarmut in Deutschland; In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ); 51– 52 / 2010; S. 16-23.
- Gerhard, Anke/ Habenicht, Karin/ Munz, Eva: Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik; In: Information und Technik Nordrhein- Westfalen (Hrsg.): Statistische Analysen und Studien; Band 58; Düsseldorf 2009.
- Habich, Roland / Krause, Peter: Armut in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme der Messung und die Reichweite empirischer Untersuchung; In: Barlösius, Eva (Hrsg.): Ernährung in Armut – gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland; Berlin 1995; S. 62 – 86.
- Hübenthal, Maksim: Kinderarmut in Deutschland – Empirische Befunde, kinderpolitische Akteure und gesellschaftspolitische Handlungsstrategien – Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts; München 2009.
- Hurrelmann, Klaus / Klocke, Andreas (Hrsg.): Kinderarmut und Jugendliche in Armut – Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen; Wiesbaden 2001; S. 9 – 26 (Einleitung).
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Sozialbericht NRW 2007 – Armuts- und Reichtumsbericht; 2007.
- Statistisches Bundesamt: Geburten in Deutschland; Wiesbaden 2007.
- Stauder, Johannes / Hüning, Wolfgang: Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus; In: Statistische Analysen und Studien NRW; Band 13; Düsseldorf 2004; S. 9 – 31.

Historisches um 1886

Autofahren ist seit 125 Jahren ein Abenteuer

Anfang diesen Jahres wurde das Automobil 125 Jahre alt. Das Datum der Carl Benz'schen Patentanmeldung DRP 37 435 vom 29. Januar 1886 auf ein *Fahrzeug mit Gasmotorenbetrieb* gilt als die Geburtsstunde.

Die Geschichte ist bewegt. Im Jahr 1900 soll Kaiser Wilhelm II. noch erklärt haben, dass *die Straße den Pferden* gehöre. 1903 begann er dann den königlichen Marstall von Pferden auf Automobile umzurüsten. Zuvor bestellte er 1902 erstmalig drei Autos, 1907 kam dann ein *50-pferdiger Opel-Wagen* dazu. Die königliche Familie, besonders die Geschwister und Kinder Wilhelms – die königlichen Prinzen –, waren zu diesem Zeitpunkt schon in Berlin und Potsdam für zu schnelles Fahren berühmt-berüchtigt.

Der Gesetzgeber schlug alsbald zu und erließ eine Reihe Vorschriften.

Die Polizeiverordnung für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen trat am 1. September 1901 in Kraft. Vorgeschrieben waren:

- zwei unabhängige Bremsen,
- eine Hupe,
- zwei Laternen – mit 20 Meter Sichtweite bei Dunkelheit,
- ein Schild mit Firma, PS und Gewicht,
- polizeiliche Erkennungsnummer und
- die Bescheinigung eines Sachverständigen zur Eignung des Fahrers zum Fahren.

15 Kilometer pro Stunde erlaubte man in Städten, so schnell wie ein Pferd seit Menschengedenken trabt. 37 Paragraphen umfasste das Werk und passte auf eine DIN A3-Zeitungsseite.

Ab dem 1. April 1902 waren *Autonummern* Pflicht. Ein lateinisches E und eine laufende Nummer mussten in Brandenburg auf dem Schild stehen. In Berlin ein A, später dann eine römische Eins und das A – bis zum

Mauerfall wurde im Ostteil der Stadt aus der römischen Eins ein lateinisch-großes I und damit stand gelegentlich ein symbolträchtiger Tierlaut auf dem Nummerschild.

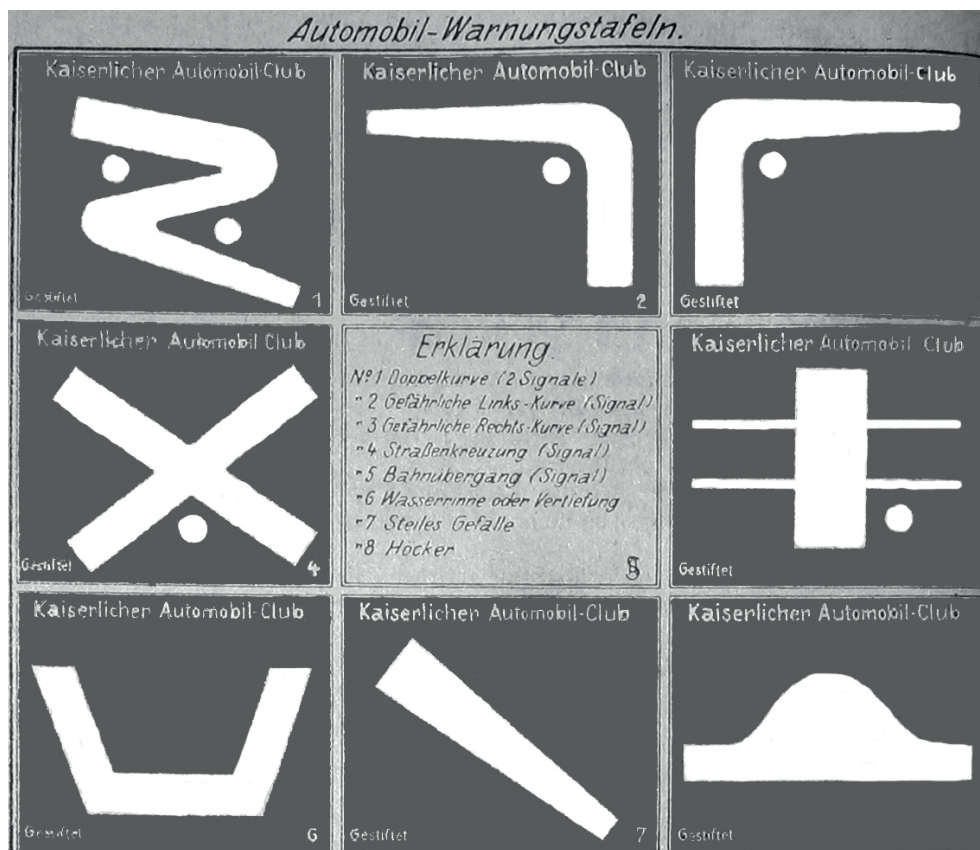
Der *Kaiserliche Automobilclub (KAC)* – heute als *Automobilclub von Deutschland (AvD)* bekannt – stellte erstmalig ab 1907 an gefährlichen Stellen *Automobil-Warntafeln* auf. Acht Schildertypen gab es – *Kurve rechts, Kurve links, Doppelkurve, Kreuzung, Bahnübergang, Vertiefung oder Wasserrinne, Höcker und Steiles Gefälle*. Ein Punkt an den Kurvenzeichen forderte den Automobilisten auf, zu hupen.

1909 trat dann das erste Haftpflichtgesetz in Kraft: *Der Halter des Fahrzeuges haftet für jeden Sach- und Personenschaden, der beim Betrieb eines Kraftfahrzeuges entsteht.*

Die sich sowieso permanent im Minus befindlichen Reichsfinanzen forderten ebenfalls ihren Tribut. Ab 1907 wurde eine

Kfz-Steuer – vorerst noch etwas verschämt in der Form einer Urkundensteuer, wonach für Pkw stempelpflichtige Erlaubniskarten gelöst werden mussten –, erhoben.

Vor fast 100 Jahren, genau am 1. Januar 1912, waren in Berlin 5 613 (davon 655 Krafträder) und in Brandenburg 6 054 Kraftfahrzeuge (davon 1 199 Krafträder), welche vorzugsweise zur Personenbeförderung dienen, im Bestand. Demgegenüber waren in Berlin 1 048 und in Brandenburg 1 496 der Lastenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge, aber auch 34 Motorräder registriert.



Beide heutigen Länder haben mit den damaligen nicht mehr viel gemeinsam. Der Landespolizeibezirk Berlin umfasste damals: Berlin, Charlottenburg, Berlin=Schöneberg, Berlin=Wilmsdorf, Berlin=Lichtenberg, Berlin=Boxhagen=Rummelsburg und Berlin=Strahlau. Die Provinz Brandenburg war in die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt/Oder unterteilt, sie ist heute von der Fläche etwa 25 % kleiner als 1912.

Seit dem 1. April 1906 wurde die Statistik der beim Betrieb von Kraftfahrzeugen vorkommenden schädigenden Ereignisse geführt. Die Bestandsstatistik ermittelte für den ersten Stichtag 27 026 zugelassene Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich, davon 15 954 Krafträder, 957 Lastkraftwagen und 10 115 Autos. Im ersten Berichtsjahr (1. Oktober 1906 bis 30. September 1907) wurden 4 864 Unfälle gezählt, bei denen 145 Personen getötet und 2 419 verletzt wurden. 85 % der Getöteten kamen bei Unfällen mit Personenkraftwagen ums Leben, obwohl der Pkw-Anteil am Kraftfahrzeugbestand zu dieser Zeit nur bei 37 % lag. Autofahren war somit in den Pionierjahren noch deutlich gefährlicher als heute. Insgesamt ist der Kraftfahrzeugbestand bis 2010 auf das 1 934-fache gestiegen, die Zahl der Verkehrstoten aber „nur“ auf das 25,2-fache.

Hohe Motorleistung schien damals die Fahrer besonders leicht zu überfordern. Von den 54 zugelassenen Kraftfahrzeugen mit mehr als 40 PS waren 48 im ersten Berichtsjahr in Unfälle verwickelt. Der Zusammenstoß mit einem anderen Kraftfahrzeug war bei der damaligen Dichte an Fahrzeugen ein seltenes Ereignis: 196 derartige Kollisionen (4 % aller Unfälle) wurden im Zeitraum 1906/1907 gezählt, davon allein 152 in Berlin. Häufig gab es Unfälle mit Fußgängern oder Radfahrern (32 %), mit Reitern und Geschirren (27 %) sowie Straßenbahnen (11 %), oder sie waren eine Folge des Durchgehens von Zugtieren (10 %)¹.

VI. Verkehr.

145

7. Die Zählung der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich am 1. Januar 1912.

(Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1912, I.)

a. Bestand an Kraftfahrzeugen.

Staaten und Landesteile	Gesamt- zahl der Kraft- fahrzeuge, welche vorzugs- weise zur Per- sonen- beförde- rung Ver- wendung finden	Davon					Gesamt- zahl der Kraft- fahrzeuge, welche vorzugs- weise zur Lasten- beförde- rung Ver- wendung finden	Davon					Summe der Per- sonen- und Last- fahr- zeuge
		Kraft- räder	bis zu 8 PS	mit mehr als				Kraft- räder	bis zu 8 PS	mit mehr als			
				8 bis 16 PS	16 bis 40 PS	40 PS				8 bis 16 PS	16 bis 40 PS	40 PS	
Prov. Ostpreußen	707	188	148	164	200	7	42	—	3	7	28	4	749
» Westpreußen	759	228	283	139	102	6	37	5	3	6	21	2	796
Landespolizeibezirk Berlin ¹⁾	5 613	655	575	1 236	2 910	237	1 084	9	442	320	279	34	6 697
Prov. Brandenburg	6 054	1 199	553	1 522	2 486	294	1 496	1	72	978	323	122	7 550
» Pommern	852	293	227	212	114	6	53	—	12	11	25	5	905
» Posen	834	332	206	162	128	6	22	1	2	3	15	1	856
» Schlesien	2 673	880	880	513	372	28	121	14	20	9	67	11	2 794
» Sachsen	2 605	904	642	649	368	42	105	4	17	20	51	13	2 710
» Schleswig-Holstein	1 469	573	402	284	202	8	84	1	22	23	31	7	1 553
» Hannover	2 725	1 131	691	527	351	25	88	—	24	28	30	6	2 813
» Westfalen	2 383	759	702	544	359	19	195	4	35	39	103	14	2 578
» Hessen-Rheinl.	2 258	635	296	474	700	153	227	7	37	71	88	24	2 485
» Rheinland	5 770	1 732	1 303	1 306	1 341	88	666	29	191	132	275	39	6 436
Hohenzollern	35	14	11	6	3	1	—	—	—	—	—	—	35
Preußen	34 737	9 524	6 919	7 738	9 636	920	4 220	75	880	1 647	1 336	282	38 957
Bayern	6 210	2 523	1 175	1 178	1 243	91	897	16	235	278	339	29	7 107
Sachsen	6 919	2 627	1 883	1 261	1 075	73	500	30	183	97	176	14	7 419
Württemberg	2 620	1 095	476	488	521	40	335	2	56	84	165	28	2 955
Baden	2 554	971	563	468	503	49	187	1	40	35	86	25	2 741
Hessen	1 056	408	245	188	199	16	75	2	23	18	28	4	1 131
Mecklenburg-Schwerin	695	337	217	95	44	2	10	—	2	1	7	—	705
Großherzogtum Sachsen	507	140	172	130	58	7	21	—	2	4	13	2	528
Mecklenburg-Strelitz	85	46	30	6	3	—	—	—	—	—	—	—	85
Oldenburg	480	240	59	110	66	5	2	—	1	—	—	1	482
Braunschweig	525	149	205	96	74	1	46	—	5	7	33	1	571
Sachsen-Meiningen	190	51	19	64	51	5	5	—	1	—	3	1	195
Sachsen-Altenburg	210	91	41	45	30	3	7	—	—	—	6	1	217
Sachsen-Coburg-Gotha	262	65	103	48	44	2	7	—	2	3	2	—	269
Anhalt	358	149	75	63	68	3	17	—	3	5	7	2	375
Schwarzb.-Sondersh.	82	22	25	21	14	—	8	—	2	2	2	2	90
Schwarzb.-Rudolstadt	52	22	11	10	9	—	2	—	1	—	1	—	54
Waldeck	59	28	21	6	4	—	2	—	—	—	2	—	61
Reuß älterer Linie	48	10	11	9	17	1	9	1	—	1	7	—	57
Reuß jüngerer Linie	152	54	32	36	28	2	6	—	—	1	5	—	158
Schaumburg-Lippe	31	12	10	8	1	—	2	—	1	—	—	1	33
Lippe	75	15	21	30	9	—	2	—	—	1	1	—	77
Lübeck	80	24	34	15	7	—	6	—	2	1	3	—	86
Bremen	341	85	143	96	17	—	68	—	39	17	11	1	409
Hamburg	1 341	268	493	292	281	7	252	28	85	79	51	9	1 593
Elb- u. Vorpommern	3 493	1 044	1 084	854	503	8	158	2	30	32	86	2	3 651
Deutsches Reich	63 162	20 000	14 067	13 355	14 505	1 235	6 844	157	1 599	2 313	2 370	405	70 006
Dagegen:	100,0	31,7	22,3	21,1	23,0	1,9	100,0	2,3	23,4	33,8	34,6	5,8	100,0
Vom 1. Januar 1911	53 478	20 584	13 758	10 517	8 177	448	4 327	121	1 695	999	1 384	128	57 805
» 1. » 1910	46 922	22 283	12 595	7 341	4 605	98	3 019	196	1 425	612	757	29	49 941
» 1. » 1909	39 475	20 928	9 434	5 447	3 595	77	2 252	248	1 035	502	448	19	41 727
» 1. » 1908	34 244	19 573	7 457	4 395	2 754	65	1 778	235	825	418	284	16	36 022
» 1. » 1907	25 815	15 700	5 117	3 278	1 674	52	1 211	254	510	313	126	2	27 026

¹⁾ Der Landespolizeibezirk Berlin umfasst Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neutölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Boxhagen-Rummelsburg und Berlin-Strahlau.

Statistisches Jahrbuch 1912.

XXXIII. 10

1 Vorndran, I.: Pressemitteilung DESTATIS Nr. 148 vom 04.04.2006 „Autofahren vor 100 Jahren viel gefährlicher als heute“, teilweise aktualisiert.

VI. Verkehr.

151

10. Gegenüberstellung der am 1. Januar 1912 gezählten Kraftfahrzeuge mit den in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911 beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorgekommenen schädigenden Ereignissen.

Staaten und Landesteile	Personenverkehr			Lastenverkehr			Schädigende Ereignisse beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. Sept. 1911, an welchen Kraftfahrzeuge beteiligt waren, deren Wert nicht ermittelt wurde	Zahl der		Auf 100 Kraft- fahr- zeuge famen schädli- gende Er- eignisse über- haupt
	Kraftfahr- zeuge, welche vorzugsweise zur Personen- beförderung dienen, nach der Zählung am 1. Jan. 1912	Schädigende Ereignisse beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. Sept. 1911, an welchen Personen- fahrzeuge beteiligt waren	Auf 100 Kraftfahr- zeuge zur Personen- beförderung famen schädigende Ereignisse	Kraftfahr- zeuge, welche vorzugsweise zur Beförderung der Lasten dienen, nach der Zählung am 1. Jan. 1912	Schädigende Ereignisse beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. Sept. 1911, an welchen Lastenfahrzeuge beteiligt waren	Auf 100 Kraftfahr- zeuge zur Lasten- beförderung famen schädigende Ereignisse		Kraft- fahr- zeuge	schädli- genden Er- eignisse	
Prov. Ostpreußen...	707	94	13,3	42	7	16,7	—	749	101	13,5
» Westpreußen...	759	48	6,3	37	4	10,8	1	796	53	6,7
Landespolizeibz. Berlin	5 613	2 851	50,8	1 084	238	22,0	24	6 697	3 113	46,5
Prov. Brandenburg...	6 054	142	2,3	1 496	12	0,8	2	7 550	156	2,1
» Pommern...	852	61	7,1	53	8	15,1	1	905	70	7,7
» Posen...	834	29	3,5	22	3	13,6	—	856	32	3,7
» Schleßen...	2 673	174	6,5	121	10	8,3	2	2 794	186	6,7
» Sachsen...	2 605	135	5,2	105	13	12,4	—	2 710	148	5,5
» Schlesw.-Holst.	1 469	137	9,3	84	13	15,5	—	1 553	150	9,7
» Hannover...	2 725	171	6,3	88	12	13,6	—	2 813	183	6,5
» Westfalen...	2 383	93	3,9	195	15	7,7	—	2 578	108	4,2
» Hessen-Nassau...	2 258	145	6,4	227	23	10,2	—	2 485	168	6,8
» Rheinland...	5 770	495	8,6	666	75	11,3	3	6 436	573	8,9
Hohenzollern...	35	—	—	—	—	—	—	35	—	—
Preußen	34 737	4 575	13,2	4 220	433	10,3	33	38 957	5 041	12,9
Bayern...	6 210	732	11,8	897	163	18,2	—	7 107	895	12,6
Sachsen...	6 919	843	12,2	500	110	22,0	4	7 419	957	12,9
Württemberg...	2 620	227	8,7	335	87	26,0	3	2 955	317	10,7
Baden...	2 554	193	7,6	187	17	9,1	1	2 741	211	7,7
Hessen...	1 056	72	6,8	75	5	6,7	—	1 131	77	6,8
Medlb.-Schwerin...	695	43	6,2	10	1	10,0	1	705	45	6,4
Großhgt. Sachsen...	507	21	4,1	21	1	4,8	1	528	23	4,4
Medlb.-Strelitz...	85	—	—	—	—	—	—	85	—	—
Oldenburg...	480	15	3,1	2	—	—	—	482	15	3,1
Braunschweig...	525	39	7,4	46	2	4,3	1	571	42	7,4
Sachsen-Meiningen...	190	9	4,7	5	1	20,0	—	195	10	5,1
Sachsen-Altenburg...	210	5	2,4	7	—	—	—	217	5	2,3
S. Coburg-Gotha...	262	13	5,0	7	—	—	—	269	13	4,8
Anhalt...	358	28	7,8	17	1	5,9	—	375	29	7,7
Schwarzb.-Sondsb.	82	6	7,3	8	—	—	—	90	6	6,7
Schwarzb.-Rudolst.	52	—	—	2	—	—	—	54	—	—
Waldeck...	59	2	3,4	2	1	50,0	—	61	3	4,9
Reuß älterer Linie...	48	10	20,8	9	3	33,3	—	57	13	22,8
Reuß jüngerer Linie...	152	16	10,5	6	—	—	—	158	16	10,5
Schaumburg-Lippe...	31	1	3,2	2	—	—	—	33	1	3,2
Lippe...	75	4	5,3	2	—	—	—	77	4	5,3
Lübeck...	80	12	15,0	6	—	—	—	86	12	14,0
Bremen...	341	77	22,6	68	15	22,1	—	409	92	22,5
Hamburg...	1 341	317	23,6	252	69	27,4	6	1 593	392	24,6
Elbsaß-Vorpommern...	3 493	194	5,6	158	16	10,1	2	3 651	212	5,8
Deutsches Reich	63 162	7 454	11,8	6 844	925	13,5	52	70 006	8 431	12,0
Dagegen:	90,2	88,4	—	9,8	11,0	—	0,6	100,0	100,0	—
Verf. an Kraftf. am 1.1.	53 478	6 141	11,5	4 327	579	13,4	54	57 805	6 774	11,7
11 u. schäd. Ereign. v.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. 10. 09 b. 30. 9. 10.	92,5	90,7	—	7,5	8,5	—	0,8	100,0	100,0	—
Verf. an Kraftf. am 1.1.	46 922	5 606	11,9	3 019	406	13,4	51	49 941	6 063	12,1
10 u. schäd. Ereign. v.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. 10. 08 b. 30. 9. 09.	94,0	92,5	—	6,0	6,7	—	0,8	100,0	100,0	—
Verf. an Kraftf. am 1.1.	39 475	4 687	11,9	2 252	340	15,1	42	41 727	5 069	12,1
09 u. schäd. Ereign. v.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. 10. 07 b. 30. 9. 08.	94,6	92,5	—	5,4	6,7	—	0,8	100,0	100,0	—
Verf. an Kraftf. am 1.1.	34 244	4 531	13,2	1 778	288	16,3	45	36 022	4 864	13,5
08 u. schäd. Ereign. v.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. 10. 06 b. 30. 9. 07.	95,1	93,2	—	4,9	5,9	—	0,9	100,0	100,0	—

Und darüber konnte man sich bereits vor 100 Jahren köstlich amüsieren:

- „Ich wundere mich, dass du den Wunsch deiner Frau erfülltest und das teure Automobil gekauft hast.“ — „Das rentiert sich, bedenke doch, wie ich jetzt im Automobil mit meinem Weibchen an den Modegeschäften vorbeisaußen kann.“
- „Wie weit ist es bis zur nächsten Stadt?“ fragte der Mann im Auto. „Zwei steile

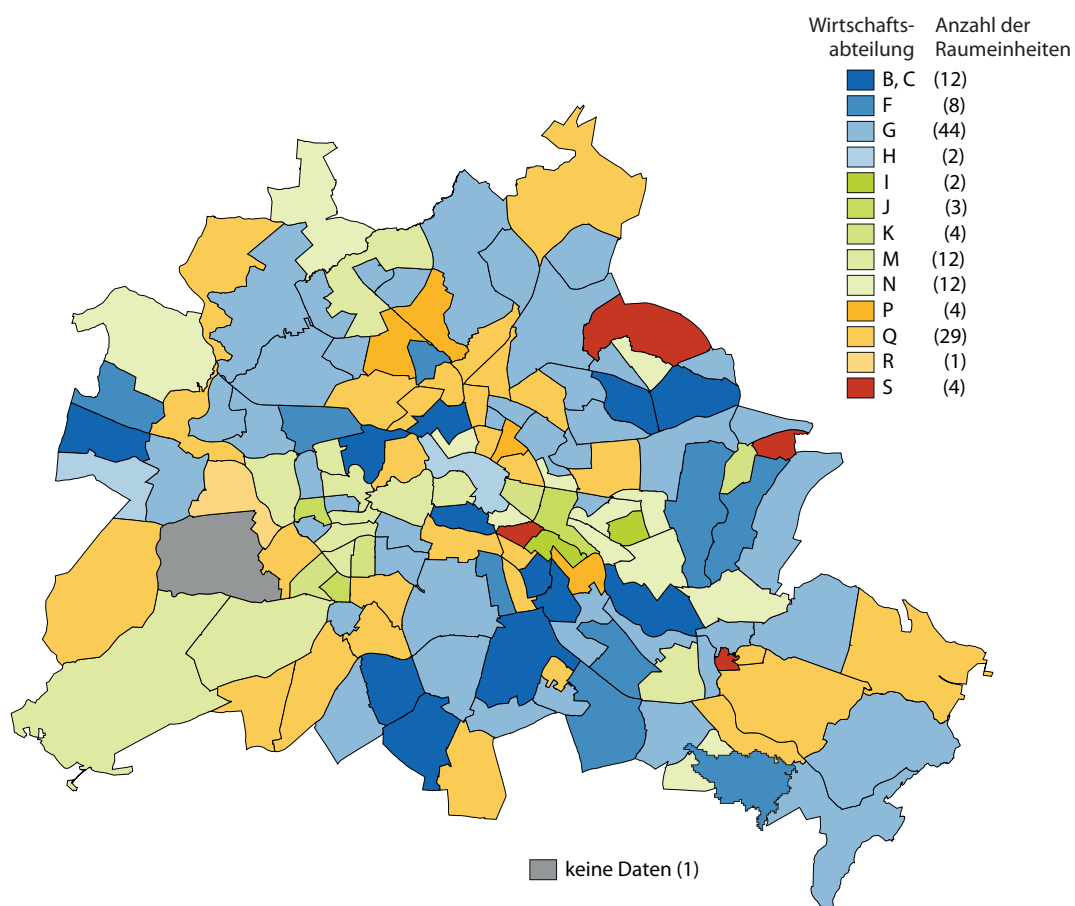
Hügel, zwei Wirtshäuser und siebzehn Schutzleute mit Kontrolluhren,“ versetzte der kundige Landmann.

- „Einst war es mein höchster Wunsch, ein Automobil zu besitzen,“ sagte der Mann, der sehr angegriffen und leidend aussah. — „Und was ist jetzt dein höchster Wunsch?“ fragte ein Freund. — „Es wieder los zu werden.“

- „Warum nimmst du denn immer deinen Jagdhund mit, wenn du Automobil fährst?“ — „Damit er die Hühner und Enten rapportiert, die ich totfahre.“

Autor: Jürgen Hübner

▮ Dominante Wirtschaftsabteilung
(WZ 2008, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2007)
am 30.9.2009

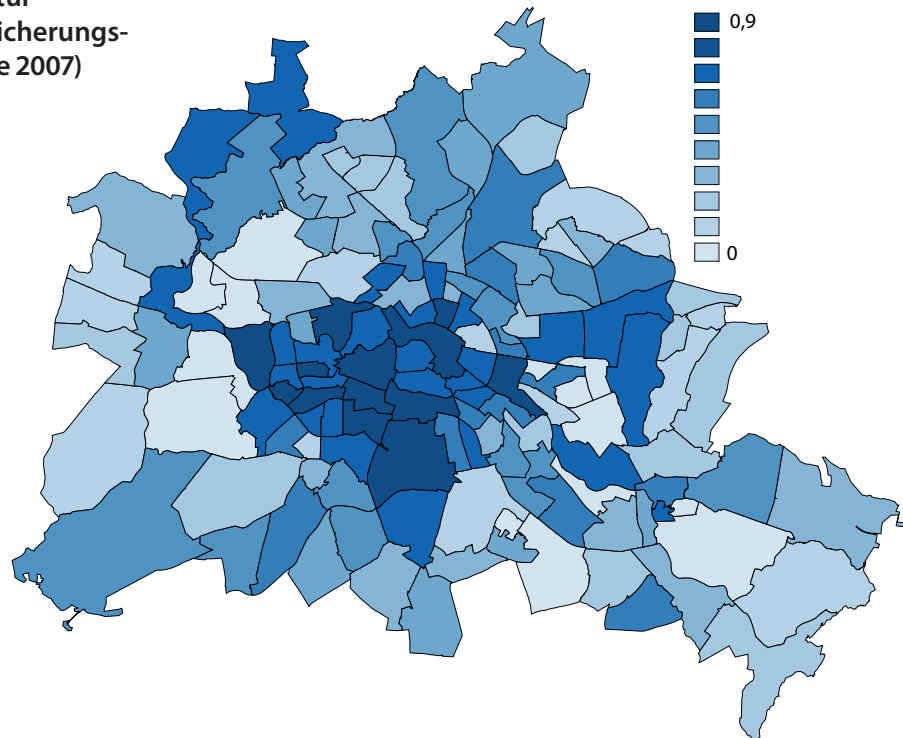


B Bergbau
C Verarbeitendes Gewerbe
D Energie- und Wasserversorgung
E Verschmutzungsentsorgung
F Baugewerbe
G Handel, Instandsetzung
und Reparatur von Kfz.
H Verkehr und Lagerei
I Gastgewerbe

J Information und Kommunikation
K Erbringung von Finanz- und
Versicherungsdienstleistungen
L Grundstücks- und Wohnungs-
wesen
M Erbringung von freiberuflichen,
wissenschaftlichen und
technischen Dienstleistungen
N Erbringung von sonstigen
wirtschaftlichen Dienstleistungen

O Öffentliche Verwaltung, Vertei-
digung; Sozialversicherung
P Erziehung und Unterricht
Q Gesundheits- und Sozialwesen
R Kunst, Unterhaltung, Erholung
S Erbringung von sonstigen
Dienstleistungen

- └ **Lokale Diversität
der Wirtschaftsstruktur
(WZ 2008, sozialversicherungs-
pflichtig Beschäftigte 2007)
am 30.9.2009**
(H2-Quantile)



- └ **Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte:
Quotient von Arbeitsort 2007
zu Wohnort am 30.9.2009**

Datenquelle: Datenpool
des AfS Berlin-Brandenburg
Kartierungssoftware: Stata

